

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Manfred Koch  
Blockpolitik und Parteiensystem  
in der SBZ/DDR 1945–1950

Werner Müller  
Volksdemokratie für Deutschland?

Bernd Niedbalski  
Die Deutsche Wirtschaftskommission  
in der SBZ 1947–1949

Uwe Uffermann  
Der Frankfurter Wirtschaftsrat  
1947–1949

ISSN 0479-611 X

B 37/84  
15. September 1984

Manfred Koch, geb. 1942; Studium der Politischen Wissenschaft, Zeitgeschichte, Germanistik und Theaterwissenschaft in Marburg, Wien und Mannheim; seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen Forschungsprojekten; seit 1981 am Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: (als Bearbeiter zusammen mit R. Schiffers in Verbindung mit H. Boldt) Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages 1915—1918, Bde. I—IV (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1981—1983; Der Demokratische Block, in: H. Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien- und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945—1950, Köln 1982; Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages im Ersten Weltkrieg (Dissertation, Mannheim 1984); (als Mitherausgeber und -autor zusammen mit Erich Matthias (\*), Hermann Weber und Günter Braun) Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984.

Werner Müller, Dr. phil., geb. 1946; Hochschulassistent am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M.-New York 1979; Der Transformationsprozeß der SED, in: H. Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Köln 1982; Zur Entwicklung des FDGB nach 1945, in: E. Matthias/K. Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde, Berlin-Bonn 1984.

Bernd Niedbalski, Dipl.-Politologe, geb. 1938; Lehre und Berufspraxis als Werkzeugmacher in Berlin und Süddeutschland; Abitur am Berlin-Kolleg; Studium der Politologie und neueren Geschichte an der Freien Universität Berlin; von 1972 bis 1976 als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin tätig auf dem Gebiet der Ausbildung von Gewerbestudienräten; seit 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, Arbeitsbereich DDR-Forschung und -Archiv.

Uwe Uffelmann, Dr. phil., geb. 1937; Professor für mittlere/neueste Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Internationale Politik und deutsche Frage 1945—1947, Düsseldorf 1976; Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit H. Schneider), Paderborn 1977; Die sowjetische Deutschlandinitiative von 1952 im Unterricht der Sekundarstufe I, in: Verfassung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Unterricht. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 161, Bonn 1980; Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/82; Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. Informationen und Materialien für die Sekundarstufe II, Dortmunder Arbeiten zur Schulgeschichte und zur historischen Didaktik, Bde. 4.1 und 4.2, Dortmund 1984.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

H. Ehmke, P. Lang, Dr. G. Renken, K.-H. Resch, Dr. K. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



## Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945–1950

### I. Das „sozialistische Mehrparteiensystem“ in der DDR

Ausgeprägter als in anderen Staaten des Warschauer Paktes mit „sozialistischen Mehrparteiensystemen“ sind im Parteiensystem der DDR Überreste des nach 1945 entstandenen, an deutsche Traditionen anknüpfenden Parteiensystems erhalten geblieben<sup>1)</sup>. Quantitativ größer auch als in der ČSSR, Polen und Bulgarien ist die Vertretung der nichtkommunistischen Parteien der DDR in der öffentlichen Repräsentation in Parlamenten, Regierung und Verwaltung<sup>2)</sup>. Und fast schon Tradition in der 35jährigen Geschichte der DDR haben die Beteuerungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED), die vier nichtkommunistischen Parteien hätten einen „stabilen Platz“ im politischen System sowie in der „konstruktiven und erprobten Mitarbeit“ eine „langfristige Perspektive“<sup>3)</sup>. Dies findet seit Mitte der siebziger Jahre konkreten Ausdruck auch in stetig wachsenden Mitgliederzahlen dieser Parteien<sup>4)</sup>.

Wenn die SED aber zum 35. Jahrestag des Bestehens der DDR betont, der „Aufstieg der DDR“ sei „unlöslich mit der vertrauensvollen Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen verbunden“<sup>5)</sup>, so steht dies nicht

im Einklang mit der historischen Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems zwischen 1945 und 1950. In diesem Zeitraum entwickelte sich das „sozialistische Mehrparteiensystem“ der DDR in der Auseinandersetzung der KPD/SED mit den anderen Parteien um die „führende Rolle“ in Staat und Gesellschaft: Im Juli 1945 standen sich mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) noch vier zumindest formal gleichberechtigte Parteien gegenüber, die die politischen Grundströmungen und sozialen Bewegungen in Deutschland — unter Ausschluß der diskreditierten Rechten — erneut organisatorisch-politisch kanalisiert; im Jahre 1950 dominierte die nach dem Vorbild der KPD/SU umgebildete Führungspartei SED die nun vier nichtkommunistischen Parteien CDU, LDPD, National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) weitgehend.

In einem nur fünf Jahre dauernden Transformationsprozeß, der auch andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen erfaßte, entstand aus einem zumindest im Ansatz pluralen Parteiensystem ein „sozialistisches Mehrparteiensystem“ mit der „führenden Rolle“ der „Partei der Arbeiterklasse“, abhängigen „Transmissionsparteien“<sup>6)</sup> und Massenorganisationen. Für konkurrierendes Streben nach Macht und damit der Chance des Machtwechsels, selbst für die legale Möglichkeit von Opposition ist darin kein Platz. Den nichtkommunistischen Parteien kommt aus der Sicht der SED im wesentlichen die Aufgabe zu, „arbeitsteilig und schichtenspezifisch“<sup>7)</sup> jene Gruppen und Schichten der Bevölkerung zu organisieren, für die Politik der führenden Partei zu aktivieren und zu mobili-

<sup>1)</sup> Vgl. H. Weber, Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: ders. (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volkodemokratie, Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945—1950 (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 1), Köln 1982, S. 11f. Vgl. auch H. Hofmann, Mehrparteiensystem ohne Opposition. Die nichtkommunistischen Parteien in der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien, Bern-Frankfurt/M. 1976.

<sup>2)</sup> So betrug der Anteil der Abgeordneten in den örtlichen Volksvertretungen in Kreisen, Städten und Gemeinden, den die nichtkommunistischen Parteien 1979 stellten, ca. 21 Prozent von den insgesamt 201 570 Volksvertretern. Berechnet nach den Angaben bei P. J. Lapp, Wahlen in der DDR, Berlin (West) 1982, S. 39f.

<sup>3)</sup> So zuletzt Erich Honecker, Protokoll des X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 11. bis 16. April 1981, Bd. 1, Berlin (Ost) 1981, S. 126.

<sup>4)</sup> Zu den Mitgliederzahlen und zu aktuellen Entwicklungen des Parteiensystems vgl. D. Staritz, Neue Akzente in der SED-Bündnispolitik, in: DDR-Report, (1983) 2, S. 70ff.

<sup>5)</sup> Siehe Neues Deutschland vom 21./22. Januar 1984, Ausgabe B, S. 1.

<sup>6)</sup> Diesen Begriff prägte Dietrich Staritz in: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948—1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Phil. Diss., Berlin 1968.

<sup>7)</sup> Vgl. ders., Zur Entstehung des Parteiensystems der DDR, in: ders. (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980<sup>2</sup>, S. 106.



sieren, die dieser bis heute wenig zugänglich geblieben sind<sup>8)</sup>.

Institutioneller Kern des Mehrparteiensystems sozialistischen Typs in der DDR ist der „Demokratische Block“, durch den die Koordination und Steuerung des Parteiensystems geleistet wird<sup>9)</sup>. Die Herausbildung dieser Funktion des 1945 geschaffenen Gremiums für das „sozialistische Mehrparteiensystem“ ist eng verbunden mit der Transformation des Parteiensystems: Blockpolitik und die Durchsetzung des „Blockprinzips“ wurden zum wichtigen Hebel der SED/SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) bei der Transformierung des politischen und gesellschaftlichen Systems in der SBZ/DDR.

Die Geschichte des Blocks und der Blockpolitik ist bisher nur unzureichend untersucht. Die zeitgeschichtliche Forschung in der DDR hat dazu sowohl Überblicksdarstellungen<sup>10)</sup> vorgelegt, die die historische Entwicklung stark harmonisieren, als auch einige Spezialstudien, die sich der Frühgeschichte des Blocks zuwenden<sup>11)</sup>. Diese differenzieren — ähnlich wie einige Zeitschriftenaufsätze<sup>12)</sup> — zwar stärker, bleiben aber letztlich doch einer ideologisch geprägten Sichtweise geschichtlicher Prozesse verpflichtet<sup>13)</sup>. Bundesrepublikanische Forscher haben das „Blocksystem“ bisher vorwiegend unter dem Aspekt der Funktionsbestimmung der Blockparteien ana-

lysiert<sup>14)</sup>. Ein erster Versuch, die frühe Entwicklung des „Demokratischen Blocks“ zwischen 1945 und 1950 zu dokumentieren, wurde vor kurzem vom Verfasser unternommen<sup>15)</sup>; demnächst wird Siegfried Suckut die Protokolle des zentralen Blockausschusses von 1945 bis 1949 in einer kommentierten Quellenedition vorlegen<sup>16)</sup>. Erst mit dieser Quellenbasis wird es möglich sein, die bisher ausstehende umfassende Analyse der Frühgeschichte des Blocks zu leisten.

Die folgende Skizze kann und will dieser Analyse selbstverständlich nicht vorgreifen. Sie zielt vielmehr darauf, die Entwicklung des Blocks von 1945 bis 1950 und damit verbunden die Transformation des Parteiensystems<sup>17)</sup> zu umreißen und die Instrumentalisierung des Blocks zur Sicherung der Machtteilhabe der KPD/SED und zur Durchsetzung der Vorherrschaft der Kommunisten auf der Aktionsebene des Parteiensystems der SBZ/DDR zu verdeutlichen. Mitbedacht werden soll dabei die Frage nach der Adäquanz und Effizienz der von der KPD/SED und SMAD bei diesem Prozeß angewandten Mittel und Methoden sowohl im Hinblick auf die notwendige Legitimationsbeschaffung in der eigenen Zone als auch im Hinblick auf die von der KPD/SED behauptete Vorbildlichkeit der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) für Gesamtdeutschland.

## II. Parteigründungen und Blockkonstituierung

Bereits am Tage nach der Einrichtung der SMAD schuf diese mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Voraussetzungen für die Gründung politischer Parteien in ihrer Besatzungszone<sup>18)</sup>. Die zuzulassenden Parteien wurden darin als „antifaschistisch“ charakter-

isiert, für die Dauer der sowjetischen Okkupation unter die Kontrolle der Besatzungsmacht gestellt und in ihrer Tätigkeit an deren Instruktionen gebunden. Konkreter als die SMAD in ihrem Befehl entwarf die KPD in ihrem Gründungsaufwurf, der schon am

<sup>8)</sup> Zu weiter aufgefächerten Funktionskatalogen der Parteien und Massenorganisationen in der DDR vgl. u. a. H. Zimmermann, Der FDGB als Massenorganisation und seine Aufgaben bei der Erfüllung der betrieblichen Wirtschaftspläne, in: P. Chr. Ludz (Hrsg.), Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Köln 1964, S. 116, und H.-J. Grasseman, Das Blocksystem und die Nationale Front im Verfassungsrecht der DDR, Jur. Diss., Göttingen 1973.

<sup>9)</sup> Eine unzutreffende Verkürzung ist die Feststellung, wonach die 1949 aus der Volkskongreßbewegung hervorgegangene Nationale Front „die Aufgaben des bisherigen antifaschistisch-demokratischen Blocks übernahm“. So Chr. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945—1955, Göttingen 1982, S. 208. Während im Block nur die Parteien und Massenorganisationen zusammengefaßt sind, umfaßt die Nationale Front neben organisierten auch nichtorganisierte gesellschaftliche Gruppen. Die Nationale Front ist somit die größte Massenorganisation der DDR, deren

Funktion im politischen System vor allem in der massenpolitischen Erziehungs- und Mobilisierungsarbeit liegt. Nach der Berichterstattung in „Neues Deutschland“ finden derzeit jährlich zwei bis drei Blocksitzungen statt.

<sup>10)</sup> Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, Berlin (Ost) 1969; Bündnispolitik im Sozialismus (Redaktionsleitung H. Hümmeler), Berlin (Ost) 1981.

<sup>11)</sup> Im Westen zugänglich sind u. a. G. Grosser, Der Block der demokratischen Parteien und Massenorganisationen — eine spezifische historische Form der Zusammenarbeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen bei der Vernichtung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und der Schaffung der Grundlagen einer neuen demokratischen Ordnung, Diss., Leipzig 1957; M. Krause, Zur Geschichte der Blockpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1955, Diss., Berlin (Ost) 1978.

<sup>12)</sup> Stellvertretend seien genannt: G. Benser, Die



11. Juni veröffentlicht wurde, Vorstellungen über die Struktur des künftigen Parteiensystems in Deutschland. In Übereinstimmung mit der SMAD gingen die KPD-Funktionäre vom traditionellen deutschen Parteiensystem aus und erwarteten neben der Gründung der SPD das Wiederentstehen des Zentrums und anderer Parteien. Diese Parteien forderte die KPD zu einer zwischenparteilichen Kooperation auf, die in der deutschen Parteiengeschichte etwas völlig Neues darstellte: Ein „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ sollte „die feste Grundlage im Kampf um die Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes“<sup>19)</sup> bilden. Damit zielte die KPD nicht auf eine kurzfristige „nationale Notstandskoalition“<sup>20)</sup>, sondern auf ein zumindest mittelfristiges festes Parteienbündnis, dessen programmatische Vorgaben von den Kommunisten geprägt sein sollten<sup>21)</sup>.

Dieses Bündnisangebot im Gründungsauftrag der KPD steht im theoretischen Kontext der strategischen Überlegungen der kommunistischen Parteien seit 1934/35. Danach sollte nach der Niederschlagung des Hitlerregimes zunächst eine „Demokratie neuen Typs“<sup>22)</sup> errichtet werden, die angelehnt zwar an bürgerlich-demokratische Traditionen doch bereits die Grundlagen für eine sozialistische Umgestaltung schaffen sollte, indem sie „die Vorrechte des Großkapitals praktisch beseitigt“<sup>23)</sup>. Zur Absicherung dieser Übergangsordnung und der Führungsrolle der Kommu-

nisten sah das Konzept zum einen die enge Kooperation zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in einer „Einheitsfront“ und zum anderen das Bündnis dieser „Einheitsfront“ mit klein- und mittelbürgerlichen Schichten und Organisationen in einer „Volksfront“ vor. Aus dieser Sicht erscheint — trotz mancher Wendungen in den theoretischen Überlegungen zwischen 1937 und 1945 — das Block-Konzept in Verbindung mit dem KPD-Programm (parlamentarisch-demokratische Republik als Nahziel, keine Übertragung des Sowjetsystems und weitere demokratische Programmpunkte) als die Konkretion der kommunistischen Strategie zur Gewinnung von „Klein- und Mittelbauern sowie des nicht nationalsozialistisch belasteten Mittel- und Kleinbürgertums“<sup>24)</sup> als Bündnispartner auf dem Wege zur Vorherrschaft der „Partei der Arbeiterklasse“. Der Übergangscharakter des „antifaschistisch-demokratischen Regimes“ wurde von der KPD anfangs aus bündnispolitischen Rücksichten nicht hervorgehoben.

Der theoretische Kontext erklärt jedoch noch nicht den erstaunlich frühen Zeitpunkt der Zulassung eines Mehrparteiensystems, in dem die Anerkennung einer Führungsrolle der KPD durch die anderen Parteien keineswegs zu erwarten war<sup>25)</sup>. Einiges spricht dafür, das sowjetische Interesse an einer Beeinflussung der Entwicklung in Gesamtdeutschland — zumindest solange das Verhältnis in der Anti-Hitler-Koalition der Alliierten hierfür eine Möglichkeit eröffnete — als Motiv für diese Politik der SMAD zu vermu-

Anfänge der demokratischen Blockpolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1975) 7, S. 755 ff.; R. Stöckigt, Zur Politik der SED bei der Festigung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (1948 bis zur Gründung der DDR), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1974) Sonderheft, S. 120 ff.

<sup>19)</sup> Zu den politischen Vorgaben der DDR-Geschichtsschreibung vgl. U. Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/76 vom 9. 10. 1976; H. Weber, Parteiengeschichte als parteiliche Geschichte, in: Deutschland Archiv, (1978) 12; H. Rumpler, Die politische Funktion der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: Politik und Kultur, (1978) 6.

<sup>20)</sup> Vgl. z. B. R. Kulbach/H. Weber, Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und NDPD, Köln 1969, und H.-J. Grasemann (Anm. 8).

<sup>21)</sup> M. Koch, Der Demokratische Block, in: H. Weber (Anm. 1), S. 281 ff.

<sup>22)</sup> S. Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3) Köln (erscheint 1984). Die Edition dieser Quellen wurde schon vor 20 Jahren von Zeithistorikern der DDR als Desiderat bezeichnet, vgl. G. Grosser/H. Pawula/R. Pfrtshner, Demokratischer

Block und Nationale Front — feste Bestandteile der Arbeiter- und Bauernmacht, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, (1964) 4, S. 610, Anm. 10. Vgl. auch S. Suckut, Zu Krise und Funktionswandel der Blockpolitik in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands um die Mitte des Jahres 1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (1983) 4, S. 674 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. dazu auch D. Staritz (Anm. 7) und M. Koch/W. Müller, Transformationsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR zum „sozialistischen Mehrparteiensystem“ 1945—1950, in: Deutschland Archiv, (1979) Sonderheft, S. 27 ff.

<sup>18)</sup> Abgedruckt in H. Weber (Anm. 1), S. 22 ff.

<sup>19)</sup> Siehe ebd., S. 129 ff.

<sup>20)</sup> Vgl. B. Wernet-Tietz, Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945—1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 2) Köln 1984, S. 39.

<sup>21)</sup> Vgl. D. Staritz (Anm. 7), S. 91

<sup>22)</sup> Diesen Begriff prägte Anton Ackermann im Moskauer Exil. Vgl. A. Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935—1946, Düsseldorf 1971, S. 74.

<sup>23)</sup> Siehe ebd.

<sup>24)</sup> Siehe D. Staritz (Anm. 7), S. 92.

<sup>25)</sup> Darauf verweist vor allem H. Weber (Anm. 1), S. 24 ff.



ten<sup>26</sup>). Nach diesem Kalkül sollten die in der alten Reichshauptstadt zu installierenden Parteien Modellcharakter für die Parteiformierungsprozesse in den Westzonen erlangen, sich womöglich zu gesamtdeutschen Parteizentralen entwickeln und so der SMAD die Möglichkeit eröffnen, den politischen Willensbildungsprozeß in ganz Deutschland zu kontrollieren und zu beeinflussen. Eine gesamtdeutsche Wirkung erhoffte sich die SMAD auch von dem von der KPD vorgeschlagenen Parteien-Block<sup>27</sup>). Ein weiteres Ziel der frühen Parteizulassung lag sicher darin, die deutsche Bevölkerung in möglichst großem Umfang für die Kooperation beim Wiederaufbau des zerstörten Landes zu gewinnen und ihre politischen Aktivitäten parteipolitisch zu kanalisieren und wirksam zu kontrollieren.

Die parteipolitische Formierung in der SBZ vollzog sich innerhalb von knapp vier Wochen, nachdem der Gründungsauftrag der KPD erschienen war. Neben der SPD, mit der die KPD am 19. Juni die Bildung eines „Gemeinsamen Ausschusses“ zur Sicherung einer engen Kooperation (zur Entwicklung der Beziehungen zwischen KPD und SPD siehe den Beitrag von W. Müller in diesem Heft) vereinbarte, konstituierte sich allerdings nicht (wie erwartet) das Zentrum. Statt dessen wurde mit der CDU eine überkonfessionelle christliche Partei und mit der LDPD eine liberale Sammlungspartei gegründet. Pläne zur Konstituierung nur einer bürgerlichen Partei scheiterten sowohl am Widerstand der LDPD-Gründer als auch am Konzept von SMAD und KPD, das eine Spaltung des bürgerlichen Lagers vorsah<sup>28</sup>). Noch während der Diskussionen in den Gründerkreisen der beiden bürgerlichen Parteien traten KPD und SPD an diese mit der Aufforderung zur Mitarbeit im Block heran<sup>29</sup>). Auch die SMAD bekundete ihr großes Interesse am Zustandekommen der Blockpolitik<sup>30</sup>). Im Drängen von KPD und

SMAD, die Gründerkreise der anderen Parteien auf die Annahme des Kooperationsangebots festzulegen, wird deutlich, welche Bedeutung der gesicherten Beteiligung der KPD am politischen Prozeß zugemessen wurde.

Aus der Überlagerung des Gründungsprozesses der Parteien durch die Einrichtung des Blocks<sup>31</sup>) und der Förderung der Blockgründungen auf allen Ebenen durch die Besatzungsoffiziere wurde die These abgeleitet, die Parteien seien in den Block hineingegründet worden<sup>32</sup>). Einschränkend ist dem allerdings entgegenzuhalten, daß die Parteigründer von CDU und LDPD freiwillig und ohne Zwang bereit waren, im Block mitzuarbeiten<sup>33</sup>). Die Überzeugung, das Nachkriegschaos nur gemeinsam bewältigen zu können, sowie das grundlegende antifaschistische Bekenntnis erleichterten diesen Schritt. Als dann am 14. Juli 1945 nach einer ausführlichen Verhandlung der Vertreter der vier Parteien<sup>34</sup>) das Kommuniqué über die Bildung der „Einheitsfront der antifaschistisch demokratischen Parteien“<sup>35</sup>) veröffentlicht wurde, schien die vorhandene Skepsis der Vertreter der bürgerlichen Parteien bezüglich einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten unbegründet. Sowohl in der Namensgebung — statt Block wurde die Bezeichnung „Einheitsfront“ gewählt — als auch in der Verpflichtung auf die Selbständigkeit der Parteien und in der Aufgabenstellung für die Zusammenarbeit der Parteien hatten CDU und LDPD Teile ihrer Vorstellungen gegenüber KPD und SPD durchsetzen können<sup>36</sup>).

Sowjetischen Besatzungszone, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1960) 3, S. 301.

<sup>26</sup>) Vgl. dazu die Dokumente in H. Weber (Anm. 1), Nr. 136—138, 143.

<sup>27</sup>) Vgl. P. Hermes (Anm. 29), S. 15, und E. Krippendorff, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf o. J., S. 83f.

<sup>28</sup>) Dies geht auch aus einer Tagebuchnotiz des LDP-Parteivorstandsmitgliedes W. Kütz von 16. August 1945 hervor. Vgl. LDPD in der Übergangsperiode 1945—1961, Dokumente, gesammelt von M. Bogisch, Berlin (Ost) 1976, S. 40 ff.

<sup>29</sup>) Vgl. das Protokoll zu dieser Sitzung in H. Weber (Anm. 1), Nr. 143.

<sup>30</sup>) Vgl. ebd., Nr. 144. Offiziell hatte die Bezeichnung „Einheitsfront“ bis zur Verabschiedung der neuen Blockgrundsätze im August 1949 Bestand. Im Sprachgebrauch setzte sich jedoch schon bald der von den Kommunisten vorgeschlagene Begriff „Block“ durch, der daher hier auch verwendet wird.

<sup>31</sup>) Vgl. die Dokumente in H. Weber (Anm. 1), Nr. 140—143.

<sup>26</sup>) Zur sowjetischen Deutschlandpolitik vgl. H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Stuttgart 1980<sup>2</sup>.

<sup>27</sup>) Vgl. H. Weber (Anm. 1), S. 26.

<sup>28</sup>) Zu den Parteiformierungsprozessen vgl. die Beiträge in H. Weber (Anm. 1) und die dort aufgeführte Literatur.

<sup>29</sup>) Vgl. P. Hermes, Die christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963, S. 14f.

<sup>30</sup>) Vgl. ebd., S. 16 und das Dokument bei E. Krippendorff, Die Liberal-Demokratische Partei in der



### III. Programmatik und Organisationsstruktur des Blocks

In dem Communiqué über die Bildung des Blocks erklärten die vier Parteien ihren Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit, versicherten sich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Selbständigkeit und beschlossen, in paritätischer Zusammensetzung (je fünf Vertreter pro Partei) 14tägig unter wechselndem Vorsitz zusammenzutreten sowie ein Verbindungsbüro für die Organisierung der Besprechungen einzurichten<sup>37)</sup>.

Als wichtigste Aufgaben für den Ausschuß wurden aufgeführt: die Säuberung Deutschlands vom Hitlerismus, Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage, wirtschaftlicher Neuaufbau, Herstellung eines demokratischen Rechtsstaats, Sicherung der Geistes-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Wiedergewinnung des Vertrauens der Völker sowie die Durchführung der von der Besatzungsmacht angeordneten Maßnahmen und die Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung. Schließlich wurde den Parteiorganisationen auf allen politischen Ebenen empfohlen, dem zentralen Berliner Beispiel folgend, sich zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen.

Konkreter als der zentrale Block benannten die Blockausschüsse der Länder, Kreise und Gemeinden ihre Aufgaben. Es handelt sich dabei vor allem um die unmittelbaren Probleme der Nachkriegszeit: Erntehilfe, Beseitigung von Bombenschäden und die aktive Unterstützung der Verwaltungen<sup>38)</sup>. Diese Blockausschüsse hatten sich vereinzelt schon vor dem 14. Juli unter anderem auch im Land Mecklenburg-Vorpommern gebildet, wobei sich bezeichnenderweise noch die kommunistische Namensgebung Block durchgesetzt hatte<sup>39)</sup>.

Nach der Blockbildung in Berlin folgten im August die Konstituierungen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, während es in Brandenburg erst am 28. November zur Bildung eines Landesblockausschusses kam<sup>40)</sup>. Mit weit größerer zeitlicher Verzögerung wurden dagegen die Blockausschüsse in vie-

len Gemeinden gebildet. Die Ausweitung der Blockpolitik scheiterte hier häufig daran, daß es keine Ortsgruppen der bürgerlichen Parteien gab. Später fehlte dann sowohl bei den Vertretern der SED wie bei denen der bürgerlichen Parteien oft genug die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Noch im Jahre 1950 war der vollständige Ausbau des Blocksystems nicht gelungen<sup>41)</sup>.

Bei einer Einschätzung der Entwicklungschancen des Blocks in seiner Gründungsphase kann man durchaus — vor allem unter Berücksichtigung der gesamtdeutschen Interessen der Besatzungsmacht — mit Krippendorff der Ansicht sein, die Bündnispolitik habe „zumindest im Ansatz... für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik“ geboten<sup>42)</sup>. Die programmatische und organisatorische Struktur des Blocks bot der KPD jedoch Möglichkeiten, um die von Anfang an entscheidende Frage der Macht<sup>43)</sup> zu ihren Gunsten zu beantworten.

Die mangelnde Homogenität der Zielsetzungen der Blockpartner, wie sie sich in den differierenden Parteiprogrammen niedergeschlagen hatte, führte dazu, daß zwar Übereinstimmung in der globalen antifaschistisch-demokratischen Zielsetzung zu erreichen war, sich aber hinter den sehr allgemein gehaltenen, auslegungsfähigen Formulierungen und Begriffen eine programmatische Unbestimmtheit verbarg. Dies führte auch dazu, daß das angekündigte Aktionsprogramm des Blocks nicht verabschiedet wurde. Ersatz dafür konnte die Proklamierung der Potsdamer Beschlüsse als programmatische Grundlage der Blockarbeit<sup>44)</sup> nicht bieten, da deren Formeln ebenfalls umstritten waren. Letzten Endes mußte daher die Ausgestaltung der Blockpolitik, wenn Kompromisse nicht erzielt werden konnten, zur Machtfrage werden. Dabei bediente sich die KPD ihrer engen Verbindungen zur SMAD, um als Sachwalter so-

<sup>37)</sup> Vgl. Neuer Weg, (1950) 4, S. 18ff.

<sup>38)</sup> Siehe E. Krippendorff (Anm. 32), S. 84.

<sup>39)</sup> So z. B. R. Badstübner, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung — Übergangsperiode — sozialistische Revolution. Theoretisch-methodologische Probleme der Bestimmung des Wesens und des historischen Platzes der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: R. Badstübner/H. Heitzer (Hrsg.), Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961, Berlin (Ost) 1979, S. 66.

<sup>40)</sup> Vgl. die Erklärung des Blocks vom 12. August 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945 — April 1946, Berlin (Ost) 1959, S. 90f. Dazu auch G. Benser (Anm. 12), S. 767f.

<sup>37)</sup> Vgl. ebd., Nr. 144.

<sup>38)</sup> Vgl. ebd., Nr. 139, 145, 147, 148. Zur Aufgabe, die Verwaltungen zu unterstützen, vgl. die entsprechenden Ausführungen über die Entwicklung in Thüringen bei V. Wahl. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen — Die Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945, Diss. phil., Jena 1976, passim.

<sup>39)</sup> Vgl. H. Weber (Anm. 1), Nr. 139.

<sup>40)</sup> Diese späte Blockgründung in Brandenburg spricht auch gegen eine zu starke Betonung der These von der Hineingründung der Parteien in den Block.



wjetischer Interessen aufzutreten und die Blockpolitik in ihrem Sinne zu realisieren.

Die lockere Organisationsstruktur der Blockausschüsse (es gab keine für alle einheitlichen, verbindlichen Arbeitsrichtlinien, in keiner Blockvereinbarung war eine Weisungsbefugnis eines höheren an einen unteren Blockausschuß vorgesehen) eröffnete der KPD weiter die Möglichkeit, bei erkennbarem Widerstand z. B. im zentralen Block, die gewünschte Entscheidung auf einer niedrigeren Ebene dennoch herbeizuführen und so wieder auf die Entscheidung im zentralen Block einzuwirken. Genauso konnten z. B. Landesblockbeschlüsse zum Präjudiz für die Entscheidungen in Kreis- oder lokalen Blockausschüssen gemacht werden.

Die programmatischen Festlegungen des Blocks waren unbestimmt und die organisatorischen Bestimmungen lückenhaft oder wurden eher nachlässig praktiziert. So legte die am 23. Juli verabschiedete Geschäftsordnung<sup>45)</sup> zwar einen 14tägigen Tagungsrythmus fest, dieser aber wurde nur anfangs eingehalten<sup>46)</sup>. Offen blieb, mit welchen Materialien sich der zentrale Block befassen, in welche Beziehung er zu den später zu bildenden

Parlamenten und Regierungen treten sollte. Es fehlte auch eine Vereinbarung über die Dauer der Blockpolitik. Diese sicher notwendige Offenheit gegenüber zukünftigen Entwicklungen bot aber dem stärksten Blockpartner die Chance, zu gegebener Zeit seine Vorstellungen durchzusetzen.

Vor allem aber durch die Regelungen, daß der Block Beschlüsse nur durch Vereinbarung und nicht durch Abstimmung fassen konnte und daß diese dann Parteibeschlüsse werden sollten, blieb ungeklärt, wie die Blockierung des Blocks durch die Ausübung des „Vetorechts“<sup>47)</sup> überwunden werden konnte. Zweifellos hatte diese Konstruktion für alle Parteien im Block Vorteile: Den bürgerlichen schien sie Schutz vor einer sozialistischen Majorisierung zu bieten; für die KPD aber war der Zustand festgeschrieben, daß „Mehrheiten ohne oder gegen die Kommunisten“<sup>48)</sup> nicht möglich waren. Durch die enge Verbindung von KPD und SMAD bedeutete diese Regelung in der Praxis jedoch, daß die bürgerlichen Parteien ihre — angesichts der Gegebenheiten des Jahres 1945 — schon geringen Möglichkeiten, durch eigenständige Politik Profil zu gewinnen, weiter einschränkten.

#### IV. Blockpolitik zwischen Kooperation und Konfrontation 1945—1947

Entscheidend geprägt wurde die Blockpolitik in ihrer ersten Phase bis etwa Mitte 1946 durch die Auseinandersetzungen um die (im wesentlichen von der Besatzungsmacht vorgegebenen) entscheidenden sozialökonomischen Strukturveränderungen für das Gebiet der SBZ. Es waren dies die Bodenreform, Fragen der Entnazifizierung, Schul- und Justizreform sowie Industriereform. Bereits die erste Belastungsprobe für den Block, die Durchsetzung der Bodenreform, zeigte Konfliktlösungsmuster, die in späteren Krisen so oder ähnlich wiederkehren: Herbeiführung eines Präjudizes auf der Landesebene unter Ausnutzung von Uneinigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien und durch Einsatz massiver Drohungen der Besatzungsmacht<sup>49)</sup>. Die darauf erfolgte prinzipielle Einigung über die Durchführung der Bodenreform im zentralen Block wurde benutzt, um diese in den Ländern auf der Grundlage von Verordnungen durchzusetzen. Dabei wurden bewußt die Einwände von CDU und LDPD gegen wesentli-

che Detailfragen wie die nach Entschädigungen und dem Kreis der Betroffenen umgangen.

Als die SED kurze Zeit später im zentralen Blockausschuß einen Aufruf zur Hilfe für die Neubauern vorlegte, sahen CDU und LDPD eine Möglichkeit, sich von den Mißständen bei der Durchführung der Bodenreform zu distanzieren<sup>50)</sup>. Der LDPD-Vorsitzende Waldemar Koch wurde daraufhin auf Druck der SMAD von Wilhelm Külz abgelöst, der den Aufruf unterzeichnete. Die CDU-Vorsitzenden verweigerten dagegen ihre Unterschrift. Durch die unter dem Einfluß der Sowjetischen Militäradministrationen der Länder zustande gekommene Kritik aus den Landesverbänden der CDU an der eigenen Parteiführung zusätzlich legitimiert, entzog die SMAD den widerspenstigen Parteiführern Hermes und Schreiber das Vertrauen und setzte sie damit praktisch ab<sup>51)</sup>.

<sup>45)</sup> Abgedruckt bei H. Weber (Anm. 1), Nr. 146.

<sup>46)</sup> Insgesamt trat der Block bis zur Gründung der DDR zu 43 Sitzungen zusammen, vgl. G. Benser (Anm. 12), S. 761, Anm. 30.

<sup>47)</sup> So S. Suckut (Anm. 16), Zu Krise . . . , S. 679.

<sup>48)</sup> Vgl. F. Moraw, Die Parole der Einheit und die deutsche Sozialdemokratie, Bonn 1973, S. 95.

<sup>49)</sup> Vgl. H. Weber (Anm. 1), Nr. 149, und das Protokoll einer Besprechung zwischen Marschall Shukow und Parteivertretern am 5. 9. 1945, abgedruckt bei E. Krippendorff (Anm. 30), S. 303 ff.

<sup>50)</sup> Vgl. P. Hermes (Anm. 29), S. 60 ff.

<sup>51)</sup> Vgl. dazu S. Suckut, Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in Deutschland Archiv, (1982) 10, S. 1080 ff.



Auch in den Debatten um die Industriereform nutzte die SED im Mai 1946 die Widersprüche in und zwischen CDU und LDPD. Auf Landesebene erreichte sie in Sachsen durch die Unterstützung der sozialreformerischen Kräfte die Zustimmung beider Parteien, obwohl sich im zentralen Block vor allem die CDU gegen Strukturveränderungen in nur einem Teil Deutschlands aussprach<sup>52)</sup>.

Etwa Mitte 1946 ist somit deutlich geworden, daß für CDU und LDPD im Block grundsätzliche Opposition gegen die Politik der KPD/SED nicht möglich war, daß ihr Spielraum sich auf die hemmend-modifizierende Teilnahme an der Blockarbeit beschränkte. Es hatte sich aber auch erwiesen, daß die von CDU und LDPD kritisierte Vorherrschaft der KPD im Block<sup>53)</sup> in der Hauptsache der Rückendeckung und der direkten Eingriffe der SMAD bedurfte.

Eine entscheidende Veränderung des Parteiensystems, die nicht ohne Rückwirkung auf die Blockpolitik blieb, vollzog sich mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946. Für die Kommunisten schied der stärkste Konkurrent aus dem Parteienspektrum aus, und die SED, die sich programmatisch auf die Fortsetzung der Bündnispolitik festgelegt hatte, erhob nun prononcierter als zuvor die KPD einen Führungsanspruch bei der inhaltlichen Gestaltung der Blockpolitik. Diesem Anspruch, dessen Begründung samt strategischen und taktischen Anweisungen (Einbeziehung der Massenorganisationen in den Block, Bekämpfung der „Reaktionäre“ in den bürgerlichen Parteien) durch Ulbricht<sup>54)</sup> in der Folgezeit bis zum II. Parteitag der SED im September 1947 vielfach wiederholt und paraphrasiert wurde<sup>55)</sup>, traten die beiden bürgerlichen Parteien zunächst nicht entgegen. Sie richteten ihre Hoffnungen auf die bevorstehenden Wahlen vom Herbst

1946, in der Erwartung, vom Wählerreservoir der SPD profitieren zu können. Vor allem die CDU glaubte, mit ihrer unter der Führung von Jakob Kaiser entwickelten Programmatik eines „christlichen Sozialismus“ mittelfristig zur führenden Kraft in der SBZ aufsteigen zu können.

Sowohl der Wahlkampf selbst als auch das Wahlergebnis führten zu einer starken Spannung zwischen den Blockparteien. „Die dem Blockprinzip immanente Widersprüchlichkeit von intendierter politischer Gemeinsamkeit und realer politischer Konkurrenz“<sup>56)</sup> war klar zutage getreten und hatte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vor allem auf der Landes- bis hinunter zur Ortsebene nicht nur bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien, sondern auch bei denen der SED stark beeinträchtigt<sup>57)</sup>. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die Übernahme vieler Funktionen der bisher als Ersatzparlamente tätigen Blockausschüsse durch die gewählten Parlamente. Das Wahlergebnis kräftigte darüber hinaus das Selbstbewußtsein und den Selbstbehauptungswillen von CDU und LDPD. Trotz erheblicher Benachteiligungen durch die Besatzungsmacht errangen sie einen großen Erfolg. Bei den Landtagswahlen erhielten sie zusammen insgesamt mehr Stimmen als die SED (49,1% gegen 47,6%) und verfügten in zwei Landtagen über Mehrheiten gegenüber der SED und den Massenorganisationen<sup>58)</sup>. Dieses Ergebnis und ein starkes Mitgliederwachstum schienen eine breite Zustimmung zu dem Bestreben beider Parteien zu signalisieren, auch im Rahmen des Blocks eine eigenständige Politik zu versuchen.

Eine betontere Eigenständigkeit schien auch mit Rücksicht auf die Versuche zur Bildung gesamtdeutscher Parteien notwendig, die eine ausgeprägtere gesamtdeutsche Orientierung und damit Widerstand gegen die weitere separate Transformation der SBZ-Gesellschaft erforderten<sup>59)</sup>. Beide bürgerliche Parteien widersetzen sich daher in der Folgezeit stärker der von der SED vorangetriebenen Transformationspolitik. Dies setzte bei den Verfassungsberatungen Ende 1946 im Block und in den Landtagen ein, wo sie sich gegen die „Omnipotenz“ der Parlamente, wie sie die

<sup>52)</sup> Vgl. dazu O. Schröder, Der Kampf der SED um die Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids in Sachsen. Februar bis 30. Juni 1946, Berlin (Ost) 1961.

<sup>53)</sup> Vgl. die Äußerungen der Parteiführer auf Interview-Fragen der „Täglichen Rundschau“ vom 1. November 1945.

<sup>54)</sup> Vgl. W. Ulbricht, Strategie und Taktik der SED, in: Einheit, (1946) 5, S. 257 ff.

<sup>55)</sup> Vgl. z. B. E. W. Gruffke, Block- oder Koalitions-politik, in: „Tägliche Rundschau“ vom 27. Februar 1947; E. Appelt, Das Wesen der Blockpolitik, in: Einheit, (1947) 9, S. 825 ff.; Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20.—24. Sept. 1947, Deutsche Staatsoper Berlin, Berlin 1947, S. 282 f.; Entschließung zur politischen Lage. Beschluß des 2. Parteitages der SED, 24. September 1947, in: Dokumente der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) 1952, S. 214 f.; Das Wesen der Blockpolitik, in: Sozialistische Bildungshefte, 2. Jahrgang Nr. 15.

<sup>56)</sup> Siehe D. Staritz (Anm. 7), S. 102.

<sup>57)</sup> Die SED hatte diese Gefahr durchaus erkannt und ihrerseits versucht, keinen aggressiven Wahlkampf zu führen, hatte damit jedoch keinen Erfolg. Vgl. H. Weber (Anm. 1), Nr. 10.

<sup>58)</sup> Vgl. G. Braun, Die Wahlen in der SBZ im Herbst 1946, in: H. Weber (Anm. 1), S. 545 ff.

<sup>59)</sup> So D. Staritz (Anm. 7), S. 103, und M. Koch/W. Müller/D. Staritz/S. Suckut, Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen 1945—1948, in: Deutschland Archiv, (1982) Sonderheft, S. 90 ff.



SED entworfen hatte, wandten und z. T. mit Erfolg wenigstens eine unabhängige verfassungsrechtliche Instanz schufen<sup>60</sup>). Beide Parteien wandten sich gemeinsam — allerdings erfolglos — in den Landtagen gegen die Enteignungspolitik der SED und gegen den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung. Ein geschlossenes, koordiniertes Vorgehen scheiterte jedoch häufig an interparteilichen politischen Differenzen. Beide Parteien wiesen schließlich seit Mitte 1947 entschieden den Führungsanspruch der SED zurück. Die LDPD erklärte keine „Hilfestellung zur Verwirklichung des Kommunismus zu leisten“ und drohte mit dem Blockaustritt, die CDU definierte sich als „Wellenbrecher gegen den dogmatischen Marxismus“ und kritisierte die Praxis der Blockpolitik<sup>61</sup>).

Folge dieser Politik von CDU und LDPD war eine Stagnation der Blockpolitik seit Anfang 1947 auf zentraler Ebene<sup>62</sup>). Es zeigte sich jetzt, daß die Einstimmigkeit der Beschlussfassung für die bürgerlichen Parteien zum Hebel wurde, um Initiativen und Alternativen der SED zu verzögern. So stellte sich für die SED die Frage, wie sie ihr bündnispolitisches Konzept weitertreiben und ihre führende Rolle ausbauen, wie sie den möglichen Verlust der institutionellen Legitimationsbasis der Bündnispolitik verhindern könnte. Sie forcierte zu diesem Zweck die vorher schon je nach örtlichen Gegebenheiten erreichte Aushöhlung des gegen ihre Politik vorhandenen oppositionellen Potentials, indem sie verstärkt die Aufnahme der zunehmend unter Anleitung durch die SED agierenden Massenorganisationen in den Block forderte. Auf der zentralen Ebene konnte die SED sich damit allerdings nicht durchsetzen. Sowohl CDU als auch LDPD lehnten diese Forderungen strikt ab und beharrten auf dem Anspruch, nur Parteien könnten Vertreter des Volkes sein<sup>63</sup>). In der Praxis duldeten sie jedoch die Beteiligung der Massenorganisationen in den Parlamenten ebenso wie in der Verwaltung, und auf Landesebene stimmten die Parteiorganisationen auch der Aufnahme der Massenorganisationen in die Blockausschüsse zu<sup>64</sup>). Die Teilnahme von Mitgliedern der Massenorganisa-

<sup>60</sup>) Vgl. die 22.—25. Sitzung des Blocks bei S. Suckut (Anm. 16), Blockpolitik . . . und demnächst G. Braas, Die Auseinandersetzungen über die Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47 (Arbeitstitel).

<sup>61</sup>) Siehe LDPD-Informationen, Jahrgang 1, Nr. 28/29, S. 5; Neue Zeit vom 7. 8. 1947.

<sup>62</sup>) 1946 tagte der Block 15mal, 1947 nur noch achtmal.

<sup>63</sup>) Vgl. H. Weber (Anm. 1), Nr. 61, 88, 155.

<sup>64</sup>) Ebd. Nr. 152. Für die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) vgl. B. Wernet-Tietz (Anm. 20), S. 75 ff.

tionen in den Landesblocks bedeutete eine psychologische Belastung der bürgerlichen Politiker, änderte sich dadurch doch die Atmosphäre der Diskussionen wesentlich. Bei ablehnender Haltung gegenüber Vorschlägen der SED mußten sie nun aus einer Minderheitsposition heraus argumentieren<sup>65</sup>).

Aus der anfänglich nur beratenden Teilnahme der Massenorganisationen wurde dann bald eine mitbestimmende. Gleichzeitig wurden den Blockausschüssen neue Aufgaben zugewiesen, die sie zum einen als interfraktionelle Ausschüsse zur Vorbereitung einvernehmlicher Plenardebatten in den gewählten Parlamenten auswiesen<sup>66</sup>) und ihnen zum anderen eine Reihe konkreter Aufgaben zur Bewältigung der wirtschaftlichen und Versorgungsprobleme übertrugen. Auch wurde jetzt auf der Landesebene eine straffere Organisation und eine Weisungsbefugnis der oberen an die unteren Blockausschüsse vorgesehen. Schließlich forderte die SED von ihren Parteimitgliedern eine Verstärkung der Blockarbeit auf den unteren Ebenen. CDU und LDPD dürften nicht aus der Verantwortung entlassen werden und seien auch und gerade an unpopulären Entscheidungen zu beteiligen<sup>67</sup>). Darüber hinaus versuchte die SED, am Block vorbei durch noch vereinzelt Kampagnen gegen »Reaktionäre« in Parteiführungen und Fraktionen der CDU und LDPD deren Zusammensetzung in ihrem Sinne zu verändern und damit gleichzeitig auch auf die personelle Zusammensetzung der Blockausschüsse Einfluß zu nehmen<sup>68</sup>).

Alle Bemühungen der SED konnten jedoch nicht verhindern, daß es gegen Ende des Jahres 1947 zu einer offenen Blockkrise in der

<sup>65</sup>) Vgl. dazu auch die entsprechende Bemerkung eines Teilnehmers der CDU an den Blocksitzungen: J. B. Grادل, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945—1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981, S. 105 f.

<sup>66</sup>) Vgl. H. Weber (Anm. 1), Nr. 153, 154. Der Block brachte sogar Gesetzentwürfe und Anträge im Landtag ein. Vgl. S. Sacher, Zur Entwicklung des Sächsischen Landtags unter dem Einfluß der Blockpolitik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, (1965) 4, S. 663.

<sup>67</sup>) Vgl. z. B. Neuer Weg, (1947) 6, S. 2 f., und (1947) 8, S. 8 f.

<sup>68</sup>) Material dazu findet sich in der Berichterstattung der SED-Regionalpresse sowie in verschiedenen Berichten auch zu kleineren Städten in den Akten des Ostbüros der SPD im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg. Vgl. dazu auch exemplarisch am Beispiel der CDU-Landtagsfraktionen Chr. Dowitz, Vom Parlament zur „sozialistischen Volksvertretung“. Die Entwicklung der CDUD-Fraktionen in den Landtagen der SBZ/DDR von 1946 bis 1952, in: Preprint des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim Nr. 113, 1984.



SBZ kam, die zu einem monatelangen Stillstand der Blockpolitik zumindest auf der zentralen Ebene führte. Am 24. November 1947 unterbreitete die SED im Block den Plan, einen Volkskongreß zu wählen, mit dem noch vor der Londoner Außenministerkonferenz eine gesamtdeutsche Vertretung geschaffen werden sollte<sup>69)</sup>. Die CDU lehnte diesen Vorschlag unter Hinweis auf die nicht zu erwartende Beteiligung der Westzonenparteien ab<sup>70)</sup>. Damit zwang sie die SED, erstmals ohne

die formelle Unterstützung der Blockpartner allein eine auf Gesamtdeutschland zielende Initiative zu ergreifen. Deren Erfolg war somit sowohl zonenübergreifend als auch innerzonal in Frage gestellt. Dies war für die SMAD Anlaß — wie schon bei dem Konflikt um die Bodenreform — Kritik aus den unteren Parteigliederungen am Verhalten der Parteiführung zur Legitimierung für die Ablösung der CDU-Vorsitzenden Kaiser und Lemmer zu nutzen<sup>71)</sup>.

## V. Zwischenbilanz: Blockpolitik am Wendepunkt

Die Auseinandersetzungen um die Etablierung der Volkskongreßbewegung haben die instabile Realisierung des Konzepts kommunistischer Bündnispolitik in der SBZ veranschaulicht. Zweieinhalb Jahre Blockpolitik hatten nicht vermocht, aus politischen Konkurrenten — unter Anerkennung der Führungsrolle einer Partei — Partner eines gemeinsam verfolgten Zieles zu machen. Angesichts der durch die Besatzungsmacht fremdbestimmten Zielvorgaben, die seit Mitte 1947 eine stärkere Angleichung der politischen und ökonomischen Strukturen an das Modell Sowjetunion beinhalten, wurde vielmehr eine Vergrößerung der Konfliktpotentiale bewirkt. Der neue Transformationsschub und die fortwährende Opposition dagegen zwangen SMAD und SED, einen Funktionswandel des Blocksystems einzuleiten. Die Blockkrise am Jahresende 1947 ist somit auch Ausdruck für den Wendepunkt der Blockpolitik.

Dennoch kann keine nur negative Bilanz der vorangegangenen Blockpolitik gezogen werden. SMAD und SED war es gelungen, in das entstehende Parteiensystem die entscheidenden Elemente der Bündnispolitik, die Aktionseinheit zwischen den Arbeiterparteien und den Zusammenschluß der Parteien im Block, einzufügen. Damit war die Machtteilhabe der Kommunisten in der Parteienkooperation gesichert. Bis 1947 wurde auch die Aufwertung der Massenorganisationen durch deren Beteiligung in den Blockausschüssen auf Landesebene und damit die Integration weiterer Bündnispartner in das Blocksystem erreicht.

Die Praxis der Blockpolitik, in der strukturverändernde gesellschaftliche und ökonomi-

sche Entscheidungen häufig nur durch direkte oder indirekte Eingriffe der SMAD durchgesetzt werden konnten, führte jedoch dazu, daß die Legitimationsleistung des als Ersatzparlament fungierenden Blocks für die Transformationspolitik der SED zunehmend geringer wurde und weitgehend formalen Charakter annahm. Die auf Gesamtdeutschland zielende Modellhaftigkeit und Legitimationsfunktion des Blocks wurde daher bald obsolet.

Den Kommunisten war es nur mit Hilfe der SMAD gelungen, eine dominierende Position im Parteiensystem einzunehmen. Die Anerkennung einer Führungsrolle durch die anderen Parteien erreichten sie jedoch nicht. Der Block blieb so bis Ende 1947 ein politisches Gremium, in dem die bürgerlichen Parteien ihren Widerspruch zur Politik der SED formulierten und so von der SED gewünschte Entscheidungen aufschieben oder modifizieren konnten. Dies gilt uneingeschränkt für den zentralen Block und nur bedingt für die Landesblocks.

Ein gewisses Maß an Eigenständigkeit war allerdings durchaus erwünscht, um einmal die gesamtdeutsche Wirksamkeit des Blockkonzepts zu stützen und zum anderen die bündnispolitische Funktion der Parteien, die Einbindung weiterer Bevölkerungsschichten, zu erhalten. Das Ausmaß der Opposition im Jahre 1947 ließ jedoch aus der Sicht der SED die Weiterführung des Transformationsprozesses des Parteiensystems zweifelhaft erscheinen und verlangte nach Änderungen<sup>72)</sup>.

Eingriffe in die Struktur des Block- und Parteiensystems waren möglich und auch notwendig geworden durch die Mitte 1947 eingeleitete Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts und der Blockbildung wurde

<sup>69)</sup> Zum Stellenwert der Volkskongreßbewegung in der gesamtdeutschen Strategie der SED vgl. D. Stäritz, Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin 1976, S. 171ff.

<sup>70)</sup> Vgl. das Protokoll dieser Blocksitzung in H. Weber (Anm. 1), Nr. 157.

<sup>71)</sup> Vgl. W. Conze/J. Kaiser, Politiker zwischen Ost und West, Stuttgart u. a. 1969.

<sup>72)</sup> Vgl. S. Suckut (Anm. 16), Zu Krise ..., S. 682.



für die Staaten im sowjetischen Machtbereich die Übernahme des sowjetischen Herrschaftssystems zur Aufgabe. Die Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Prozesse, der Beginn der Planwirtschaft und die Umwandlung der SED zur stalinistischen Kaderpartei mit umfassendem Führungsanspruch prägten das weiterführende Transformationskonzept. Dieses beinhaltete gegenüber dem Widerspruch zwischen nationaler Aufgabe und zentraler Notwendigkeit<sup>73)</sup>, den die SED bisher schon zunehmend schlechter auszubalancieren vermochte, eine Entscheidung für die zentrale Notwendigkeit, also für den weitgehenden Verzicht auf gesamtdeutsche Rücksichtnahmen.

## VI. Umstrukturierung des Block- und Parteiensystems 1948/49

Bei der Umwandlung des Parteiensystems in ein System mit mehreren von der SED abhängigen Transmissionsorganisationen setzte die SED auf drei Ebenen an.

Auf der Ebene der Parteien selbst versuchte sie, auf deren Personalpolitik entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Durch die Förderung von kooperationswilligen Politikern sollten auch die politischen Entscheidungen in der CDU und in der LDPD beeinflußt werden. Das Jahr 1948 war für beide Parteien ein Jahr des Umbruchs. Nach der Absetzung Kaisers und dem Tode von Kützler verfügten weder die CDU noch die LDPD über anerkannte Parteiführer, und in beiden Parteien gab es ausgedehnte innere Auseinandersetzungen über den künftigen Kurs. Es gelang der SED und der SMAD in beiden Parteiführungen kooperationswillige Politiker zu etablieren, die bereit waren, die Blockpolitik fortzusetzen und sich der SED anzunähern. 1948 war dieser Prozeß jedoch noch nicht abgeschlossen; beide Parteien opponierten weiter heftig gegen den Führungsanspruch der SED, gegen die Wirtschaftsplanung und gegen den Ausbau der Volkskongreßbewegung zu einem nationalen Vorparlament.

Auf der Ebene des Parteiensystems mußte die SED daher durch die Schaffung neuer Parteien versuchen, der CDU und der LDPD den Anspruch zu bestreiten, alleine Vertreter der von der SED nicht erfaßten Bevölkerungsschichten zu sein. Die Gründung der beiden neuen Parteien DBD — als Konkurrenz zur

<sup>73)</sup> Von DDR-Zeitgeschichtlern wird dieser Widerspruch als Hauptmerkmal dieser Phase der Blockpolitik (1948/49) gesehen. Vgl. G. Benser, Probleme der Bündnispolitik der KPD und der SED von 1945 bis 1949, in: Dokumentation der Zeit, (1964) Sonderheft, S. 8.

Die Umgehung des Blockprinzips, d. h. der Beteiligung aller Parteien in Parlamenten und Verwaltungen, wie es die SED bei der Installation der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 1947 durch die Nichtberücksichtigung der bürgerlichen Parteien praktizierte, wies allerdings keinen bündnispolitisch gangbaren Weg für die Transformationsstrategie der SED. Zur bündnispolitischen Absicherung ihrer Politik, d. h. zur (wenn auch nur formalen) Legitimation durch große Teile der Bevölkerung, mußte die SED das Parteiensystem umstrukturieren und die Blockkonstruktion so verändern, daß Widerspruch gegen diese Politik möglichst ausgeschlossen werden konnte.

CDU — und NDPD — als Gegenstück zur LDPD — erfolgte mit Hilfestellung der SMAD und unter Kontrolle der SED, die auch die Delegation von SED-Funktionären in führende Positionen der neuen Parteien einschloß. Beide neuen Parteien entsprachen von Anfang an dem von der SED gewünschten Typ der „Transmissionspartei“; sie verhielten sich jederzeit als verlässliche Verbündete der SED, womit sie die oppositionelle Wirksamkeit von CDU und LDPD minderten<sup>74)</sup>.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um auf der dritten Ebene, dem Block selbst, durch dessen Wiederbelebung und Instrumentalisierung die Durchsetzung der „führenden Rolle“ der SED zu erreichen. In einer Vorbesprechung am 4. August 1948 und einer offiziellen Blocksitzung am 5. August 1948 wurde<sup>75)</sup> — auf den Blockgrundsätzen von 1945 fußend — die Fortsetzung der Blockpolitik vereinbart. Betont wurde dabei die Gleichberechtigung der Parteien. Gleichzeitig mit dieser Wiederbelebung des Blocks wurde er durch die Aufnahme von DBD und Freiem Deutschen Gewerkschaftsbund am 5. August 1948 und der NDPD am 7. September 1948 erweitert. CDU und LDPD versuchten vergeblich, unter Hinweis auf die fehlende Legitimation durch Wahlen den neuen Parteien nur je einen Sitz im Block zuzugestehen, konnten jedoch grundsätzlich der Erweiterung des Blocks nicht mehr mit dem Argument, dort könnten nur Parteien vertreten sein, entgegenen. Die SED konnte ihrerseits auf die Aufnahme weiterer Massenorganisationen ver-

<sup>74)</sup> Vgl. dazu D. Staritz (Anm. 6) und B. Wernet-Tietz (Anm. 20).

<sup>75)</sup> Vgl. das Protokoll dieser Sitzung bei S. Suckut (Anm. 16), Zu Krise ..., S. 690 ff.



zichten<sup>76)</sup>, da sie einerseits glaubte, durch die erreichte Blockerweiterung ihre Ziele wirklichlich zu können, und da andererseits die Massenorganisationen im Volkskongreß ausreichend repräsentiert waren. Die Durchsetzung der Entscheidungen des zentralen Blocks in den anderen Blockebenen erfolgte gegen erheblichen Widerstand von CDU und LDPD z. T. mit großer Verzögerung<sup>77)</sup>.

Widerstand mußte die SED auch bei dem Bemühen überwinden, die beiden neuen Parteien in die bestehenden Volksvertretungen zu integrieren. Nachdem die Bildung der beiden Parteien 1948 und die Gründung der DDR 1949 zum Anlaß genommen worden waren, die fälligen Gemeinde- und Landtagswahlen zu verschieben, setzte die SED im Block einen Beschluß durch, der NDPD und DBD ohne Legitimation durch Wahlen den Einzug in die Gemeinde- und Landesparlamente ermöglichte<sup>78)</sup>. Damit wurden gleichzeitig teilweise noch seit den Wahlen im Jahre 1946 bestehende bürgerliche Mehrheiten beseitigt. Für die Einschätzung der Souveränität der gewählten Parlamente kennzeichnend ist auch der Beschluß des Landesblocks von Sachsen, die Blockbeschlüsse für alle Fraktionen als bindend zu erklären<sup>79)</sup>. Damit wurde die in der sächsischen Verfassung im Art. 27 Abs. 3 garantierte Freiheit des Mandats außer Kraft gesetzt.

Neben der Erweiterung des Blocks wurde auch dessen Organisationsstruktur und Programmik neu gefaßt. Die zwischen Februar und August 1949 ausgearbeiteten Blockgrundsätze sahen jetzt eine strenge Hierarchisierung der Blockebenen vor<sup>80)</sup>. Da gleichzeitig aber die Einmütigkeit für die Beschlußfassung beibehalten wurde, läßt dies den Schluß zu, daß die SED auch im Zentralblock nicht mehr mit ernsthaftem Widerstand ge-

gen die von ihr beanspruchte Führungsrolle rechnete. Denn gerade die Einmütigkeit, die ursprünglich eine Majorisierung der KPD verhindern sollte, hatte den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit zur Einwirkung bis hin zur Obstruktion in die Hand gegeben.

Mit den neuen programmatischen Grundsätzen wurden alle Blockpartner auf die Schaffung der deutschen Einheit, die Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die positive Stellung gegenüber der Sowjetunion festgelegt. Damit aber war im Block bereits vor der Gründung der DDR in wichtigen ideologischen und grundsätzlichen politischen Fragen eine Festlegung der Blockpartner auf den Kurs der SED vorgenommen worden. Auch von daher wird die Beibehaltung der Einmütigkeit der Beschlußfassung verständlich.

Die Zustimmung zu den neuen Blockgrundsätzen ist deutlicher Ausdruck des Anpassungsprozesses von CDU und LDPD, der nicht ohne Folgen blieb. Bei allen Versuchen, in zentralen politischen Fragen (Verschiebung der Wahlen, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Gründung der DDR) eigene Standpunkte zu vertreten, schwenkten sie doch stets auf den Kurs der SED ein und verloren damit sowohl in der SBZ wie auch bei ihren Schwesterparteien in den Westzonen an politischer Glaubwürdigkeit. Dies führte zusammen mit der Einschränkung der Rekrutierungsbasis durch die neuen Parteien seit 1949 zu einem starken Mitgliederschwund. Wie aber die derart gewandelten Parteien ihrem bündnispolitischen Auftrag nicht nur formal, sondern inhaltlich gerecht werden sollten, blieb eine offene Frage.

## VII. Die Sicherung der „führenden Rolle“ der SED

Im Sommer 1949 war aus dem Block endgültig ein Gremium geworden, in dem durch strukturelle Änderungen für einen Partner Kontrollmöglichkeiten und Interessendurchsetzung gegenüber den anderen Beteiligten gewährleistet waren. Die Instrumentalisierung

des Blocks durch die SED wird deutlich an den durch Blockbeschlüsse ausgelösten und forcierten Säuberungen in der CDU und der LDPD. Bereits am 17. Juni 1949 war vereinbart worden, mit organisatorischen Säuberungsmaßnahmen gegen „politische Reaktionäre“ in den Blockparteien vorzugehen.

Dieser Beschluß ist zu sehen vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen im Block zwischen SED und CDU sowie LDPD nach dem für die SED enttäuschenden Ausgang der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949. Von Wilhelm Pieck wurden die ca. 33 Prozent Nein-Stimmen zu der Einheits-

<sup>76)</sup> Die Aufnahme der Freien Deutschen Jugend in den Block erfolgte am 6. Juli 1950, während der Demokratische Frauenbund Deutschlands erst am 13. Juni 1952 aufgenommen wurde.

<sup>77)</sup> Siehe dazu B. Wernet-Tietz (Anm. 20), S. 142ff.

<sup>78)</sup> Siehe ebd., Nr. 164 und B. Wernet-Tietz (Anm. 20), S. 145ff.

<sup>79)</sup> Siehe H. Weber (Anm. 1), Nr. 161.

<sup>80)</sup> Abgedruckt bei H. Weber (Anm. 1), Nr. 163.



liste des Volkskongresses in der Blocksitzung vom 8. Juni 1949 als Teil „eines planmäßigen Kampfes gegen die Politik der Zusammenarbeit“, der von reaktionären Kräften mit Unterstützung aus dem Westen geführt werde, gewertet. Daraus zog Pieck die Schlußfolgerung, „daß solche reaktionären Kräfte, die sich unter dem Deckmantel fortschrittlicher Parteien verstecken, geschlagen werden müssen, geschlagen werden müssen im Interesse der Reinheit ihrer Partei, geschlagen werden müssen im Interesse einer guten Blockpolitik“<sup>81)</sup>. In den ersten Monaten des Jahres 1950 wurde auf allen Blockebenen erneut der Kampf gegen die „Reaktionäre“ gefordert. Ziel dieser Kampagne waren Mitglieder von CDU und LDPD, die sich noch immer gegen die „führende Rolle“ der SED wandten.

Anlaß dieser Säuberungswünsche der SED waren die Auseinandersetzungen über die SED-Forderung, die Wahlen zur Volkskammer und zu den Landtagen im Oktober 1950 mit einem gemeinsamen Programm und einer Einheitsliste aller Parteien und Massenorganisationen vorzunehmen. Bereits in der gut vorbereiteten Sitzung des zentralen Blocks und des Präsidiums des Deutschen Volksrates am 5. Oktober 1949 in Berlin, in der die Bildung einer provisorischen Regierung der demokratischen deutschen Republik beraten wurde, stand die Frage der Wahlen im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen vornehmlich zwischen der SED und der CDU. Es ging dabei um die Notwendigkeit und den Zeitpunkt der Durchführung von Wahlen, von denen sich die CDU eine Stärkung ihrer Position versprach<sup>82)</sup>. Offensichtlich hatte die SED damals bereits den Plan, die Wahlen nur

mit einer Einheitsliste durchzuführen, worauf sich die CDU aber nicht einlassen wollte und daher auf der Durchführung der Wahlen noch im Jahr 1949 nicht mehr bestand<sup>83)</sup>.

Die Durchsetzung der Einheitslistenwahlen im Block zeigt erneut die erprobte Taktik der SED, zentral zunächst nicht mögliche Entscheidungen<sup>84)</sup> durch Druck von unten doch zu erzwingen. Im Jahre 1950 bedurfte es dazu jedoch nicht mehr der Hilfestellung durch die Besatzungsmacht. Die über den Block geförderten Säuberungen in der CDU und der LDPD hatten zu Änderungen in den Führungskernen dieser Parteien geführt, so daß letztlich die Zustimmung aller Parteien zu den Einheitslistenwahlen und auch zu dem Verteilerschlüssel für die Mandate<sup>85)</sup> erreicht wurde.

Mit einer Reihe anderer Faktoren hat die Umstrukturierung des Blocks und dessen Instrumentalisierung zu Eingriffen in die bürgerlichen Parteien bis etwa Mai 1950 das Parteiensystem so weit verändert und die Einflußstrukturen zugunsten der SED so festgelegt, daß diese (wohlwissend, daß die Mandatsträger der Massenorganisationen überwiegend SED-Mitglieder sein würden) darauf verzichten konnte, sich als Mehrheitsfraktion in den zu wählenden Parlamenten zu etablieren. Mit den Wahlen nach Einheitslisten war die Möglichkeit parlamentarisch-demokratischer Parteienkonkurrenz ausgeschaltet und die „führende Rolle“ der SED im „sozialistischen Mehrparteiensystem“ abgesichert.

<sup>81)</sup> Vgl. das Dokument in H. Weber (Anm. 1), Nr. 75.

<sup>82)</sup> Im März 1950 hatte auf Initiative der SED zwischen den Parteiführern über die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten ein Gedankenaustausch stattgefunden, der jedoch ohne konkretes Ergebnis blieb, vgl. M. Krause (Anm. 11), S. 150.

<sup>83)</sup> Vgl. die beiden Blockbeschlüsse vom 16. Mai und 6. Juli 1950 in H. Weber (Anm. 1), Nr. 170, 171.

<sup>81)</sup> Zitiert nach R. Stöckigt (Anm. 12), S. 130.

<sup>82)</sup> Vgl. ebd., S. 134ff. Vgl. dazu auch H. Neef, Entscheidende Tage im Oktober 1949. Die Gründung der DDR, Berlin (Ost) 1984<sup>2</sup>, S. 44ff.



# Volksdemokratie für Deutschland?

## KPD und SED zwischen gesamtdeutscher Option und „sozialistischem Lager“ 1945—1950

### I. Der Führungsanspruch der SED und Gesamtdeutschland

Im politisch-propagandistischen Selbstverständnis der SED wie auch allgemein in der Historiographie der DDR wird die Herausbildung eines „sozialistischen Staates“ auf deutschem Boden nach 1945, gekennzeichnet durch die „Diktatur des Proletariats“ und geprägt von der auch institutionell und verfassungsrechtlich abgesicherten „führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei“, als Resultat gesetzmäßiger Entwicklung der Geschichte interpretiert. Die Bildung der SED „auf revolutionärer Grundlage“, ihre Ausprägung zu einer leninistischen Partei nach dem Vorbild der KPdSU und ihre Einbindung in die internationale kommunistische Bewegung werden ebenso als unausweichlich, folgerichtig und daher notwendig angesehen wie ihr Aufstieg zum unbestrittenen politisch-gesellschaftlichen „Hegemon“, zur Führungspartei, deren Rolle mit legalen und (massen-) demokratischen Mitteln nicht angreifbar ist<sup>1)</sup>. Eine solche als allgemeingültig und im Einklang mit den historischen Notwendigkeiten unterstellte Entwicklung ist aus dieser Sicht im Westen Deutschlands nach 1945 von den Besatzungsmächten im Verein mit „reaktionären Kräften“ und den „rechten Führern“ der Sozialdemokratie unterbunden worden. So seien die Westzonen von einem einheitlichen Deutschland „abgespalten“ und dort eine historisch überlebte Gesellschaftsordnung konserviert worden.

Dieses hier freilich nur knapp skizzierte Schema läßt eine Reihe von Fragen offen. Es übergeht zunächst wesentliche Brüche und Wendungen in der (frühen) Entwicklung der SED selbst. Die Partei erscheint so von der Gründung an ausschließlich geprägt von den Traditionen des deutschen und sowjetischen Kommunismus wie der der „revolutionären“

Sozialdemokratie<sup>2)</sup>. Zugleich sind zwei Grundprobleme der SED-Politik in der Nachkriegszeit angesprochen: Der Führungs- und Gestaltungsanspruch, den die KPD und später auch die SED erhoben, unterscheidet sich grundlegend von den Interessen und Konzeptionen der anfänglich mit ihr um die Macht konkurrierenden Parteien. Die Durchsetzung und schließliche Respektierung der unangefochtenen Vormachtstellung einer Partei in einem politischen Spektrum auf dem Wege des Konsenses oder der Mehrheitsbildung erscheint wenig wahrscheinlich, erst recht vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Jahre vor 1945. KPD und SED bedurften also historisch besonderer Bedingungen und außerordentlicher Mittel zur Realisierung der angestrebten „führenden Rolle“. Zugleich wurde dieser Anspruch permanent mit Geltung für ganz Deutschland formuliert. Die Möglichkeit einer zur SBZ analogen Entwicklung in ganz Deutschland wurde also unterstellt. Wie weit indes Führungsanspruch auf der einen und gesamtdeutsche Konzeption auf der anderen Seite miteinander vereinbar waren, ist bislang kaum geklärt<sup>3)</sup>. Im folgenden soll daher näher untersucht werden, in welcher Weise der von KPD und SED immer wieder mit großem propagandistischen Aufwand vorgetragene Anspruch, eine allgemeingültige und richtungsweisende Konzeption für ganz Deutschland, eben nicht nur für die sowjetische Besatzungszone allein, zu besitzen und zu verwirklichen, mit den Realitäten der fortschreitenden Teilung Deutschlands in Einklang zu bringen war.

Der Prozeß realer Machtarrangierung und allmählicher Herrschaftssicherung von KPD und SED im Osten Deutschlands durch Umformung und Neubildung separater parteipolitischer, staatlicher und Repräsentations-Or-

<sup>1)</sup> Vgl. die SED-offiziösen Definitionen zu „führender Rolle der Arbeiterklasse“ und „marxistisch-leninistischer Partei“ in: Kleines Politisches Wörterbuch, 4., überarb. u. erg. Aufl., Berlin (Ost) 1983, S. 280 ff., 586 ff., sowie die DDR-Polemiken gegen die westdeutsche Historiographie. Zuletzt: Geschichte, Ideologie, Politik. Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Geschichtsauffassungen in der BRD, Berlin (Ost) 1983, bes. S. 176 ff.

<sup>2)</sup> Für vieles: Geschichte der SED. Abriß, Berlin (Ost) 1978, S. 5.

<sup>3)</sup> In jüngerer Zeit widmet sich nur die bislang unveröffentlichte Habilitationsschrift von Wilhelm Bleek diesem Thema: Einheitspartei und nationale Einheit, Ms., München 1980.



ganisationen und Institutionen<sup>4)</sup> könnte die auf Gesamtdeutschland gerichteten Aktivitäten bei vordergründiger Betrachtung schnell als reine Propaganda abstemeln. Eine solche Sicht ließe aber außer acht, daß beide Parteien auch große organisatorische Anstrengungen unternahmen und bedeutende Ressourcen für dieses Ziel opferten; nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Ausgangssituation und Entwicklungsbedingungen der sowjetischen Zone weisen auf die — wenigstens temporäre — Ernsthaftigkeit des gesamtdeutschen Kurses von KPD und SED. Freilich darf nicht übersehen werden, daß es beiden Parteiführungen kaum jemals um eine „Einheit um jeden Preis“ gegangen ist<sup>5)</sup>. Es wäre also zu fragen, wie weit das „Maximalziel“ von KPD und SED, die jeweilige Ordnung der sowjetischen Besatzungszone auf ganz Deutschland zu übertragen, für die Durchsetzung von Teilzielen modifizierbar war. Einheit Deutschlands war fraglos eng verknüpft mit dem Postulat der „Einheit der Arbeiterklasse“, also auch dem Bündnisbegriff von KPD und SED. Die Frage nach „Erfolg“ oder „Mißerfolg“ der gesamtdeutschen Konzeption von KPD und SED muß vorrangig auch deren Verhältnis zur Sozialdemokratie behandeln.

Der Führungsanspruch der KPD und der sich bald nach der Gründung in ihrem Charakter wandelnden SED geht ausschließlich auf kommunistische Traditionen zurück<sup>6)</sup>. Das Zentralkomitee (ZK) der KPD hatte sich im Exil von 1934 bis 1945 vor dem Hintergrund der gescheiterten „Revolutions“-Erwartungen, die ja auch der allgemeinen Strategie der Komintern entsprachen, zunächst zögernd neu orientiert. Im Einklang mit der Komintern wollten und sollten die Kommunisten auf

dem Boden einer „demokratischen Republik“ und eines inhaltlich kaum bestimmten „antifaschistischen“ Grundkonsenses zum wichtigsten politischen Faktor in Deutschland nach dem Ende des Hitler-Systems werden. Die ersten Hauptziele der Partei für die Nachkriegszeit waren folglich das Streben nach einer gesicherten Beteiligung an einer deutschen Nachkriegs-Exekutive und einer gleichberechtigten Einbeziehung in das Parteitenspektrum, das Mehrheitsbildung und Entscheidungsfindung ohne oder gegen die KPD ausschloß. Diese — auch von Wendungen nicht freie — Konzeption schloß trotz einiger Konzessionen an demokratische Prinzipien Mehrheits- und Minderheitsbildung, damit auch den Wechsel von Regierung und Opposition und die Konkurrenz demokratischer Parteien untereinander aus. Die Forderung nach der „Einheit“ der „antifaschistischen Parteien“ sollte auch zum tragenden Prinzip der Neuordnung werden<sup>7)</sup>. Eine Legitimation durch Wahlen wurde erst für einen späteren Zeitpunkt erstrebt.

Vor allem die KPD-Führung verfolgte im Exil konkrete Pläne für die Nachkriegszeit, sie erhob zugleich auch als einzige Emigrationspartei einen Anspruch auf Beteiligung am Neuaufbauprozess, den sie noch vor Kriegsende auch unter dem Schutz sowjetischer Truppen einlösen konnte<sup>8)</sup>.

Für die Sozialdemokratie galten freilich diese Voraussetzungen nicht: Die Planungen der verschiedenen Exilgruppen waren weder konkret auf den Moment des Kriegsendes bezogen, noch waren sie verbindlich für die SPD, zudem erhob keine Exil-Gruppe einen Führungsanspruch in der Partei. Die politischen Konzeptionen stellten übereinstimmend auch das Prinzip der Mehrheitsdemokratie nicht in Frage, auch wenn durchaus unterschiedliche Vorstellungen über Gestalt, Rolle und Funktion der Sozialdemokraten formuliert wurden. Gegenüber der KPD sollte — trotz unterschiedlichster Kritik an der Politik der Partei vor 1933 — die SPD die eindeutig traditionale Partei sein.

<sup>4)</sup> Das im einzelnen zu untersuchen, würde den hier zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten. In den Grundzügen skizziert das W. Müller, Ein „besonderer deutscher Weg“ zur Volksdemokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 23 (1982) 3, S. 278 ff., sowie ders., Der Transformationsprozeß der SED, in: H. Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Köln 1982, S. 51 ff.

<sup>5)</sup> Grundsätzlich: Einheit der Arbeiterklasse und ideologischer Kampf, Berlin (Ost) 1981, S. 15 ff.; G. Benser, Der einheitliche revolutionäre Prozeß in der Strategie und Taktik von KPD und SED (1945 bis 1961), in: R. Badstübner/H. Heitzer (Hrsg.), Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin (Ost) 1979, S. 1 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. H.-P. Waldrich, Der Demokratiebegriff der SED, Stuttgart 1980, S. 173 ff., verzeichnet diese Frage (und deren erkenntnistheoretische Begründung) als eine der „fundamentalsten theoretischen Differenzen zwischen dem älteren und dem neueren ... Marxismus“, ebd., S. 174.

<sup>7)</sup> Zur KPD-Strategie nach 1935 immer noch grundlegend: A. Sywottek, Deutsche Volksdemokratie, Düsseldorf 1971.

<sup>8)</sup> Für vieles: H. Laschitzka, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus, Berlin (Ost) 1969, S. 131 ff.; Zur Vereinigung von KPD und SPD. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der SED in den Jahren 1945—1949, hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin (Ost) o. J., S. 9 ff.



## II. KPD und SPD in der sowjetischen Zone bis zur Vereinigung

Unterschiedliche Prinzipien bestimmten daher auch den Gründungs- und Aufbauprozess beider Parteien nach dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945, der für das sowjetische Besatzungsgebiet unter Kontrolle der SMAD die Tätigkeit von Parteien und anderen „antifaschistischen Organisationen“ zuließ<sup>9)</sup>. Schon zuvor waren in Berlin und im von sowjetischen Truppen besetzten deutschen Gebiet Emissäre des ZK der KPD als Leiter von „Initiativgruppen“ tätig gewesen, so Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobotta. Neben dem Wiederaufbau von Wirtschaft und Versorgung hatten diese vor allem staatliche und kommunale Verwaltungsstellen neu zu besetzen. Sie waren zudem im Voraus von der Wiederrückkehr der Parteien informiert. Der am 11. Juni veröffentlichte Gründungsauftrag der KPD, den die SED zu den „bedeutendsten Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung“ zählt<sup>10)</sup>, war Anfang Juni von ihnen mit erstellt und in Moskau mit dem Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und dem früheren Komintern-Generalsekretär Dimitroff abgestimmt worden. Das ZK hatte ein recht „gemäßigtes“ Programm entworfen, das sich auf die dringendsten Tagesaufgaben konzentrierte, in dessen Mittelpunkt Forderungen zum Wiederaufbau, zur Entnazifizierung und zur Wiedergutmachung standen. Das „Sowjetsystem“ wurde für Deutschland als derzeit ungeeignet, dagegen alle „Rechte und Freiheiten für das Volk“ in einer antifaschistisch-demokratischen Republik als notwendig bezeichnet.

Nicht nur das Programm, sondern auch Ebenen und Formen der Parteiarbeit und ihre Struktur sollten den Anspruch untermauern, gegenüber den Jahren vor 1933 eine Wendung vollzogen zu haben.

Erstens: Die KPD hatte sich als staatstragende, aufbauende Partei darzustellen. Kommunisten hatten unmittelbar in Staat und Verwaltung, Wirtschaft und Versorgung praktische Arbeit zu leisten, im Gegensatz zur überwiegend propagandistisch-agitatorischen Aktivität vor 1933. Franz Dahlem, der „Kaderchef“ des ZK und Mitglied des Politbüros, resümierte am Vorabend des Vereinigungspartei-

tages: „Die Partei hat... sofort ihre Tätigkeit als staatsaufbauende Partei begonnen und eine Politik im Gesamtinteresse des deutschen Volkes und aller seiner werktätigen Schichten durchgeführt.“<sup>11)</sup> Obwohl das KPD-Parteistatut aus dem Jahre 1925 formal weiter galt, wandelte sich der Organisationsaufbau grundlegend: Anstelle der alten Gliederungen entstanden neue parallel zum staatlichen Verwaltungsaufbau nach Ländern, Kreisen und Gemeinden. Vorstands- und Leitungsfunktionen wurden ebenfalls diesen Vorbildern angeglichen<sup>12)</sup>.

Zweitens: Die KPD sollte nach den Zielen ihrer Führung zu einer umfassenden Sammlungsbewegung werden, ohne ihren Charakter als Arbeiterpartei einzubüßen. Intendiert war eine Volkspartei „im wahrsten Sinne des Wortes“<sup>13)</sup>. Zur Mitarbeit und zum Beitritt wurden alle nicht vom Faschismus<sup>14)</sup> belasteten Deutschen aufgefordert. Ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als theoretischer Basis der KPD wurde (noch) nicht verlangt.

Drittens: Die KPD, die ja im Weimarer Parteienspektrum isoliert gewesen war, propagierte nun enge Kooperation und feste organisatorische Bindungen der Parteien untereinander. Die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, die feste organisatorische Bindung der SPD an die KPD, sollte ihr sowohl Einfluß auf das sozialdemokratische Potential sichern als auch Kern der Zusammenarbeit aller Parteien im „Block“ sein.

Erhalten blieb indes unangefochten die überkommene extrem zentralistische Parteistruktur. Sie gewährleistete einen raschen Parteaufbau auf den unteren Ebenen sowie die nach außen recht bruchlose Durchsetzung der neuen Maximen in der (wiederentstehenden) Partei. Das ZK vermochte in kürzester Frist alle spontan und lokal entstandenen Organisationen wie „Antifa-Komitees“ oder „Einheits“-Parteien aufzulösen, aber auch die Fortsetzung der vor 1933 in der KPD geltenden „revolutionären“ Maximen zu unterdrück-

<sup>11)</sup> Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1946, S. 65.

<sup>12)</sup> Ebd.

<sup>13)</sup> F. Dahlem, Wer kann Mitglied der KPD werden?, in: Deutsche Volkszeitung (Berlin) vom 27. 7. 1945.

<sup>14)</sup> Die KPD verwandte den Begriff im Sinne der seit 1935 gültigen, von Dimitroff geprägten Definition: er sei „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

<sup>9)</sup> Zum Hintergrund und zum Kontext der Politik der SMAD vgl. H. Weber, Einleitung. Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, in ders. (Anm. 4), S. 11 ff. — Im folgenden wird die Rolle der SMAD nicht mehr mit einbezogen.

<sup>10)</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin (Ost) 1966, S. 27.



ken<sup>15)</sup>. Gestützt auf die außerordentlich schnelle organisatorische Konsolidierung, die Ausnutzung der durch die Partei in der Umbruchphase besetzten Positionen in Staat und Verwaltung, die Aktivität und die Initiative einer großen Zahl von Funktionären, ein enormes Übergewicht an materiellen Ressourcen und Propagandamitteln und nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Protektion durch die Besatzungsmacht erhob das Zentralkomitee der KPD unübersehbar einen Führungsanspruch in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, sofern es Deutschen zugänglich war<sup>16)</sup>.

Zunächst schien dem ZK auch der Erfolg recht zu geben: Die Mitgliederzahl, die für dieses Gebiet vor 1933 bei ca. 100 000 gelegen hatte, nahm rasch zu. Im August 1945 war diese Zahl mit 151 000 bereits weit übertroffen; sie enthielt freilich einen bedeutenden Teil „umgesiedelter“, meist sudetendeutscher Kommunisten. Schon im Oktober waren die „Altmitglieder“ in der Minderheit<sup>17)</sup>. Seit Juli 1945 wurden regelmäßige „Schulungs“-Abende durchgeführt; neue wie alte KPD-Mitglieder sollten so mit dem gewandelten Programm vertraut gemacht und auf Dauer in die Partei integriert werden. Zudem verfügte die KPD zum ersten Mal in ihrer Geschichte über eine Reihe von Schlüsselfunktionen in Verwaltung und Wirtschaft; die Bereiche Personalwesen, Volksbildung und Polizei<sup>18)</sup> standen nahezu lückenlos unter kommunistischer

<sup>15)</sup> Bekannt ist der Brief Walter Ulbrichts an Dimitroff vom 9. 5. 1945, in dem Ulbricht angab, daß man die Büros der Ausschüsse und Komitees geschlossen habe und er auch „für die genügende Orientierung der Genossen längere Zeit“ für „erforderlich“ halte. W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II: 1933—1946, Berlin (Ost) 1953, S. 419; allgemein A. Ackermann, Überwindung des Opportunismus und Dogmatismus, in: Deutsche Volkszeitung (Berlin) vom 5. 3. 1946.

<sup>16)</sup> Sehr offen sprach das H. Matern, KPD-Landesvorsitzender in Sachsen, auf den ersten KPD-Versammlungen im Juni und Juli 1945 aus. Vgl. H. Matern, Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Bd. I, Berlin (Ost) 1963, S. 117, 143, 147 u. a. m.

<sup>17)</sup> Mitgliederzahlen bei G. Benser, Das Jahr 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 28 (1980) 5, S. 319; eine Reihe von regionalen und örtlichen Mitgliederzahlen nennt H. Weber, Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/78 vom 5. 8. 1978, S. 24 ff. Zu den „umgesiedelten“ Kommunisten neuerdings J. Foitzik, Kadertransfer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983) 2, S. 308 ff.

<sup>18)</sup> Deutlich wurde das an der Besetzung städtischer Ämter in Berlin sowie der Auswechslung der Leiter solcher Dienststellen nach dem Besatzungswechsel in den zunächst von den Anglo-Amerikanern besetzten Gebieten der sowjetischen Zone. Für Berlin vgl.: Berlin. Quellen und Dokumente 1945—1961, I. Halbbd., hrsg. im Auftrag des

Kontrolle. Die Partei war in der Lage, Posten und Positionen zu vergeben; sie verstand sich als Motor und wichtigster Träger der demokratischen Umgestaltung. Dieses Erreichen von Machtpositionen und das Bestreben der KPD, in den wichtigsten neu entstehenden gesellschaftlichen Organisationen (voran im Gewerkschaftsbund, aber auch in den Jugendausschüssen und im Kulturbund)<sup>19)</sup> überall auch die nominellen Vorsitzenden-Funktionen zu erhalten, riefen erste Widerstände vor allem in der Sozialdemokratie hervor. Anfänglich konnte sie zonenweit mangels ausreichender Konsolidierung der eigenen Organisation dem mitunter rigoros durchgesetzten<sup>20)</sup> Führungsanspruch wenig entgegenzusetzen. Die KPD-Konzeption, Präjudizien zu schaffen und zugleich auf enge Kooperation zu drängen, war zunächst erfolgreich.

Der Wandel des Programms, des Stils und der Arbeitsfelder der KPD sollte für ganz Deutschland verbindlich sein. Auch der Weg zu kommunistischer Dominanz im Parteienfeld galt für ganz Deutschland: Die Entwicklung in Berlin und allgemeiner in der sowjetischen Zone sollte zum Beispiel und Muster für alle Zonen zu werden<sup>21)</sup>. Unter diesem Aspekt propagierte die KPD-Führung auch zunächst die Einigkeit der Alliierten in der Deutschlandpolitik. Walter Ulbricht konstatierte: „Wir deutschen Antifaschisten... haben nur ein Interesse, das ist die Mithilfe bei der Sicherung des Friedens. Deshalb sind wir als Deutsche unmittelbar an der Erhaltung und Festigung der Zusammenarbeit der Alliierten interessiert.“ Er verurteilte die Leute, „die immer wieder von Meinungsverschiedenheiten schwätzen“ und forderte die „Herbei-

Senats von Berlin, Berlin 1964, S. 214 ff.; für Thüringen: V. Wahl, Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen — Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945, Diss. Jena 1976, S. 255 ff. und 288 ff. Typisch war die Vorgehensweise in Leipzig: Die Amerikaner hatten den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von vor 1933 wieder in sein Amt eingesetzt. Nach dem Besatzungswechsel wurde er mit der grotesken Begründung entlassen, die Polizei nicht ausreichend von Faschisten geübert zu haben.

<sup>19)</sup> Für den FDGB vgl. W. Müller, Zur Entwicklung des FDGB nach 1945, in: E. Matthias/K. Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde, Berlin-Bonn 1984 (erscheint demnächst). — Zum Kulturbund vgl. E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 56.

<sup>20)</sup> So die Schilderung Gniffkes über die Situation in den Ländern, ebd., S. 75 ff.

<sup>21)</sup> Das sprach Walter Ulbricht auf der ersten „Reichskonferenz“ der KPD im Januar 1946 ganz deutlich an. Die Rede ist wiedergegeben in: W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II: 1933—1946, Zusatzband, Berlin (Ost) 1966, S. 326 ff.



führung eines loyalen Verhältnisses der deutschen Bevölkerung zur Besatzung".<sup>22)</sup> Gleiche Präjudiz-Funktionen sollte den im Verlauf der Potsdamer Konferenz gegründeten „Deutschen Zentralverwaltungen“ zukommen: Auf Befehl der SMAD und unter wesentlichem (auch personellen) Einfluß der KPD gegründet, sollten sie den Kern künftiger gesamtdeutscher Verwaltungen bilden.<sup>23)</sup> Auch die zwischenparteilichen Kooperationsformen „Aktionseinheit“ und „Block“<sup>24)</sup> waren für ganz Deutschland konzipiert und sollten — als im Eigeninteresse der Beteiligten liegend — auch ohne Einfluß der Besatzungsmacht funktionieren. Der spätere Wiederbeginn des Parteilebens in den Westzonen vom August/September 1945 an vereitelte dies: Eine erneute Polarisierung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kündigte sich an; das zu Kriegsende verbreitete Motiv der „sozialistischen Einheit“ verlor rapide seine Integrationskraft.<sup>25)</sup>

Ein Moment gesamtdeutscher KPD-Politik lag nicht zuletzt in der reichseinheitlichen Parteioorganisation selbst. Seit August 1945 unterhielt das Zentralkomitee regelmäßige Verbindungen zu allen Parteibezirken, auch in die Westzonen.<sup>26)</sup> Im Januar und März 1946 konnte sie größere „Reichskonferenzen“ in Berlin durchführen. Durch Kurier und auf Konferenzen wurde den Kommunisten im Westen immer wieder und eindringlich die Aufgabe gestellt, für eine Wiederholung der im Osten schon realisierten Umwälzungsmaßnahmen im Westen zu wirken: für eine Bodenreform, für die Enteignung weiter Teile der Industrie, für eine Schul- und Justizreform unter dem Generalnenner „Entmachtung der Junker, der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“.

<sup>22)</sup> W. Ulbricht, Erste Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins, in: Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Berlin o. J., S. 22 ff. — Dieser Passus fehlt in den späteren Wiedergaben dieser Rede.

<sup>23)</sup> Errichtung des Arbeiter- und Bauern-Staates der DDR 1945—1949, Berlin (Ost) 1983, S. 58—60.

<sup>24)</sup> Auf den „Block“ wird nicht weiter eingegangen. Es sei dafür auf den parallelen Aufsatz von Manfred Koch in dieser Ausgabe verwiesen.

<sup>25)</sup> Schon im September 1945 hatte Gustav Dahrenndorf in einem Bericht zur Lage vor dem Zentralausschuß festgestellt: „Es fehlen heute weit mehr die Voraussetzungen für eine Vereinigung der Arbeiterparteien als ... im Juni“. Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn-Bad Godesberg, NL Gniffke, 4/1. — Implizit bestätigte Wilhelm Pieck in seiner Rede auf der ersten „Sechziger-Konferenz“ diesen Sachverhalt. Vgl. G. Gruner/M. Wilke, Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit, München 1981, S. 86 ff.

<sup>26)</sup> Vier Jahre Kommunistische Partei Deutschlands, SED-Rededispositionen, hrsg. vom Zentralsekretariat der SED, Abt. Werbung, Presse, Rundfunk, o. O. o. J.

Der Aufbauprozeß der SPD verlief dagegen langsamer und vielschichtiger. Erst nach Erlaß des Befehls Nr. 2 bildete sich mit dem „Zentralausschuß der SPD“ in Berlin ein Führungskern heraus, den die Besatzungsmacht schnell als Zentralvorstand der Partei ansah. Er bestand aus Vertretern von drei unterschiedlichen Gruppen, die die Jahre seit 1933 in Illegalität und Widerstand verbracht hatten; erstens der Kreis um Otto Grotewohl, Erich Gniffke und Gustav Dahrenndorf, zweitens eine Gruppe um Max Fechner und drittens eine weitere Gruppe um Karl Germer und die früheren ADGB- und AfA-Funktionäre Hermann Schlimme und Bernhard Göring. Grotewohl, Gniffke und Fechner wurden zu „Sprechern“ des Zentralausschusses. Der Zentralausschuß benötigte noch geraume Zeit, um als Parteileitung in allen Bezirken anerkannt zu werden. Status und Rolle der Partei klärten sich erst nach der Wiedergründung der KPD: Einige sozialdemokratischen Gruppen wollten eine gemeinsame Partei aus SPD und KPD neu gründen; sie scheiterten am rigorosen Widerstand der KPD. In Berlin und Thüringen bestanden — unterschiedliche — Pläne einer Verbreiterung der sozialen Basis der SPD. Ein weitgehender Konsens bestand nur darin, einen Trennungsstrich zur Rolle und Politik der SPD vor 1933 zu ziehen. Nicht einmal die Bereitschaft zu weitgehender Kooperation mit der KPD war überall vorhanden: Besonders in ihren „Hochburgen“ Magdeburg und Leipzig war die SPD nur mit Widerstand und unter Druck bereit, die geforderte „Aktionseinheit“ einzugehen.<sup>27)</sup>

Das vom Zentralausschuß eilig entworfene und am 15. Juni 1945 veröffentlichte Gründungsprogramm stand deutlich in sozialdemokratischer Tradition, neben den Sofortaufgaben propagierte es einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Es wurde in der Folge zur Plattform der SPD in der sowjetischen Zone. Der Parteaufbau war zögernder und deutlicher von regionalen Eigenarten geprägt als der der KPD. Allerdings war auch ein Teil des sozialdemokratischen Potentials zur KPD übergegangen; zum Teil behinderten KPD und SMAD massiv sozialdemokratische Aktivitäten, sofern sie nicht den KPD-Vorstellungen von „Aktionseinheit“ entsprachen. Die Bildung einer gesamtdeutschen Parteioorganisation war daher kein akutes Problem, wurde aber als selbstverständliche Zukunftsperspektive angesehen.

<sup>27)</sup> Bericht über meinen Besuch in Leipzig (von Erich Gniffke), Sept. 1945, in: AdsD, NL Gniffke, 32; Bericht des Bezirksvorstandes an den Provinzialvorstand über die Verhältnisse in der KPD (vom SPD-Bezirksvorstand Magdeburg, 15. 9. 1945), in: AdsD, SPD-Archiv, 0301 I.



### III. Die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei

Vom September 1945 an mehrten sich die Anzeichen dafür, daß es der KPD nicht ohne weiteres gelingen könnte, ihre im Zuge des Umwälzungsprozesses erreichten Machtpositionen zu konsolidieren. Sie wurde nicht, wie erwartet, zur ausschlaggebenden (und vor allem in dieser Rolle von allen Parteien respektierten) Größe im politischen Raum: Die Mitglieder- und Organisationsentwicklung der SPD begann diesen Anspruch erheblich zu tangieren; die Zusammenarbeit beider Parteien im „Aktionseinheits“-Ausschuß verschlechterte sich. Die SPD begann — deutlich sichtbar mit einer Rede Grotewohls am 14. September 1945<sup>28)</sup> — auch öffentlich eine programmatische und politische Eigenständigkeit anzustreben. Gegenüber den zahlreichen und vielfältigen (Neuordnungs-)Aktivitäten der KPD konnte sie eine moderierende Haltung einnehmen, kurz: die SPD drohte zum eigentlichen Integrationsfaktor für alle politischen Richtungen zu werden. Währenddessen sank das Ansehen der KPD rasch. Ihre offensichtliche enge Bindung an die Besatzungsmacht trug dazu bei, ihr die mehr und mehr sichtbaren Kriegsfolgen (Ostgrenzen, Vertreibungen, Demontagen, Kriegsgefangene) anzulasten<sup>29)</sup> — Probleme, über die auch nur zu diskutieren sie sich beharrlich weigerte.

Von der zweiten Septemberhälfte 1945 an setzte das Zentralkomitee der KPD daher einen Kurswechsel in mehreren Etappen durch<sup>30)</sup>. Es nahm nun Kurs auf die Bildung einer Einheitspartei, die noch zwischen Mai und August strikt abgelehnt worden war. Die bis dahin genannten Voraussetzungen, „gemeinsame Aktion“ und vor allem „ideologische Klärung“<sup>31)</sup>, wurden stillschweigend fallengelassen. Die Verstärkung der „Einheits“-Propaganda war begleitet von einer Werbekampagne für die KPD: Verschiedenen Par-

teigliederungen wurde die Auflage gemacht, ihre Mitgliederzahl kurzfristig zu verdoppeln. Den zweiten Schritt des Kurswechsels vollzog das ZK im Folgemonat<sup>32)</sup>. Es drängte nunmehr auf eine gemeinsame Konferenz von KPD und SPD, die organisatorische Maßnahmen für eine Fusion diskutieren und beschließen sollte. Im Vorfeld dieser Konferenz wurde erstmals der Anspruch aufgegeben, für ganz Deutschland einheitlich vorzugehen: Eine Vereinigung wurde (zunächst) nur für die sowjetische Zone gefordert<sup>33)</sup>. Die Berliner SPD-Führung reagierte ausweichend, nachdem auch aus den Ländern deutliche Vorbehalte gegen den „Einheits“-Kurs zu hören waren<sup>34)</sup>, zugleich verschlechterte die faktische Spaltung der SPD in eine Ostzone- und eine Westzone-Partei, die auf einer interzonalen Zusammenkunft in Wennigsen bei Hannover im Oktober 1945 sichtbar wurde, die Positionen der Berliner.

Nach Beginn einer massiven „Einheits“-Kampagne und großem Druck seitens der KPD, aber vermehrt auch der SMAD, trat die geforderte gemeinsame KPD/SPD-Konferenz für das sowjetisch besetzte Gebiet Ende Dezember in Berlin zusammen, nach ihrer Teilnehmerzahl „Sechziger-Konferenz“ benannt<sup>35)</sup>. Die Sozialdemokraten hatten keine Chance, ihr Vorgehen dort zu koordinieren; ihr Zentralkomitee hatte nur eine Plattform entworfen, die noch einmal alle Bedenken der SPD gegen eine Vereinigung artikulierte: von der mangelnden Handlungsfreiheit bis zur deutlichen Bevorzugung der KPD durch die Besatzungsmacht. Wilhelm Pieck ließ indes kein Argument aus, um die SPD-Vertreter zu einer organisatorischen Fusion zu bewegen. Er faßte einen kurzfristigen Zusammenschluß

<sup>28)</sup> Erfahrungen vor und nach der Verschmelzung (Ms.), AdSD, NL Gniffke, 9/3. — Der Text der Grotewohl-Rede wurde in Berlin nur zensiert veröffentlicht. Vgl. O. Grotewohl, Wo stehen wir — Wohin gehen wir? Der historische Auftrag der SPD, Berlin o. J.

<sup>29)</sup> Das sprach W. Pieck Mitte September in einer Rede an. Vgl.: Demokratische Bodenreform. Rede von W. Pieck, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, und Edwin Hoernle, Direktor der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, am 19. September 1945, Berlin 1945, S. 8.

<sup>30)</sup> H.-J. Krusch, Für eine neue Offensive. Zur Septemberberatung 1945 der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 22 (1980) 3, S. 349ff.

<sup>31)</sup> A. Ackermann, Fragen und Antworten, Berlin o. J.

<sup>32)</sup> Das in der Literatur häufig vorgetragene Argument, der Kurswechsel sei das Resultat der KP-Wahlniederlagen in Ungarn und Österreich gewesen, trifft nicht zu. Die erste Wahl in einem der beiden Länder war die Wahl zum Stadtrat von Budapest am 4. 10. 1945. Dort kandidierte eine sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsliste, die keine Mehrheit erringen konnte. Vgl. Keesings' Archiv der Gegenwart, 1945, S. 471. Arno Wend, 1945 im Landesvorstand der SPD Sachsen, führte 1961 in einem Rundfunkinterview den KPD-Kurswechsel ebenfalls auf die gewachsene Stärke der SPD zurück. Text in: AdSD, SPD-Archiv, 0301 III.

<sup>33)</sup> F. Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 130.

<sup>34)</sup> SPD-Landesvorstand Thüringen, Rundschreiben Nr. 18 vom 6. 11. 1945, in: AdSD, NL Brill, 1; Grotewohl berichtete dem Zentralkomitee am 25. 11. 1945 über gleiche Tendenzen im Bezirk Leipzig. AdSD, NL Gniffke, 4/1.

<sup>35)</sup> Das Wortprotokoll dieser Tagung liegt in einer (leider unzulänglichen) Edition vor: Gruner u. Wilke (Anm. 25).



bis spätestens zum 1. Mai 1946 sowie gemeinsame Kandidaturen von SPD und KPD bei möglichen Wahlen ins Auge. Mit allen Mitteln suchte die KPD-Führung schon zu dieser Zeit eine Wahlalternative zwischen SPD und KPD zu verhindern. Die SPD suchte ihre Minimalforderungen zu wahren, beging aber einen schweren taktischen Fehler, als sie zuletzt dem Plattform-Entwurf der KPD zustimmte. Sie hatte daraus nur die Passagen streichen lassen, die ihren beiden Essentials widersprachen: Vereinigung nur im gesamtdeutschen Maßstab und nach einem Parteitag für alle Zonen. Noch im Januar bekräftigte der Zentralaussschuß der SPD diesen Beschluß, durfte ihn Ende des gleichen Monats aber auf Weisung der sowjetischen Zensur schon nicht mehr publizieren<sup>36)</sup>. Insgesamt verwirrte das viele Sozialdemokraten in Berlin und in allen Zonen: Die Plattform der „Sechziger-Konferenz“ erweckte den Eindruck, als habe die SPD der sowjetischen Zone dem KPD-Vereinigungs-Konzept zugestimmt. Im Westen, aber auch in Berlin, verfestigte sich die Ansicht, die SPD habe ihre Handlungsfreiheit eingebüßt.

Weisungen der SMAD, Druck von seiten der Besatzungsmacht und der KPD, Führungswechsel in der SPD auf regionaler und lokaler Ebene, eine Propagandakampagne für die Vereinigung in einem seit Kriegsende unbekanntem Ausmaß sowie die Unmöglichkeit der Versammlung und Artikulation von Gegnern der Fusion bildeten den Hintergrund des Vereinigungsprozesses bis zum April 1946. Schon früh erhobene Forderungen nach Urabstimmungen wurden von der SMAD vereitelt, bis auf jene in den Westsektoren Berlins am 31. März 1946. Das kennzeichnete die eine Seite dieses vielfach zu Recht als „Zwangsvereinigung“ gekennzeichneten Prozesses<sup>37)</sup>. Zugleich aber wurde den Sozialdemokraten der Weg in die Einheitspartei auf verschiedene Weise erleichtert, wenn schon ihre eigene Partei nicht fortbestehen konnte. Programmatisch und organisatorisch kam die KPD den Sozialdemokraten entgegen: Das von einer „Studienkommission“ aus Vertretern beider Parteien erarbeitete Programm wies ebenso eine Kompromißstruktur auf wie der Parteiaufbau. Ackermanns Theorem eines „besonderen deutschen Weges zum Sozialis-

ms“ schien den Sozialdemokraten zunächst eine gleichfalls autonome Entwicklungsmöglichkeit zu versprechen<sup>38)</sup> wie das beschlossene Prinzip der „Parität“, das vorsah, alle Funktionen von Ortsebene aufwärts gleichberechtigt mit je einem früheren KPD- und SPD-Funktionär zu besetzen.

Mit der Gründung der SED sollte nach vielfach geäußelter Selbstdarstellung das kommunistische „Sektierertum“ ebenso überwunden werden wie der sozialdemokratische „Reformismus“. Die Partei verstand sich als marxistisch-sozialistische Massenpartei, in der sich nach einem häufig beschworenen Bild Kommunisten und Sozialdemokraten „in der Mitte getroffen“ hätten. Das Gründungsprogramm der SED sah einen „demokratischen Weg“ zum Sozialismus vor, stellte „revolutionäre Mittel“ nur in Aussicht für den Fall, daß „die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt“.

Die Folgen der SED-Gründung, die letztlich nur nach dem Konzept und im überwiegenden Interesse des Zentralkomitees der KPD zustande kam, waren unterschiedlich: Zum einen konnte wesentlich begründeter als zuvor für die KPD allein ein Führungsanspruch der „geeinten Millionenpartei“ im deutschen politischen und gesellschaftlichen Spektrum erhoben werden<sup>39)</sup>. Das Gewicht der Mitgliederzahl sowie die in der Nachkriegszeit weitgehend unstrittige besondere Bedeutung der politischen Linken im Neuordnungsprozeß wirkten hier zusammen. Auf der anderen Seite machten Form und Verfahren des Verschmelzungsprozesses in einer Zone diesen Vorgang unwiederholbar. In seinem Verlauf verlor der Gedanke einer Einheit oder auch nur der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Westen vollends an Attraktivität. Die SED-Gründung demonstrierte augenscheinlich, daß eine gleichberechtigte Zusammenarbeit beider Parteien unter Wahrung des sozialdemokratischen Eigeninteresses grundsätzlich nicht im Sinne der KPD lag. Nicht zufällig wurde gerade in dieser Phase der fanatische Antikommunist Kurt Schumacher zum unumstrittenen, geradezu charismatischen SPD-Führer und die SPD insgesamt, lange bevor es eine von den

<sup>36)</sup> Dagegen hat Dietrich Staritz zu Recht darauf verwiesen, daß die Strategie der „nationalen Wege“ nach der Auflösung der Komintern ein Charakteristikum des Kommunismus war. Ackermanns Theorie war zugleich auch KPD-offizielle Strategie. Vgl. D. Staritz, Ein „besonderer deutscher Weg“ zum Sozialismus?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51—52/82 vom 25. 12. 1982, S. 15 ff.

<sup>37)</sup> So schon frühzeitig: A. Ackermann, Mit der geeinten Millionenpartei in Führung, in: Deutsche Volkszeitung (Berlin) vom 28. 2. 1946.

<sup>36)</sup> Zur Einheitsfrage AdsD, NL Gniffke, 23.

<sup>37)</sup> Eine neuere Darstellung zur SED-Gründung fehlt. Für die SPD-Haltung ist noch immer zuverlässig die Darstellung von F. Moraw (Anm. 33), S. 138 ff. — Eine Reihe von Entschlüssen gegen die Vereinigung sowie Mißtrauenserklärungen sozialdemokratischer Gliederungen aus Berlin gegen den Zentralaussschuß und den Bezirksvorstand enthält AdsD, NL Lübbecke, 1.



USA ausgehende antikommunistische Kampagne im Zuge des aufkommenden Kalten Krieges gab, zum energischsten Verfechter eines rigorosen Kurses gegen KPD und SED<sup>40)</sup>. Sowohl für den Herrschafts- als auch für den gesamtdeutschen Anspruch des ZK der KPD bedeutete die SED-Gründung also einen Wendepunkt. Die bis dahin nicht nur formalorganisatorisch einheitliche Parteienkonstellation in ganz Deutschland war auf Dauer zerstört, die grundsätzliche Polarisierung zwischen SED auf der einen und SPD auf der

anderen Seite blieb unüberbrückbar und demonstrierte die irreversible Spaltung des deutschen Parteienspektrums, die auch zugunsten gemeinsamer gesamtdeutscher Ziele nicht mehr überwunden werden konnte. Mehr noch als die Teilung in Besatzungszonen oder die separaten gesellschaftlichen Umwälzungen in der sowjetischen Zone, die im Kern, nicht in ihrer Konkretion, konsensfähig waren, bedeutet die SED-Gründung also den ersten entscheidenden Schritt zur Teilung Deutschlands.

#### IV. Die Umformung der SED

Der Herrschaftsanspruch des Zentralkomitees der KPD war nunmehr zugunsten eines vermeintlich wesentlich schlüssigeren Führungsanspruchs der SED aufgegeben worden. Zunächst mußte daher die kommunistische Vorherrschaft auf dem Boden der Kompromißstruktur dieser Partei in der SED selbst durchgesetzt werden. Zugleich war vor dem Hintergrund der Gründungsauseinandersetzungen die gesamtdeutsche Konzeption empfindlich berührt: Die SED mußte in den Westzonen nicht nur organisatorisch verankert, sondern auch dem selbstgesetzten Anspruch gerecht werden, die größte und bedeutendste deutsche Partei wie auch die entschiedenste Wahrerin der nationalen Interessen zu sein. Tatsächlich fiel im ersten Jahr der Existenz der SED den Kommunisten die dominierende Rolle ohne große äußere Auseinandersetzung und trotz nomineller Parität zu. Ihre Organisiertheit, die Uneinheitlichkeit des Vorgehens der Sozialdemokraten und nicht zuletzt auch die Einwirkungen der Besatzungsmacht<sup>41)</sup> kehrten bis zum Sommer 1947 die innerparteilichen Kräfteverhältnisse um.

Zehntausende von Sozialdemokraten resignierten; sie ließen sich nicht in der SED registrieren. Allein in Mecklenburg betraf das ein Viertel der SPD-Mitglieder, in den SPD-Hochburgen Leipzig ein Drittel und in Magdeburg 5 000 Mitglieder<sup>42)</sup>. Besondere Folgen

für das innerparteiliche Gewicht in der SED hatte die Spaltung der Berliner SPD: Nur etwa 24 000 der zuvor 66 000 Sozialdemokraten wechselten die Partei<sup>43)</sup>. Für die Parteiführung wirkte sich dadurch das Prinzip der Parität noch negativ aus: Es standen niemals in ausreichender Zahl frühere SPD-Funktionäre zur Verfügung, um das zahlenmäßige Gleichgewicht über die engeren Zentral- und Landesvorstände zu erhalten. Auch waren vielfach die Sozialdemokraten — an parlamentarischen Vorgehens- und Arbeitsweisen orientiert — ihren KPD-„Paritäten“ nicht gewachsen<sup>44)</sup>. Eine Reihe von prominenten Sozialdemokraten aus den Ländern und Gemeinden wechselte in die Westzonen, aber nicht zuletzt schwächten Pressionen bis hin zu Verhaftungen durch die Besatzungsmacht<sup>45)</sup> den Handlungsspielraum und das personelle Reservoir der früheren SPD. In einigen Bereichen der innerparteilichen Arbeit, so der „Schulungs-“, Presse- und Propagandatätigkeit, stand die „Parität“ nur auf dem Papier. Aber auch die Parteigliederungen, die von einem sozialdemokratischen Selbstbehauptungswillen geprägt waren, konnten in diesem ersten Jahr ihr Eigenleben nicht behaupten: Das Prinzip der Parität erzwang die Gleichberechtigung für die Kommunisten auch dort, wo sie in einer klaren Minderheit waren. In einer Reihe von Groß- und Mittelstädten konnte so die Einheit des sozialdemokratischen Milieus gebrochen werden.

Die nicht erwartete Wahlschlappe bei den Gemeinde-, Kreistags- und Landtagswahlen im September und Oktober 1946 — die SED

<sup>40)</sup> Die publizistischen und propagandistischen Angriffe der SED auf Schumacher in der Folgezeit sind Legion. Schumacher wurde geradezu zum Synonym für das „Feindbild“ der SED. Eine Sammlung der publizistischen Attacken der SED und KPD auf ihn enthält AdsD, Bestand Schumacher, Q 20.

<sup>41)</sup> „Im Jahre 1946 lag die Personalpolitik der Parteien überwiegend noch in den Händen der SMAD“, konstatierte E. Gniffke (Anm. 19), S. 177; ähnliches folgt aus einem anonymen Bericht, vermutlich von Arno Haufe, in AdsD, SPD-Archiv, 0321 I, S. 8.

<sup>42)</sup> Die Stärke der SPD bis zur Zwangsvereinigung in der sowjetischen Zone, in: AdsD, SPD-Archiv 0301 II; Lagebericht aus Magdeburg, in: AdsD, SPD-Archiv, 0361.

<sup>43)</sup> Wille und Weg (Berlin), 2. Jahrg. 1947, Nr. 9/10, S. 2.

<sup>44)</sup> Vgl. die Schilderungen bei W. Gniffke (Anm. 19), S. 178 ff.

<sup>45)</sup> Willi Jesse, immerhin gewähltes Mitglied des SED-Parteivorstandes, wurde schon im Juli 1946 von der SMAD verhaftet. Vgl. K. W. Fricke, Warten auf Gerechtigkeit, Köln 1971, S. 70 — dort auch weitere Beispiele.



hatte die angestrebte überwältigende Mehrheit der Stimmen nicht erhalten<sup>46)</sup> — zeigte einerseits einen drastischen Vertrauensverlust in der Bevölkerung<sup>47)</sup> und stärkte andererseits die bürokratischen Tendenzen in der SED. „Schulungs“-Tätigkeiten und Kontrollen<sup>48)</sup> wurden intensiviert, die Parteiorganisation gestrafft. Die in einigen Ländern noch vorhandenen Bezirksgliederungen, „Hochburgen“ der früheren Sozialdemokraten, wurden aufgelöst<sup>49)</sup>, die Parteiarbeit in den Betrieben verstärkt, womit auch die kommunistischen Organisationstraditionen ein sichtbares Übergewicht bekamen. Zugleich waren erste Ansätze zu verzeichnen, das ideologische Lehrgebäude des Leninismus auch für die SED als aktuell zu reklamieren<sup>50)</sup>. Innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung war die SED so zu einer eindeutig kommunistisch dominierten Partei geworden.

Ungeachtet der geringen Resonanz der Einheitspropaganda in den Westzonen bemühte sich die Parteiführung der SED intensiv um eine Zulassung in diesen Zonen. Seit dem Vereinigungsparteitag hatten 20 Westzonenvertreter (allerdings mehrheitlich Kommunisten) Sitz und Stimme im 80köpfigen SED-Parteivorstand. Getragen wurden die SED-Bemühungen im Westen allerdings nur von der KPD und wenigen Einzelpersonen — die Sozialdemokratie konnte nicht einmal in geringer Zahl gewonnen werden<sup>51)</sup>. Mehrere Reisen von SED-Führern, so von Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Fechner, Gniffke, Dahlem und anderen in die Westzonen bis zum Sommer

1947 brachten zwar Publizität, aber keinen politischen Erfolg. Auch die permanenten Versicherungen, die SED sei „eine unabhängige und deutsche Partei“, vergrößerten ihre Resonanz nicht. Parallel dazu versuchte der SED-Parteivorstand, mehrfach Initiativen für die Wiedergewinnung und Sicherung der deutschen Einheit zu entwickeln. Grotewohl, mit Pieck Vorsitzender der SED, propagierte wiederholt einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands. Zwischen September und November 1946 legte der Parteivorstand sowohl einen Grundrechtskatalog für das deutsche Volk als auch einen Verfassungsentwurf für ein einheitliches Deutschland vor.

Die Partei entfaltete so zwar ein äußerst breites Spektrum gesamtdeutscher Aktivitäten und bildete zugleich mit der westdeutschen KPD eine nicht nur formal einheitliche Organisation, sie reagierte aber zugleich auch zögernd und uneinheitlich auf Aktivitäten aus anderen Parteien: Teile der SED-Führung waren nur widerstrebend bereit, an der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz teilzunehmen, ein gleiches Bild bot sich bei der „Friedensburg-Initiative“<sup>52)</sup>. Das ließ auf eine unterschiedliche Interessenlage schließen: Teile der SED-Führung hatten sich bereits auf den Primat der Herrschaftssicherung im sowjetischen Besatzungsgebiet orientiert, andere verfolgten noch die gesamtdeutsche Konzeption. Die Sozialdemokraten in der SED-Spitze wirkten sehr aktiv für die Erweiterung der Partei nach Westen — bot sich ihnen doch auf diesem Wege die (vage) Chance größerer Handlungsfreiheit.

## V. Die SED auf dem Wege zur herrschenden Partei im Separatstaat

Die seit Kriegsende von der KPD- und SED-Führung betriebene Politik, die auf Hegemoniebildung durch Aufhebung der Parteienkonkurrenz zielte und auf die Übertragung des von ihr maßgeblich gestalteten „Modells“ einer Zone auf ganz Deutschland gerichtet war, setzte die Einheit der Alliierten und der Deutschen untereinander voraus. Die Einig-

keit der Deutschen war mit der SED-Gründung und die der Alliierten — aus sowjetischer Sicht — spätestens mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 sowie mit der „Truman-Doktrin“ und dem Marshall-Plan zerbrochen<sup>53)</sup>.

tums“. — In einigen SED-Gliederungen wurden nach den Wahlen „Pflicht-Mitgliederversammlungen“ angesetzt.

<sup>46)</sup> Zu den (einzigen) relativ freien Wahlen in der sowjetischen Zone im Herbst 1946 vgl. G. Braun, Die Wahlen in der SBZ im Herbst 1946, in: H. Weber (Hrsg.) (Anm. 4), S. 545 ff.

<sup>47)</sup> So leitete Franz Dahlem nach den Wahlen im Oktober 1946 dem Zentralsekretariat einen Brief einer Funktionärin zu, die eine Reihe von Faktoren und Ursachen für diesen Ansehensverlust benannte. Dahlem stimmte diesem Befund ebenfalls zu. AdSD, NL Gniffke, 9/2.

<sup>48)</sup> Ausführungen des Genossen Ackermann in der Parteivorstandssitzung vom 24. u. 25. 10. 46, in: AdSD, NL Gniffke, 11/2. — Ackermann forderte hier wiederum die „Überwindung des Sektierer-

<sup>49)</sup> Der Organisationsaufbau der SED, in: Neues Deutschland vom 4. 2. 1947.

<sup>50)</sup> W. Pieck, Marxismus — Leninismus, in: Neues Deutschland vom 21. 1. 1947.

<sup>51)</sup> W. Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt/Main-New York 1979, S. 224 ff.

<sup>52)</sup> E. Gniffke (Anm. 19), S. 239 ff.; F. Friedensburg, Es ging um Deutschlands Einheit, Berlin (West) 1971, S. 186 ff.

<sup>53)</sup> Immerhin nahm die Sowjetunion noch im August 1947 im Alliierten Kontrollrat eine Initiative auf, um die Zulassung und Fusion für gesamtdeut-



Zur Jahresmitte gaben die Sowjetunion wie die SED folglich ihre gesamtdeutschen Ziele auf, die SED stellte ihre Bemühungen um Zulassung in den Westzonen ein. Einer Einbeziehung der sowjetischen Zone in das entstehende „sozialistische Lager“ unter Führung der Sowjetunion, der Angleichung ihrer Binnenstrukturen an die der Volksdemokratien Osteuropas stand nichts mehr entgegen. Da der Anspruch auf demokratischen Charakter wie gesamtdeutsche Verbindlichkeit beibehalten werden mußten (da es nicht zuletzt zur Legimationsbildung diente), schied eine offene Oktroyierung des sowjetischen Systems aus. Mit den Einheitslistenwahlen zur Volkskammer der DDR im Oktober 1950 waren jedoch alle Elemente einer volksdemokratischen Ordnung<sup>54</sup>) ausgebildet.

Die Situation der SED in der Mitte des Jahres 1947 war zwiespältig: Innerparteilich hatten sich kommunistische Traditionen und Organisationsprinzipien durchgesetzt, dennoch war sie noch keine leninistische Partei oder gar ein Abbild der zeitgenössischen KPdSU (B). Folglich war dieses Übergewicht der Kommunisten noch nicht auf Dauer gesichert, der Führungsanspruch im Parteienspektrum war in noch größerem Maße ohne tragfähige Basis. Mit Hilfe der SMAD konnte in der Folgezeit in zweifacher Hinsicht eine stabile Herrschaftsstruktur neuer Art erreicht werden: im staatlichen und parteipolitischen Bereich durch Bildung neuer Lenkungs- und Leitungselemente, die die Strukturen der beiden ersten Nachkriegsjahre überlagerten und anschließend veränderten, sowie innerparteilich durch die Umformung der SED zur „Partei neuen Typus“, d. h. durch die Stalinisierung.

Zuerst bildete sich mit der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) die Keimzelle einer faktischen Zentralregierung der sowjetischen Zone heraus. Diese und die Beschlüsse der SED zur Einführung langfristiger Wirtschaftspläne leiteten den Umbau der Wirtschaft zu einer zentralen Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild ein. Mit der „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ wurde nominell lediglich eine Massenbewegung gegründet, die sich aber rasch zum faktischen Repräsentationsorgan auf allen Ebenen (Zone, Länder, Orte, Betriebe) entwickelte.

sche Parteien zu regeln. Auf diese für das deutsche Parteienspektrum fraglos wichtige Ebene weist nun Dietrich Staritz hin, Parteien für ganz Deutschland?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984) 2, S. 240 ff.

<sup>54</sup>) Zum Begriff vgl. Chr. Kleßmann, Die deutsche Volksdemokratie, in: Deutschland Archiv, 8 (1975) 4, S. 375 ff.

Für zwei der drei Elemente bildete ein Befehl der SMAD die Grundlage, während die entscheidenden Gremien vom kommunistischen Teil der SED besetzt wurden; hier wurde das Prinzip der „Parität“ verlassen. Die DWK entstand noch im Juni 1947 auf Befehl der SMAD. Den Auftakt zum Übergang zur Planwirtschaft bildete der Befehl Nr. 234 der SMAD vom Oktober 1947; aber schon auf dem 2. Parteitag der SED im Vormonat hatte Walter Ulbricht entsprechende Pläne vorgebracht. Der Befehl 234 wies den Gewerkschaften die zentrale Rolle zur Steigerung der Arbeitsleistung und später zur Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne zu — damit war deren Entwicklung zum leninistischen „Transmissionsriemen“ vorgezeichnet. Lediglich das dritte neue Element, die „Volkskongreßbewegung“, entstammte einer — allerdings gesamtdeutsch intendierten — Initiative der SED. Sie sollte „die Stimme des deutschen Volkes“ der Londoner Außenministerkonferenz zu Gehör bringen<sup>55</sup>).

Allen drei Elementen eines neuen Gesellschaftssystems ist gemeinsam, daß sie an den demokratisch legitimierten, durch Wahlen konstituierten Landtagen und Landesregierungen vorbei und vor allem unter Umkehrung der dortigen Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse gebildet wurden. Sie zeigen insgesamt die neue Strategie der SED-Führung, neue zentrale Institutionen mit Billigung und Rückendeckung durch die SMAD zu schaffen, als sich zeigte, daß die in den ersten Nachkriegsjahren auf der Basis eines (mitunter auch erzwungenen) Konsenses geschaffenen Gremien nicht ohne weiteres für eine weder durch Mehrheiten noch durch Zustimmung legitimierte „führende Rolle“ der SED auszunutzen waren. In dieser zweiten Phase des staatlichen Konstituierungsprozesses griff die SMAD auch wesentlich drastischer in die Binnenstrukturen ihrer Zone ein als zuvor die Westmächte in ihren Zonen. Den drei genannten Elementen ist ferner gemeinsam, daß sie sich schrittweise zu Verbindlichkeit erzwingenden und normensetzenden Gremien entwickelten. Die SED motivierte deren Bildung anfänglich mit akuten Notwendigkeiten und spielte gegenüber den übrigen Parteien ihre Bedeutung herunter: So sollte die DWK nur Koordinierungsinstanz, der Befehl Nr. 234 und die Wirtschaftspläne nur Mittel zur Verbesserung der Versorgung, die „Volkskongreßbewegung“ nur Massenbewegung sein.

<sup>55</sup>) Der SED-Parteivorstand beschloß ein „Manifest an das deutsche Volk“, 13. 11. 1947. Wiedergegeben in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Berlin (Ost) 1951<sup>2</sup>, S. 254 ff.



Aber sie nutzte alle drei wieder als Präjudiz: Durch SMAD-Befehle, durch Druck auf die „Bündnis“-Partner, mit dem Anspruch tatsächlicher Massenlegitimation setzte sie deren Anerkennung als quasi-zentralstaatliche Elemente durch und nutzte sie gleichzeitig, um die Rechte der gewählten Parlamente einzuschränken.

Lediglich die „Volkskongreßbewegung“ erhob einen Anspruch auf gesamtdeutsche Geltung, wobei die SED sich um eine weitgehende Beteiligung westdeutscher Parteien und Personen bemühte — jedoch ohne nennenswerten zählbaren Erfolg. Die KPD initiierte in den Westzonen — mit Unterstützung der SED — ebenfalls<sup>56)</sup> Landesvolkskongresse, von denen allerdings die meisten noch vor Beginn von den Militärregierungen verboten wurden. Der Anspruch des ersten Berliner Volkskongresses, die „erste gesamtdeutsche Körperschaft nach dem Zweiten Weltkrieg“<sup>57)</sup> und damit ein tatsächliches Repräsentativorgan zu sein, war in keiner Weise eingelöst.

„Einheits“-Postulate und Einheitspropaganda dienten also seit dem Kurswechsel im Sommer 1947 nur mehr dazu, den Prozeß der Bildung separatstaatlicher Institutionen zu begleiten und zu legitimieren; eine mögliche Konsensfähigkeit nach dem offenen Bruch der Alliierten<sup>58)</sup> wurde nicht mehr gesucht. Die Politik des Durchsetzens von Präjudizien richtete sich nicht mehr auf die Westzonen, sondern diente nur mehr der Verankerung einer volksdemokratischen Ordnung im Innern.

Das wiederum machte den Weg frei zu einer Umformung der SED selbst. Mitte 1948 wurde auch formell die „Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus“ proklamiert. Dies bedeutete die Stalinisierung der Partei<sup>59)</sup>, die

Beseitigung der innerparteilichen Demokratie, die Ausschaltung des sozialdemokratischen Erbes der SED, die Errichtung eines Terror- und Verfolgungsapparates, „Säuberungen“ und die Angleichung der Partei auf allen Gebieten (Ideologie, Struktur, Arbeitsweise) an die nunmehr als einziges Vor- und Leitbild angesehene zeitgenössische KPdSU (B) und an die Lehren Stalins. Den Auftakt bildete die 11. Tagung des Parteivorstandes Ende Juni 1948, auf der ausgerechnet Otto Grotewohl als Exponent der früheren Sozialdemokraten in der SED sich „für die Ausrichtung unserer Partei ... eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten“ aussprach. Mittel- oder Mittlerstellungen der SED zwischen Ost und West wollte er ausschließen<sup>60)</sup>.

Wenige Wochen später konstatierte Wilhelm Pieck, daß die „Vereinigung nicht auf der klaren Grundlinie des Marxismus-Leninismus“ erfolgt sei. Angesichts der gegenwärtigen Aufgaben forderte er indes eine „ideologische Festigung“ auf dieser Basis, die auch eine „ernste Überprüfung der Leitungen unserer Partei“ zur Folge haben müßte<sup>61)</sup>. Ackermanns Thesen eines deutschen Sonderweges wurden nun als falsch und gar schädlich bezeichnet, er selbst zum öffentlichen Widerruf bewegt. Statt dessen rückte die „Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang“ aus dem Jahre 1938 in den Mittelpunkt der innerparteilichen Theorie- und Schulungsarbeit. Eine große Zahl früherer Sozialdemokraten wurde aus Leitungsfunktionen entfernt, viele auch inhaftiert. Insgesamt wurden bis 1951 etwa 230 000 frühere Sozialdemokraten aus der SED hinaus-„gesäubert“<sup>62)</sup>. Die schon mehrfach durchlöchernte Parität wurde mit der Bildung eines Politbüros als Führungszentrum der Partei anlässlich der 1. Parteikonferenz im Januar 1949 aufgehoben, später auch ein Zentralkomitee als weiteres Leitungsgremium gebildet. Das Gründungsprogramm der Partei wurde noch 1950 formell außer Kraft gesetzt, die dortige Gegenüberstellung „demokratischer“ und „revolutionärer“ Mittel ausdrücklich als falsch gerügt<sup>63)</sup>. In ihrem zweiten Statut aus dem Jahre 1950 verankerte die SED als neue Maxime: „Die Partei läßt sich in ihrer

<sup>56)</sup> Öffentlich tagte nur ein Volkskongreß, nämlich im Januar 1948 in Bremen. Eine Reihe von Parteiführern der sowjetischen Zone war anwesend. Vgl. W. Müller (Anm. 51), S. 373.

<sup>57)</sup> W. Koenen, Das ganze Deutschland soll es sein, Berlin (Ost) 1958, S. 68.

<sup>58)</sup> Dieser zeigte sich vor allem in der Reparationsproblematik während und nach der Moskauer Außenminister-Konferenz im März/April 1947. Den Juli 1947 als Wendepunkt benennt H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied—Berlin 1966, S. 265; den Vormonat nennt H. Weber, Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 37 ff.; für die amerikanische Seite zuletzt: J. H. Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, München 1981, S. 143 ff.

<sup>59)</sup> Der Begriff folgt H. Weber, Stalinismus. Zum Problem der Gewalt in der Stalin-Ära, in: R. Crusius/M. Wilke (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt/Main 1977, S. 263 ff.

<sup>60)</sup> O. Grotewohl, Unsere Partei die führende Kraft, in: Neues Deutschland vom 1. 7. 1948.

<sup>61)</sup> W. Pieck, Die ideologische Festigung der Partei, in: Neues Deutschland vom 15. 10. 1948.

<sup>62)</sup> K. W. Fricke, Warten auf Gerechtigkeit (Anm. 45), S. 77. Die Zahl schließt allerdings auch die geflüchteten Sozialdemokraten ein.

<sup>63)</sup> F. Oelßner, Gelten die „Grundsätze und Ziele“ noch?, in: Neuer Weg (Berlin), 5 (1950) 12, S. 14 bis 15.



gesamten Tätigkeit von der Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin leiten.“<sup>64)</sup>

Die „Partei neuen Typus“ setzte auch formell alle bei der Gründung beschlossenen Prinzipien, also im Kern auch den gesamtdeutschen Anspruch, außer Kraft. Er geriet zur bloßen Propagandafloskel. Die 1947 bestätigte Rolle des SED-Vorstandes als gesamtdeutscher Parteileitung fand mit der Bildung eines Vorstandes für die Westzonen-KPD im April 1948 ihr tatsächliches und dem Rückzug der 20 „Westvertreter“<sup>65)</sup> im Parteivorstand der SED ihr formales Ende. Eine Deutschlandpolitik auf dem Wege des Kompromisses war ausgeschlossen, gefordert wurde das eindeutige und unzweifelhafte Bekenntnis zur Sowjetunion und zum „volksdemokratischen“ Weg.

Die „Partei neuen Typus“ war nicht nur von ihrem Selbstverständnis her die unangreifbare „führende Kraft“. Schon weit vor der nominellen Gründung der DDR waren deren Kernelemente ausgebildet: marxistisch-leninistische Führungs- und Hegemonialpartei, zentrales planwirtschaftliches System und Repräsentativsystem auf der Basis von Einheitslisten ohne Parteienkonkurrenz. Da eine solche Herrschaftsordnung unter den Bedingungen der demokratischen Traditionen in Deutschland nicht mehrheits- oder gar konsensfähig war, mußte folglich der gesamtdeutsche Anspruch in der Sache aufgegeben werden. Die nach 1949 intensiv betriebene Propaganda, die DDR sei der einzig legitime deut-

sche Staat gegenüber dem „Kolonialstatus“ der Bundesrepublik und daher Kern einer zukünftigen gesamtdeutschen Ordnung, steht dem nicht entgegen. Sie diene lediglich dazu, die offenkundigen Legitimationsdefizite der DDR zu kaschieren.

Einheitspropaganda auf der einen und separate Staatsbildung im Osten Deutschlands auf der anderen Seite weisen auf ein letztes wichtiges Problem. Die Teilung Deutschlands zeigte zwei konstituierende Momente: die Gründung der SED im April 1946, die die Spaltung der deutschen Parteienlandschaft bewirkte und eine Verständigung der Deutschen untereinander ausschloß, sowie der offene Bruch der Alliierten, der die Einbeziehung der jeweiligen Besatzungsgebiete in die unterschiedlichen weltpolitischen „Lager“ ermöglichte. Die Entstehung der DDR zeigt umgekehrt also zwei unabdingbare Voraussetzungen: die Beseitigung der SPD und die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht — beides ist offenkundig die besondere historische Bedingung für die SED-Herrschaft in der DDR.

---

<sup>64)</sup> So im 1950 beschlossenen zweiten Statut der SED. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ... 4. und 5. Verhandlungstag, Berlin (Ost) 1951, S. 307.

<sup>65)</sup> Es handelte sich wiederum mehrheitlich um Kommunisten. Die Namen nennt W. Müller (Anm. 51), S. 394f.



# Die Deutsche Wirtschaftskommission in der SBZ 1947–1949

## Ihre Rolle bei der Herausbildung der Wirtschafts- und Staatsorganisation

### I. Entstehung und Aufgaben oberster deutscher Behörden — Zentralverwaltungen und DWK

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden durch die sowjetische Besatzungsmacht bereits kurze Zeit nach der bedingungslosen Kapitulation vom 7./8. Mai 1945 und unmittelbar nach der Konstituierung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland (AKR) am 5. Juni 1945 entscheidende Weichenstellungen für die spätere politische Entwicklung getroffen. Nachdem sich die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 9. Juni mit ihrem Befehl Nr. 1 gegründet hatte, wurde bereits einen Tag später im SMAD-Befehl Nr. 2 die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Gewerkschaften angeordnet, so daß sich noch vor Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 7. August 1945) die Gründungsvorstände von KPD, SPD, CDU und LDP in Berlin im „Antifaschistischen Block“ zusammenschließen konnten. Auf die weitere Entwicklung der Parteien, vor allem auf die Gründung der SED, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden; hierzu sei auf die entsprechenden Beiträge von Manfred Koch und Werner Müller in dieser Ausgabe verwiesen.

#### 1. Gründung von Zentralverwaltungen

Ebenso wie die Gründung politischer Parteien forcierte die SMAD den Aufbau deutscher Zentralverwaltungen in ihrer Zone. Ehe sich die Kriegsaliierten in ihrer Verlautbarung über die Dreimächtekonferenz („Potsdamer Abkommen“) vom 2. August 1945 auf die baldige Errichtung von zentralen deutschen Verwaltungen für Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie einigen konnten, hatte die SMAD am 27. Juli mit dem Befehl Nr. 17 die Bildung von Zentralverwaltungen in der SBZ angeordnet<sup>1)</sup>. Die vorgesehenen fünf gesamtdeutschen Zentralverwaltungen sollten mit Staatssekretären an der

Spitze unter Leitung des AKR ihre Tätigkeit aufnehmen<sup>2)</sup>; wegen der Uneinigkeit der Alliierten in den deutschlandpolitischen Fragen kam es bekanntlich niemals dazu.

In der sowjetischen Zone hingegen wurden im Sommer 1945 die folgenden elf deutschen Zentralverwaltungen für Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen, Brennstoffe und Energie, Handel und Versorgung, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Volksbildung und Justiz gebildet. Bis zum Herbst 1945 kamen die Zentralverwaltungen für Statistik und für deutsche Umsiedler hinzu. Die Deutsche Verwaltung des Innern wurde Ende Juli 1946 gegründet; vom März 1946 bis April 1948 existierte außerdem die „Deutsche Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung“ mit dem Status einer Zentralverwaltung<sup>3)</sup>. Diese Zentralkommission spielte gemeinsam mit den entsprechenden Kommissionen in den fünf Ländern der Sowjetzone eine wesentliche Rolle bei den Enteignungen im Zusammenhang mit dem Volksentscheid in Sachsen Ende Juni 1946 und damit bei der Herausbildung des staatlichen Sektors in der Wirtschaft.

Die Organisationsstruktur der Zentralverwaltungen folgte weitgehend dem Aufbau der SMAD. Parallel zu deren Dienststellen wurden in fast allen nichtmilitärischen Bereichen entsprechende deutsche oberste Behörden geschaffen, wobei die sowjetischen Verwaltungen ihr jeweiliges deutsches Pendant anleiteten und kontrollierten. Auf diese Weise

<sup>1)</sup> Vgl. den Abschnitt III A 9 (IV) des Potsdamer Abkommens.

<sup>2)</sup> Die folgenden Ausführungen zur Gründung, Entwicklung und zum Funktionen der Zentralverwaltungen beruhen im wesentlichen auf den Aufsätzen von W. Merker in: ders., Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945—1949 (Autorenkollektiv unter Leitung von K.-H. Schöneburg), Berlin (Ost) 1983, S. 57 ff., und: Archivmitteilungen — Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens, (1981) 5 Berlin (Ost), S. 161 ff.

<sup>3)</sup> Dokumente aus den Jahren 1945—1949. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin (Ost) 1968, S. 100 ff.



konnte sich die Besatzungsmacht in hohem Maße auf deutsche Spezialisten stützen, ohne daß diese direkten Einblick in die Militärverwaltung erlangen oder gar entscheidenden Einfluß gewinnen konnten. In der Periode bis zur Umorganisation der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) Anfang 1948 hatten die Zentralverwaltungen im wesentlichen die Aufgaben, beratende Organe der SMAD zu sein sowie deren personal- und kaderpolitische Zielsetzungen beim Aufbau zentraler deutscher Behörden durchzusetzen.

Zentralverwaltungen wie die für Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen und Statistik wuchsen sehr bald über die Rolle von Hilfsorganen der SMAD hinaus und nahmen faktisch Funktionen ehemaliger Reichsministerien bzw. oberster Reichsbehörden für das Gebiet der SBZ wahr. In diesen drei Zentralverwaltungen war in der unmittelbaren Nachkriegszeit trotz der umfassenden Entnazifizierungsmaßnahmen in der Sowjetzone deshalb auch eine außergewöhnlich hohe personelle Kontinuität zu verzeichnen. Was die Rolle einiger Zentralverwaltungen als oberste Behörde anbelangt, gilt ähnliches auch für die wirtschaftspolitisch relevanten Ressorts. So war die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft von 1945 an quasi als ein leitendes zentrales staatliches Organ für die Durchführung der Bodenreform in der gesamten SBZ zuständig. Da die meisten überregionalen wirtschaftlichen Verbindungen innerhalb des ehemaligen Reichsgebietes ab 1945 abgerissen waren, litt die weitgehend auf sich gestellte Wirtschaft in der Sowjetzone von Anfang an vor allem unter dem Mangel an Rohstoffen und unter dem Fehlen einer schwerindustriellen Basis. Wegen gänzlich unzureichender Steinkohlelager mußte die Energiewirtschaft auf Braunkohle umgestellt werden. Die damit notwendig werdende zentrale Lenkung der Produktion und Verteilung von Kohle lag in Händen der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, die ebenfalls sehr bald den Status einer obersten Behörde erreichte. Schließlich nahm die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie seit Ende 1945 für die Lenkung, Planung und Verteilung der Industrieproduktion wichtige zentrale Koordinationsfunktionen wahr.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Die in den Jahren 1945/46 gegründeten 14 Zentralverwaltungen in der SBZ waren politisch wie wirtschaftlich von sehr unterschiedlicher Bedeutung. Eine gemeinsame Leitung aller Verwaltungen gab es nicht; es handelte sich vielmehr um ein weitgehend unkoordiniertes Nebeneinander einzelner Geschäftsbereiche, de-

ren Tätigkeit aber bis zu einem gewissen Grad durch den zentralen Apparat der Sowjetischen Militäradministration aufeinander abgestimmt wurde. Zwischen den einzelnen Zentralverwaltungen ergaben sich deshalb oft Kompetenzschwierigkeiten; Doppel- oder Mehrfacharbeit war an der Tagesordnung. Die Gesetzgebungskompetenz lag bis Anfang 1948 ausschließlich bei der SMAD und bei den Ländern. Dennoch nahmen einzelne Zentralverwaltungen indirekt Einfluß auf die Gesetzgebung, wenn sie zur Vorbereitung von SMAD-Befehlen oder Ländergesetzen im Auftrag der Militäradministration (und im zunehmenden Maße auch des Parteivorstands der SED) Expertisen oder Entwürfe ausarbeiteten.

## 2. Gründung der DWK

Die Gründung der DWK war ein zum Teil von heftigen politischen Auseinandersetzungen gekennzeichneter Balanceakt, wobei erstens zwischen dem Parteivorstand der SED und der SMAD, zweitens der SED und den beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDP sowie drittens zwischen der SMAD und der SED einerseits und den Ländern andererseits ein halbwegs tragfähiger Kompromiß gefunden werden mußte. Dieser Kompromiß kam im wesentlichen dadurch zustande, daß die SMAD — hauptsächlich aus deutschlandpolitischen Rücksichten gegenüber ihren Alliierten im AKR — das Drängen der SED-Leitung auf beschleunigten Aufbau einer mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten zentralen Wirtschaftsbehörde zügelte und schließlich die SED sich mit einem taktisch ausgewogeneren schrittweisen Vorgehen begnügen mußte<sup>4)</sup>. Diese Auseinandersetzungen im einzelnen nachzuzeichnen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Es sollte lediglich gezeigt werden, daß die mit dem SMAD-Befehl Nr. 183 vom 4. Juni 1947 veranlaßte Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission<sup>5)</sup> auch das Ergebnis monatelanger kontroverser Diskussionen und politischer Auseinandersetzungen war. Hierbei traten

<sup>4)</sup> Die Darstellung der Auseinandersetzungen und widerstrebenden Konzepte bei der DWK-Gründung sowie der in Abschnitt II beschriebenen Struktur der DWK und deren politischen Funktionen folgen im wesentlichen den Arbeiten von W. Weßleder, Wesen und Funktion der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Diss. Jur. (unveröffentlicht), Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1976, und ders., Deutsche Wirtschaftskommission: Kontinuierliche Vorbereitung der zentralen staatlichen Macht der Arbeiterklasse, in: Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Berlin (Ost) 1976, S. 131 ff.

<sup>5)</sup> Dokumente (Anm. 1), S. 467 f.



die Vertreter der Länder, vor allem die aus Thüringen, sowie die der beiden bürgerlichen Parteien im wesentlichen für einen anzustrebenden föderativen Staatsaufbau ein und stellten die Frage nach der Legitimität eines Gremiums wie der DWK in den Mittelpunkt der Diskussion. Die SED hingegen trat für das Prinzip des Demokratischen Zentralismus beim Staatsaufbau und in der Wirtschaftsleitung ein. Die Gründung der DWK wurde — ebenfalls aus deutschlandpolitischem Kalkül — wegen der vom 6. bis 9. Juni 1947 in München tagenden Ministerpräsidenten-Konferenz erst vom 14. Juni an in der Presse bekanntgegeben. Am 11. Juni war die DWK aber bereits zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten, auf der u. a. das gravierende Problem der Kohleversorgung auf der Tagesordnung stand.

### 3. Aufbau der DWK

Als Kern der DWK wurden die fünf Zentralverwaltungen für Industrie, Brennstoffe und Energie, Handel und Versorgung, Land- und Forstwirtschaft sowie Verkehrswesen zusammengeschlossen; Ende Juli 1947 kam die neu gebildete Deutsche Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel hinzu. Allerdings blieben diese Ressorts als selbständige Verwaltungen bestehen; die sechs Präsidenten dieser Zentralverwaltungen bildeten lediglich gemeinsam mit den Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) eine ständige Wirtschaftskommission — die DWK. Dieses Gremium tagte zwischen Juni und November 1947 neunmal; an den Sitzungen nahmen entsprechend der jeweiligen Tagesordnung auch Vertreter weiterer Zentralverwaltungen teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen überwiegend wirtschaftspolitische Themen und Versorgungsprobleme. Die DWK war somit bis zu ihrem Ausbau im Frühjahr 1948 nicht viel mehr als ein Gremium mit beratenden und koordinierenden Funktionen, dessen Kompetenzen kaum über die der bis dahin völlig unabhängig voneinander operierenden Zentralverwaltungen hinausgingen.

Das eigentliche „Arbeitsorgan“ war die mit der Gründung der DWK gleichzeitig gebildete „Abteilung für Wirtschaftsfragen“ bzw. „Wirtschaftsabteilung“. Diese Abteilung setzte sich im wesentlichen aus den Mitarbeitern der seit 1946 beim ZK der KPD bzw. beim Parteivorstand der SED unter Leitung von Bruno Leuschner existierenden „Abteilung für Wirt-

schaftspolitik“ zusammen, die nun vom zentralen Parteiapparat in den im Aufbau befindlichen zentralen Staatsapparat übergeleitet worden war. Mit der Gründung der Wirtschaftsabteilung der DWK war auf der zentralen deutschen Behördenebene das Pendant zur Abteilung Planökonomie in der SMAD geschaffen worden. Die Wirtschaftsabteilung verblieb unter der Leitung von Leuschner und wurde nach der Umorganisation der DWK im Frühjahr 1948 zur Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung; mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 ging sie im Ministerium für Planung auf, an dessen Stelle Ende 1950 die Staatliche Plankommission trat<sup>6)</sup>. Am organisatorischen Aufbau der Wirtschaftsabteilung zeichnete sich bereits die endgültige Struktur der DWK nach deren Umorganisation ab: An der Spitze der Abteilung für Wirtschaftsfragen stand ein „Präsidium“, das wahrscheinlich aus dem Leiter der Abteilung, Bruno Leuschner, und dessen Stellvertreter bestand. Das Tätigkeitsfeld der Abteilung war in die „Sektoren“ Grundsatzverwaltung, operative Planung, Bewirtschaftung und Verteilung, Kontrolle sowie allgemeine Verwaltung und Personalfragen aufgeteilt. Dieser recht weit gefächerte Zuständigkeitsbereich darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeit der DWK und ihrer Wirtschaftsabteilung recht ineffektiv blieb, weil deren Beschlüsse noch kein bindendes Recht waren.

Um so höher ist die personal- und kaderpolitische Bedeutung der DWK und vor allem die ihrer Wirtschaftsabteilung einzuschätzen. Auf die personelle Kontinuität von der Abteilung für Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der SED bis hin zur Staatlichen Plankommission der DDR ist in diesem Zusammenhang schon hingewiesen worden. Die führende Rolle der SED in den politisch und ökonomisch relevanten Gremien spiegelt sich aber auch in den folgenden Zahlen wider: Ende 1947 hatte die DWK einen Personalbestand von 130 Mitarbeitern, wovon allein über 100 der Wirtschaftsabteilung angehörten. Knapp 70% aller Mitarbeiter waren SED-Mitglieder. Zu diesem Mitarbeiterstab zählten nicht die Angehörigen der sechs in der DWK zusammengefaßten Zentralverwaltungen; hier hatte allein die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie im August 1947 678 Mitarbeiter, von denen wiederum die Hälfte der SED angehörte<sup>7)</sup>.

<sup>6)</sup> J. Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1978, S. 33.

<sup>7)</sup> Anhang zur Dissertation von W. Weißleder (Anm. 4), Dokument Nr. 2.



## II. Erweiterung, Struktur und Kompetenzen der DWK 1948/49

Auf ihrem II. Parteitag (20.—24. September 1947) hatte sich die SED endgültig für den Übergang zur zentralen Planwirtschaft entschieden. Hierfür galt es nun mit der Umorganisation und Erweiterung der DWK den staatlichen Leitungsapparat aufzubauen und gleichzeitig durch die Neuordnung des staatlichen Wirtschaftssektors die Voraussetzungen für die zentrale Anleitung des größten und wichtigsten Teils der Staatsbetriebe zu schaffen. Die Gründe für den Übergang zur zentralen Planwirtschaft im Zeitraum zwischen 1947<sup>9)</sup> und 1949 waren unterschiedlicher Art und können hier nicht voll entfaltet, sondern nur kurz skizziert werden. Nachdem in den Jahren 1945/46 in der SBZ zunächst die Ankurbelung der Wirtschaft trotz aller widriger Umstände recht erfolgreich begonnen hatte, kam es seit Anfang 1947 zur Stagnation und schließlich zu einem spürbaren Rückgang der Produktion. Die wesentlichsten — wenn auch nicht ausschließlichen — Ursachen hierfür waren die Erschöpfung nahezu sämtlicher Rohstoffreserven und die sich immer stärker negativ auswirkenden Folgen der Zerstörung des ehemaligen einheitlichen deutschen Wirtschaftskörpers, wodurch die Sowjetzone zunehmend zu einem disproportionierten Torso wurde<sup>8)</sup>. Hinzu kam der hohe Grad der Demontagen und die Tatsache, daß die sowjetischen Reparationsansprüche ausschließlich aus der Industrieproduktion der SBZ befriedigt werden mußten. Schließlich hatte der in den Jahren 1947/48 immer schneller fortschreitende Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Spaltung Deutschlands bis Mitte 1948 mit den separaten Währungsreformen, dem Ende der Arbeit des Alliierten Kontrollrats, der Berliner Blockade und dem Einfrieren des Interzonenhandels seinen ersten Höhepunkt erreicht. Gesamtdeutsche Rücksichten — und wären sie auch nur taktischer Natur gewesen — brauchten deshalb angesichts des sich ständig verschärfenden Ost-West-Konflikts die sowjetische Militäradministration und die SED beim Aufbau zentraler Staatsorgane und beim Übergang zur zentralen Planwirtschaft immer weniger zu nehmen.

Bis 1947 war in der SBZ im Rahmen umfangreicher Entnazifizierungsmaßnahmen — vor allem nach dem Volksentscheid in Sachsen — ein staatlicher Wirtschaftssektor entstanden, dessen Verwaltung zunächst Ländersache war. Die Leitung dieser „landeseigenen Be-

triebe“ war in den fünf Ländern sehr unterschiedlich organisiert und im allgemeinen von geringer Effektivität, was vor allem auf den Mangel an (im Sinne der SED) politisch zuverlässigen und zugleich fachlich-befähigten Wirtschaftskadern zurückzuführen war. Den höchsten Anteil an landeseigenen Betrieben hatte das Industrieland Sachsen, wo unter der Leitung von Wirtschaftsminister Selbmann die staatliche Anleitung der Wirtschaft am besten organisiert war. Diesen staatlichen Wirtschaftssektor, der 1947 bereits 36,8 v. H. der Industrieproduktion erstellte<sup>9)</sup>, für die Rekonstruktion einer Friedenswirtschaft effektiver nutzen zu können, war der Kern aller Bemühungen beim Ausbau der DWK zu einem wirtschaftsleitenden Staatsorgan.

Der SMAD-Befehl Nr. 32 „über die Zusammensetzung und Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission“ vom 12. Februar 1948<sup>10)</sup> wurde gleichzeitig mit der Mitteilung, daß am selben Tag ein Treffen führender Vertreter der zentralen und der Länderverwaltungen der SMAD mit den Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministern der fünf Länder der Sowjetzone stattgefunden hatte, in der Presse veröffentlicht. Über den Beratungsgegenstand hieß es darin nur lakonisch, es hätte „ein Meinungs-austausch über aktuelle Fragen der politischen und wirtschaftlichen Lage“ stattgefunden<sup>11)</sup>. Es darf unterstellt werden, daß tatsächlich die Umorganisation der DWK und deren noch bevorstehende Ausstattung mit Gesetzgebungskompetenz erörtert worden ist; dies gilt um so mehr, als die damaligen Wirtschaftsminister von Brandenburg und Sachsen, Heinrich Rau (SED) und Fritz Selbmann (SED), der designierte Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende der DWK waren. Die Umgestaltung und Kompetenzerweiterung der DWK ging sehr bald über die Bestimmungen des Befehls Nr. 32 hinaus; allerdings wurde lediglich die Verleihung des Rechts, für die gesamte Sowjetzone verbindliche „Verordnungen“ durch das Plenum der DWK bzw. durch deren Sekretä-

<sup>9)</sup> W. Krause, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1958, S. 108f. (Tab. 14). Mit den ab Mitte 1946 auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 167 vom 5. 6. 1946 in der SBZ zur Sicherung der Reparationsleistungen beschlagnahmten über 200 Sowjetischen Aktiengesellschaften — den sogenannten SAG-Betrieben entfielen 1947 sogar 56,3 % der Industrieproduktion (ohne Bauwesen) auf den staatlichen Sektor.

<sup>10)</sup> Dokumente (Anm. 1), S. 585f.

<sup>11)</sup> Tägliche Rundschau und Neues Deutschland vom 13. 2. 1948.

<sup>8)</sup> E. Richert, Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf, Gütersloh 1964, S. 42ff.



riat erlassen zu können, gesondert in einer offiziellen Mitteilung im Zentralverordnungsblatt veröffentlicht<sup>12)</sup>.

Organisationsstruktur und Kompetenzen der Deutschen Wirtschaftskommission, die sich im Frühjahr 1948 herausbildeten und die — von wenigen Veränderungen abgesehen — bis zur Überleitung der DWK in die provisorische Regierung der DDR konstant blieben, lassen sich recht genau nachzeichnen. In den „Richtlinien“ — dem Statut der DWK — wurde zwischen vier Organen der Wirtschaftskommission, nämlich der Vollversammlung (Plenum), dem Sekretariat, den Hauptverwaltungen und der Zentralen Kontrollkommission (ZKK), unterschieden. Obwohl das Plenum laut Statut „das höchste deutsche Wirtschaftsorgan“, in dem alle „grundsätzlichen Fragen“ zu behandeln und zu beschließen waren<sup>13)</sup>, sein sollte, tatsächlich nur das Sekretariat über umfassende legislative, exekutive und kontrollierende Befugnisse.

Das Plenum umfaßte im Herbst 1948 36 Mitglieder; davon waren acht Mitglieder des Sekretariats, 17 Leiter von Hauptverwaltungen, fünf Vertreter der Länderregierungen und sechs Vertreter von Massenorganisationen (3 FDGB, 2 VdgB, 1 FDJ). An dieser — kaum als parlamentarisch-repräsentativ einzuschätzenden — Zusammensetzung des Plenums entzündete sich erneut die Kritik der bürgerlichen Parteien am Zentralismus und an der hegemonialen Stellung der SED im DWK-Apparat. Um die oppositionellen Argumente aus den Reihen der CDU und LDP abzufangen, wurde aufgrund eines Vermittlungsvorschlags, den der Vorsitzende der SED, Wilhelm Pieck, zunächst im zentralen Blockauschluß der Parteien eingebracht hatte, das DWK-Plenum durch weitere Vertreter der Länder und Massenorganisationen sowie der Parteien erweitert<sup>14)</sup>. Nach dem SMAD-Befehl Nr. 183 vom 26. November 1948 sollte die Vollversammlung zukünftig aus 101 Mitgliedern bestehen<sup>15)</sup>. Durch den Einzug von 48 Ländervertretern erhielt die Vollversammlung auch den Charakter einer Volksvertretung. Verstärkt wurde diese Entwicklung zu einem parlamentsähnlichen Gremium (dies zwar nach seiner Zusammensetzung — nicht

aber von seinen Funktionen her) durch die zusätzliche Aufnahme von 15 Vertretern der Parteien; einschließlich der im Frühjahr 1948 gegründeten NDPD und DBD stellte jede Partei drei Delegierte. Mit dem auf zehn Vertreter erhöhten Anteil der Massenorganisationen kamen nun über zwei Drittel der Plenumsmitglieder (73 von 101) aus Parteien und Massenorganisationen, darunter die Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU), Johannes Dieckmann (LDP), Lothar Bolz (NDPD) und Ernst Goldenbaum (DBD). Über die Hälfte aller Plenumsmitglieder gehörten der SED an.

Das Sekretariat bildete den Kern der DWK; es war in sechs Geschäftsbereiche gegliedert, in denen wiederum die Hauptverwaltungen (zuvor Zentralverwaltungen) zusammengefaßt waren. Der Geschäftsbereich Planung umfaßte die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung und das Statistische Zentralamt (beide Gremien standen unter Leitung von Bruno Leuschner). Zum Geschäftsbereich Industrie gehörten unter Leitung von Fritz Selbmann die industriellen Hauptverwaltungen Kohle, Energie, Metallurgie, Chemie, Leichtindustrie, Maschinenbau/Elektroindustrie, Steine/Erden und Bauwesen. In einem dritten Geschäftsbereich waren unter Leitung von Georg Handke (SED) die Hauptverwaltungen Materialversorgung, Interzonen- und Außenhandel sowie Verkehr zusammengefaßt. Den vierten Geschäftsbereich der beiden Hauptverwaltungen Finanzen und Post- und Fernmeldewesen leitete Prof. Hermann Kastner (LDP); der Geschäftsbereich für Landwirtschaft, Handel und Versorgung mit den Hauptverwaltungen Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung, Erfassung und Aufkauf sowie Lebensmittelindustrie und Fischwirtschaft unterstand Luitpold Steidle (CDU). Ein wegen der damit verbundenen Befugnisse zur Wirtschaftskontrolle und der besonderen Verantwortung gegenüber der Besatzungsmacht äußerst wichtiger sechster Geschäftsbereich wurde vom DWK-Vorsitzenden Heinrich Rau persönlich geleitet; hierzu gehörten der „Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums“ (hervorgegangen aus der Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung), die ZKK sowie die Hauptverwaltung Reparationen. Wahrscheinlich waren diesem Geschäftsbereich auch die Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge sowie die erst später in die DWK integrierten bzw. gebildeten Hauptverwaltungen Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technik sowie Information angeschlossen. Schließlich war mit der Umorganisation der DWK ein besonderer Bereich für Kaderfragen und Personalpoli-

<sup>12)</sup> Zentralverordnungsblatt der SBZ (ZVOBI) Nr. 15/1948, S. 138f.

<sup>13)</sup> „Richtlinie über die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone“, in: Anhang zur Dissertation von W. Weißleder (Anm. 4), Dokument Nr. 15.

<sup>14)</sup> W. Weißleder (Anm. 4), Revolutionärer Prozeß, S. 146f.

<sup>15)</sup> Dokumente (Anm. 1), S. 712f.



tik unter Leitung von Arthur Pieck (SED) mit den drei Hauptabteilungen Personal und Schulung, Verwaltung sowie Fachschulen gebildet worden<sup>16)</sup>. Die Geschäftsbereiche wurden mitunter auch als „Sekretariate“, ihre Leiter entsprechend als „Sekretäre“ bezeichnet.

Dem Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, standen von den Sekretären der Rangfolge nach Leuschner, Selbmann, Steidle und Kastner als Stellvertreter zur Seite. Mitglieder des Sekretariats waren außer dem Vorsitzenden der DWK und dessen vier Stellvertretern noch Erwin Lampka (SED) in seiner Funktion als Leiter des Sekretariats sowie qua Amt die Vorstandsmitglieder des FDGB (Hans Jendretzky, SED) und der VdGB (Kurt Vieweg, SED). Die „operative Durchführung der Aufgaben“ der DWK war zwar Sache der Hauptverwaltungen, die Erteilung von Direktiven für die Arbeit der Hauptverwaltungen sowie deren Kontrolle oblag aber den Leitern der jeweiligen Geschäftsbereiche des Sekretariats<sup>17)</sup>. Vom Sekretariat wurden Verordnungen und Anordnungen erlassen sowie Vorlagen für das Plenum vorbereitet, die laufenden Geschäfte (soweit sie nicht den Hauptverwaltungen oder anderen Gremien der DWK zugewiesen waren) geführt und außerdem der Geschäftsgang sowie die Durchführung der für die gesamte SBZ rechtsverbindlichen Beschlüsse überwacht. Sämtliche Kontakte der anderen Organe und Institutionen der DWK zur SMAD und zu den Länderbehörden standen unter Anleitung und Kontrolle des Sekretariats. Da der hiermit umrissene Aufgabenkomplex unmöglich von den sechs politisch leitenden Sekretariatsangehörigen geleistet werden konnte, stand dem Sekretariat für seine operativen Arbeiten ein ständiges „Büro“ zur Verfügung, über dessen Zusammensetzung, Kompetenzen und innere Organisation wenig bekannt geworden ist.

Die Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung blieben außerhalb der DWK bestehen und wurden bei Gründung der DDR in die entsprechenden Ministerien umgewandelt. Als Verbindung zur Innenver-

<sup>16)</sup> Zur Einteilung der Geschäftsbereiche und Zuordnung der Hauptverwaltungen vgl.: Anhang zur Dissertation von W. Weißleder (Anm. 4), Dokumente Nr. 17, 11, 3 sowie: Zur Wirtschaftspolitik der SED Bd. 1, 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1984, S. 195.

<sup>17)</sup> Anhang zur Dissertation von W. Weißleder (Anm. 4), Dokument Nr. 15.

waltung existierte bei der DWK eine Verwaltungskommission; die Kontakte zur Justizverwaltung liefen über die Rechtsabteilung der DWK.

Wirtschaftspolitisch von besonderer Bedeutung waren die in einer Geschäftsordnung minutiös geregelten Verbindungen zwischen der DWK und den Ländern<sup>18)</sup>. Die Kontakte der DWK zu den Länderregierungen und umgekehrt liefen über eine eigens hierfür beim Büro des Sekretariats eingerichtete „Verbindungsstelle“. Von dieser Verbindungsstelle wurden die von der DWK (d. h. in aller Regel von deren Sekretariat) beschlossenen Verordnungen, Anordnungen und sonstigen Anweisungen direkt und gleichzeitig an die Ministerpräsidenten, die Landtagspräsidenten, die Landesämter für Wirtschaftsplanung und evtl. auch an einzelne Ministerien und sonstige Länderbehörden weitergeleitet. Die DWK-Verordnungen hatten Gesetzescharakter; sämtliche Weisungen waren verbindlich und durften von der DWK nur in Kraft gesetzt werden, wenn sie zuvor von der SMAD bestätigt worden waren. In der Gesetzgebungskompetenz sowie in den Kontrollbefugnissen der DWK gegenüber den Ländern kam die Tendenz zum angestrebten einheitlichen Staatsaufbau und zur zentralen Lenkung und Planung der Wirtschaft deutlich zum Ausdruck. Verstärkt wurden diese Bemühungen um die Vereinheitlichung der Struktur der wirtschaftsleitenden staatlichen Organe mit dem Beginn des Halbjahrplans durch einen Sekretariatsbeschuß vom 9. Juni 1948<sup>19)</sup>, worin den Ländern folgende verbindliche Auflagen gemacht wurden: Erstens mußten mindestens drei industrielle Hauptabteilungen für Kohle und Energie, Schwerindustrie und Leichtindustrie sowie ein Landesamt für volkseigene Betriebe gebildet und gemeinsam einem Ministerium unterstellt werden. Zweitens sollten zwei weitere Hauptabteilungen für Wirtschaftsplanung und Materialversorgung sowie eine Landes-Kontrollkommission und ein Landesausschuß zum Schutz des Volkseigentums geschaffen und nach dem Prinzip der doppelten Unterstellung einerseits dem jeweiligen Ministerpräsidenten zugeordnet und andererseits an die Weisungen der entsprechenden Organe der DWK gebunden sein.

<sup>18)</sup> Ebd., Dokument Nr. 17.

<sup>19)</sup> Ebd., Dokument Nr. 16.



Die Umorganisation des staatlichen Wirtschaftssektors in der sowjetischen Besatzungszone wurde durch den Befehl Nr. 64 der SMAD vom 17. April 1948 und durch nachfolgende Verordnungen der DWK (Richtlinie Nr. 1 und 2) sowie durch den SMAD-Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 angeordnet<sup>20)</sup>. In der DWK-Richtlinie Nr. 2 war verfügt worden, daß alle „Unternehmen von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung“ in Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) zusammenzufassen sind. Es wurden zwei Gruppen von VVB gebildet: Unternehmen, die für die gesamte Sowjetzone von wesentlicher Bedeutung waren, wurden in zonalen Vereinigungen Volkseigener Betriebe — kurz VVB (Z) genannt —, solche von eher regionaler Bedeutung auf Länderebene in VVB (L) zusammengeschlossen. Für beide Typen erfolgten die Zusammenschlüsse nach Industriezweigen. Eine quantitativ mit über 2 000 Betrieben zwar recht umfangreiche, jedoch ökonomisch weniger gewichtige Gruppe volkseigener Betriebe wurde kommunal oder genossenschaftlich geleitet<sup>21)</sup>. Oberste Leitungsinstanz für alle drei Typen von VVB bzw. VEB war die Deutsche Wirtschaftskommission. Die Richtlinienkompetenz für die Arbeit aller Unternehmen des volkseigenen Sektors lag beim Leiter des Geschäftsbereichs Industrie, Selbmann, dem die acht industriellen Hauptverwaltungen unterstanden. Diese Hauptverwaltungen leiteten ihrerseits die nach Industriezweigen gegliederten VVB (Z) an. Die Organisation der den Ländern unterstellten VVB (L) entsprach diesem Leitungsschema; nach der DWK war hier die jeweilige Landesregierung mit ihrem (bereits in Abschnitt II skizzierten) wirtschaftsleitenden Apparat die oberste Leitungsinstanz. Im Rahmen der Umorganisation wurden von den bis Mitte 1948 statistisch erfaßten 9 281 Staatsbetrieben (darunter 3 482 größere Industriebetriebe) bis Ende Oktober 1948 4 695 Unternehmen nach dem neuen Leitungsprinzip in Vereinigungen zusammengeschlossen. Hiervon gehörten 1 631 Betriebe zu 75, die direkt durch die DWK geleitet wurden; VVB (Z) 3 064 Werke waren in VVB (L) organisiert<sup>22)</sup>.

Mit der Reorganisation des staatlichen Wirtschaftssektors ging zugleich aufgrund

<sup>20)</sup> Beide Befehle sowie die Richtlinien und Anlagen erschienen im ZVOBl. 15/48, S. 141 ff. (Anm. 12).

<sup>21)</sup> L. Kühne, Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vorbereitung der zentralen Wirtschaftsplanung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978/III, S. 9 ff., hier S. 25.

<sup>22)</sup> Ebd.

der Befehle Nr. 64 und 76 auch dessen endgültige Fixierung als Volkseigentum einher. Die Vereinigungen Volkseigener Betriebe bzw. die volkseigenen Betriebe wurden als „Eigentum des Volkes“ in die Handelsregister und Grundbücher eingetragen und die früheren Eigentümer gelöscht; gleichzeitig wurde die Unverletzbarkeit und Unveräußerlichkeit des Volkseigentums garantiert. Bei der Registrierung wurden in der Regel die Vereinigungen (VVB) und nicht die einzelnen Betriebe (VEB) als selbständige juristische Personen mit dem Status von Anstalten des öffentlichen Rechts versehen<sup>23)</sup>. Das hatte zur Folge, daß die Betriebe (VEB) in der gesamten Produktions- und Planungstätigkeit der jeweiligen Vereinigung (bei der auch im wesentlichen die Finanzhoheit lag) untergeordnet waren.

Erst mit dem Abschluß der geschilderten wirtschaftsorganisatorischen und juristischen Maßnahmen war mit der Perspektive einer gewissen Dauerhaftigkeit der volkseigene Sektor als ein wesentlicher Faktor in der Wirtschaft der SBZ etabliert worden. Will man also einen Zeitpunkt in der Nachkriegsgeschichte fixieren, von dem an — primär unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet — in der SBZ/DDR eine gewisse Eigendynamik des Wirtschaftssystems zu wirken begann und zugleich eine Restaurierung früherer Eigentumsverhältnisse nicht mehr ohne weiteres möglich war, so war dies um die Jahresmitte 1948.

Auf die Einzelheiten der Aufstellung, Zielsetzungen und Erfüllung des Halbjahrplans für die zweite Hälfte 1948 sowie des Zweijahrplans für 1949/50 (unterteilt in zwei Jahrespläne) kann hier nicht näher eingegangen werden<sup>24)</sup>, zumal mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 sämtliche Funktionen der DWK auf die provisorische Regierung übergingen. In den rund 18 Monaten zwischen der Vorbereitung des Halbjahrplans und der Staatsgründung waren die Bemühungen um eine alle wichtigen Zweige umfassende Planung noch weitgehend durch Improvisation und Experimentieren gekennzeichnet. Eine brauchbare Methode zur mittel- und langfristigen Wirtschaftsplanung auf der Basis hinreichenden statistischen Materials und eines mehrjährigen Erfahrungsvorlaufs der Pla-

<sup>23)</sup> Wie Anm. 20.

<sup>24)</sup> Der Deutsche Zweijahresplan für 1949—1950. Der Wirtschaftsplan für 1948 und der Zweijahresplan 1949—1950 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Berlin 1948.



nungskader entwickelte sich in der DDR erst in etwa mit dem Beginn des ersten Fünfjahresplans.

Die Ausarbeitung des Halbjahrplans und des Zweijahrplans, der lediglich den Charakter eines Rahmenplans hatte, gelang der DWK in verhältnismäßig kurzer Zeit. Ein einerseits schon etwas detaillierterer, andererseits noch recht unvollständiger Wirtschaftsplan für 1949 lag hingegen erst Ende März 1949 vor. Die Planungs- und Leitungstätigkeiten der DWK bezogen sich im wesentlichen auf den volkseigenen Sektor; die Privatbetriebe, die 1949 noch 31,5 Prozent der industriellen Brutproduktion erstellten, waren nur indirekt über die Materialversorgung und über Zulieferverträge einbezogen. Ob und inwieweit die SAG-Betriebe von diesen Wirtschaftsplänen tangiert wurden, ist nur schwer nachzuweisen<sup>25)</sup>. Trotz aller Unzulänglichkeiten gelang

#### IV. Staatsorganisatorische Funktionen der DWK

Innerhalb der Deutschen Wirtschaftskommission hatte sich bis zum Herbst 1949 ein differenzierter Behördenapparat entwickelt, dessen Kompetenzen weit über die für die eigentlichen wirtschaftsleitenden Funktionen zuständigen Geschäftsbereiche und Hauptverwaltungen hinausgingen. Außerdem existierten neben der DWK zentrale Behörden und Institutionen wie die Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung sowie der Deutsche Volksrat und dessen Ausschüsse, so daß bei Gründung der DDR sämtliche Ministerien (mit Ausnahme des Ressorts Auswärtige Angelegenheiten) sowie fast alle übrigen Zentralbehörden und obersten Staatsorgane durch Umorganisation bzw. Umbenennung sofort gebildet werden konnten<sup>27)</sup>. Dieser hohe Grad an institutioneller und personeller Kontinuität bei der Überführung der DWK in die provisorische Regierung der DDR wurde selbstverständlich noch ergänzt durch die enge Verflechtung der SED mit sämtlichen Zentralbehörden innerhalb und außerhalb der DWK sowie durch die z. T. schon mehrjährige Zusammenarbeit dieser Behörden untereinander. Einige der wichtigsten Querverbindungen zwischen den obersten Behörden der SBZ, die zugleich die Vorwegnahme großer Teile des Staatsapparats der DDR deutlich werden lassen, sollen im folgenden kurz skizziert werden.

Aufgaben der Wirtschaftskontrolle wurden von der ZKK und dem zentralen Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums sowie von den entsprechenden Länderorganen wahrge-

der DWK — hier vor allem in den Bereichen der Sekretäre Leuschner und Selbmann — der Übergang von der kurzfristigen und überwiegend regionalen, weitgehend an Quartalsplänen orientierten Planung der Jahre 1945 bis 1948 zur längerfristigen zentralen Wirtschaftsplanung auf zentraler Ebene. Gegenüber dem ursprünglich gesteckten Ziel des Zweijahrplans, 1950 81 v. H. der Industrieproduktion von 1936 zu erreichen, wurden tatsächlich 110 v. H. realisiert. Allerdings darf dieses, auf den ersten Blick recht beachtliche Gesamtergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Volkswirtschaft der DDR weiterhin stark disproportioniert entwickelt war. So lagen zum Beispiel Ende 1950 trotz der konzentrierten Anstrengungen in den Grundstoffindustrien die Produktionsergebnisse in der Metallurgie nur bei 61,8 v. H., in der metallverarbeitenden Industrie hingegen bei 120,7 v. H. des Standes von 1936<sup>26)</sup>.

nommen; bei konkreten Ermittlungen, z. B. in Fällen von „Wirtschaftssabotage“<sup>28)</sup> wurden aber in der Regel die Verwaltungen für Inneres und Justiz bzw. die den entsprechenden Länderministerien unterstellten Polizei- und Justizbehörden eingeschaltet<sup>29)</sup>.

Die Deutsche Verwaltung für Justiz gab seit Mai 1947 das Zentralverordnungsblatt heraus, das ab Januar 1948 als amtliches Organ der DWK sowie der Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung galt und worin z. T. die Gesetze des AKR, Befehle der SMAD sowie die Verordnungen, Anordnungen und sonstigen Weisungen der DWK und der anderen zentralen Organe veröffentlicht wurden. Herstellung und Vertrieb war Aufgabe des Deutschen Zentralverlags; im Oktober 1949 wurde das Zentralverordnungsblatt durch das Gesetzblatt der DDR abgelöst. Ebenfalls vom Zentralverlag wurde ab Mai 1949 eine Schriftenreihe der DWK, in der als

<sup>25)</sup> Zu den Anfängen der zentralen Planwirtschaft vgl. J. Roesler (Anm. 6), S. 1 ff. Zu den SAG-Betrieben siehe Anm. 9.

<sup>26)</sup> Ebd., S. 7 f.

<sup>27)</sup> W. Weißleder (Anm. 4), Revolutionärer Prozeß, S. 148 ff.

<sup>28)</sup> Unter Begriffen wie „Wirtschaftssabotage“ oder „Wirtschaftsverbrechen“ wurden Verstöße gegen die staatliche Wirtschaftsreglementierung verstanden. Hierunter fielen insbesondere unerlaubte Kompensationsgeschäfte, Rohstoff- und Warenhorung, Verkäufe auf Schwarzen Märkten, Verschiebung von Produktionsmitteln oder Waren über die Zonengrenze.

<sup>29)</sup> Anhang zur Dissertation von W. Weißleder (Anm. 4), Schema: Der zentrale Staatsapparat.



erstes von vier Heften der Wirtschaftsplan und als letztes der Haushaltsplan für 1949 erschienen, herausgegeben. Anfang 1950 wurde diese Serie als Schriftenreihe der DDR mit dem Volkswirtschaftsplan für 1950 fortgesetzt.

Von der DWK-Hauptverwaltung Finanzen wurde das gesamte zentrale Bankensystem und Finanzwesen der SBZ, das mit der Währungsreform Ende Juni 1948 entstanden war, geleitet. Hierzu gehörten die Deutsche Notenbank, die Deutsche Investitionsbank, das Deutsche Zentralfinanzamt und die Revisions- und Treuhandanstalt; die Hauptverwaltung setzte ihre Arbeit als Ministerium für Finanzen fort. Eine enge und weit gefächerte Zusammenarbeit ergab sich auch zwischen der DWK und der Deutschen Verwaltung für Volksbildung bei der Wahrnehmung von Aufgaben, die der Förderung von Wissenschaft, Kunst und Kultur dienen sollten. Hierfür existierte außer der Hauptverwaltung Wissenschaft und Technik mit ihren nachgeordneten Institutionen wie dem Büro für Erfindungswesen, dem Deutschen Wirtschaftsinstitut usw. außerdem ein direkt dem DWK-Sekretariat unterstelltes „Büro des Förderungsausschusses für verdiente Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler“<sup>30)</sup>.

Auf der 2. Plenarsitzung der DWK am 30./31. März 1949 wurde gleichzeitig mit dem Wirtschaftsplan für das Jahr 1949 „Der Kulturplan — Verordnung über die Erhaltung der deutschen Wissenschaft und Kultur...“ verabschiedet<sup>31)</sup>, worin u. a. die Investitionen zur Wiederherstellung von Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie weitergehende wissenschafts- und kulturpolitische Förderungsmaßnahmen festgelegt worden waren.

Die personalpolitische Bedeutung der DWK für den Aufbau des zentralen Staatsapparats in der SBZ/DDR wird deutlich, wenn man sich das Anwachsen des Mitarbeiterstabes im Laufe des Jahres 1948 vor Augen führt. Von 130 Angehörigen der DWK zuzüglich ca. 3 500 Beschäftigten in den damals noch selbst-

ständigen Zentralverwaltungen Ende 1947 war die Zahl der Mitarbeiter der Wirtschaftskommission bis Anfang 1949 auf über 10 000 angestiegen<sup>32)</sup>. Durch den weiteren Ausbau des DWK-Apparats im Laufe des Jahres 1949 erhöhte sich auch der Personalbestand. Die personalpolitischen Bemühungen des Parteivorstands der SED liefen aber beim Aufbau des zentralen Staatsapparats nicht nur auf die Einarbeitung eines quantitativ hinreichenden Mitarbeiterstabes, sondern auch auf die Verbesserung von dessen qualitativen Eigenschaften, d. h. auf politische Zuverlässigkeit und fachliche Befähigung, hinaus. Deshalb war neben der Durchführung breit gefächelter Schulungsprogramme die möglichst umfangreiche Besetzung des Staatsapparats mit Parteimitgliedern — in den Spitzenpositionen möglichst mit Altkommunisten — der wichtigste Aspekt der Kaderarbeit der SED in diesem Zeitraum. Daneben wurde die Arbeit der Betriebsparteiorganisationen in den zentralen Behörden seit Mitte 1948 verstärkt, was innerhalb der DWK zum Zusammenschluß aller SED-Betriebsgruppen zu einer Gesamtbetriebsgruppe führte<sup>33)</sup>.

In welchem hohem Maße die Kaderarbeit der SED zur Kontinuität im Staatsapparat beitrug, zeigte sich beim Übergang von der DWK zur provisorischen Regierung der DDR. Als Beispiel hierfür sei an die Karrieren der Angehörigen des DWK-Sekretariats erinnert: Der Vorsitzende Heinrich Rau wurde Minister für Planung. Von seinen Stellvertretern übernahm Fritz Selbmann das Ministerium für Industrie; Bruno Leuschner wurde zunächst Staatssekretär im Planungsministerium, danach stellvertretender Vorsitzender und ab 1952 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Georg Handke wurde Minister für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung. Luitpold Steidle erhielt das Ressort Arbeit und Gesundheitswesen. Hermann Kastner war bis zur Regierungsneubildung Ende 1950 einer der drei stellvertretenden Ministerpräsidenten<sup>34)</sup>.

<sup>32)</sup> W. Weißleder (Anm. 4), Revolutionärer Prozeß, S. 147.

<sup>33)</sup> W. Merker (Anm. 3), S. 180.

<sup>34)</sup> SBZ von 1945 bis 1954. Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945—1954, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 113 u. 142.

<sup>30)</sup> Ebd.

<sup>31)</sup> Der Wirtschaftsplan für 1949 und der Kulturplan sind als Heft 1 und 2 in der Schriftenreihe der Deutschen Wirtschaftskommission erschienen.



## Der Frankfurter Wirtschaftsrat 1947—1949

Weichenstellungen für das politische Kräftefeld  
und die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland

## I. Die Fragestellung

Nachdem sich inzwischen die Thesen von einer ‚Verhinderten Neuordnung‘ und einem ‚Erzwungenen Kapitalismus‘ als nicht haltbar erwiesen haben, die Weichenstellungen der Nachkriegsjahre in Westdeutschland angemessen in den Griff zu bekommen, und auch die Antithese ‚Restauration — Neuordnung‘ kein brauchbares Instrumentarium geliefert hat, ist das Interesse an den Handlungsspielräumen deutscher Politik in jüngster Zeit stärker in den Vordergrund gerückt. So fragte beispielsweise Dörte Winkler 1979, „ob den deutschen Politikern und Gewerkschaftlern in Fragen der Sozialisierung und vielleicht auch der Mitbestimmung von Washington aus nicht ein größerer Spielraum zugestanden wurde, als ihnen damals bewußt war“<sup>1)</sup>. Im Hinblick auf das Ringen der westdeutschen gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte wurde die Art des Beziehungsgefüges von Wiederherstellung/Weiterentwicklung positiv erfahrener Wirklichkeiten der Weimarer Republik und Schaffung neuer demokratischer Qualitäten im wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bereich während des Formierungsprozesses der Bundesrepublik Deutschland bereits 1982 vom Verfasser in dieser Zeitschrift untersucht. Dabei wurde deutlich, daß sich schon in den ersten Nachkriegsjahren wiederholt Handlungsspielräume eröffneten, die nur zum Teil erkannt und genutzt wurden, zuweilen — etwa bei der Bodenreform in der britischen Zone — auch anders als von vielen damals erwartet<sup>2)</sup>.

Im Anschluß an diese Untersuchung soll nunmehr nach den von deutschen Kräften im Frankfurter Wirtschaftsrat seit 1947 veranlaßten bzw. bewußt oder unbewußt geförderten Weichenstellungen für die Wirtschaftsordnung und das politische Kräftefeld der Bundesrepublik gefragt werden, d. h. nach den

<sup>1)</sup> D. Winkler, Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945—1948, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945—1953, Geschichte und Gesellschaft (1979), Sonderheft 5, S. 110.

<sup>2)</sup> U. Uffelman, Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1—2/82, S. 3ff.

Handlungsspielräumen an einem Ort und zu einer Zeit, da Gelegenheiten für fundamentale Entscheidungen nicht vorhanden zu sein schienen.

Erstaunlicherweise scheinen wichtige Arbeiten mit neuen Erkenntnissen<sup>3)</sup> einem breiteren Publikum bisher nicht genügend vertraut, was auch G. Müller u. a. veranlaßt haben mag, seine 1977 abgeschlossene Dissertation 1982 doch noch für einen größeren Leserkreis zu publizieren. Unter Hinweis auf die seit 1977 erschienene Literatur merkt er an, daß für sie die Arbeit des Wirtschaftsrates bzw. der von ihm selbst herausgearbeitete „Zusammenhang derselben mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Entscheidungsträger einerseits und der die Entscheidungen sanktionierenden Wahl im Jahre 1949 andererseits“ kein zentraler Punkt sei<sup>4)</sup>. Der trotz der neuesten Beiträge von W. Benz und T. Eschenburg<sup>5)</sup> immer noch geringe Bekanntheitsgrad des Sachverhalts mag aber auch daran liegen, daß die gewonnenen Einsichten bisher nicht genügend akzentuiert und in ihrer Bedeutung für das System der Bundesrepublik noch nicht ausreichend gewichtet worden sind. Im folgenden soll versucht werden, diesem Mangel abzuhelpen, auch wenn bekanntlich zusammenfassende Akzentuierungen komplexer Sachverhalte den Gefahren von Vereinfachungen ausgesetzt sind.

Zum besseren Verständnis dieser Arbeit sei hier aus der bereits erwähnten eigenen Untersuchung kurz festgehalten, daß 1. der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands

<sup>3)</sup> G. Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945—1949, Stuttgart 1977; J. Weber (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, Paderborn 1980; G. Müller, Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947—1949, Frankfurt/M. 1982; Th. Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945—1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1), Stuttgart-Wiesbaden 1983; weitere Literatur vgl. K. P. Dapper/G. Hahn, Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft, Baden-Baden 1983.

<sup>4)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 11.

<sup>5)</sup> W. Benz, Vorform des ‚Weststaats‘: die Bizone 1946—1949, in: Th. Eschenburg (Anm. 3), S. 375ff.; Th. Eschenburg, Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft, in: ders. (Anm. 3), S. 421ff.



als Voraussetzung des ‚Wirtschaftswunders‘ entgegen der immer noch herrschenden Auffassung während der Zeit des Frankfurter Wirtschaftsrates aus eigenen Kräften, d. h. ohne nennenswerte Hilfe von außen, bereits in vollem Gang war, und daß 2. Währungsreform und Marshallplan folglich nicht die alleinigen Treibsätze des Starts in das Wirtschaftswunder gewesen sind, vielmehr nur — dies allerdings mit Vehemenz — die zweite Phase des Aufschwungs eingeleitet haben.

An dieser Stelle geht es um folgende Befunde und Fragen:

1. Die Bonner Koalition vom Herbst 1949 entstand nicht erst aufgrund des Bundestagswahlergebnisses, sie existierte im Frankfurter Wirtschaftsrat bereits seit Sommer 1947 und war seitdem in diesem ‚Vorparlament‘ der Bundesrepublik bestens erprobt und für eine längere Regierungsdauer gerüstet. Die SPD andererseits übernahm 1949 nicht erst erzwungenermaßen aufgrund des Wahlergebnisses die Rolle der parlamentarischen Opposition. Sie hatte sie fast freiwillig seit Sommer 1947 im Wirtschaftsrat inne. Während dieser Zeit präformierte sie den konstruktiven Charakter der parlamentarischen Opposition im Deutschen Bundestag, begab sich dabei aber der Möglichkeiten, die Wirtschaftsordnung des neuen Staates maßgeblich zu bestimmen. Damit stellt sich die Frage nach den Umständen dieser frühen Weichenstellung.

## II. Umstände früher Weichenstellungen für das politische Kräftefeld

Die Einrichtung der Bizone zum 1. Januar 1947 erfolgte mit dem Ziel, die wirtschaftliche, nicht aber die staatliche Selbständigkeit des Gebietes bis 1949 zu erringen. Bereits im Herbst 1946 waren zu diesem Zweck fünf voneinander unabhängige deutsche bizonale Auftragsverwaltungen geschaffen worden, die über die Großzone verteilt wurden. Das ‚bizonale Interregnum‘<sup>6)</sup> begann mit großen Schwierigkeiten der Koordinierung der unterschiedlichen Strukturen beider Zonen, mangelnden deutschen Kompetenzen (keine Befugnis zu Rechtssetzungsakten, fehlende demokratische Kontrolle), aber auch unterschiedlichen Zielvorstellungen von Besatzern und Deutschen einerseits wie der Deutschen untereinander. „Die Alliierten hatten bei der Verschmelzung ihrer Zonen an eine ökonomische Sofortmaßnahme zur Linderung der Not gedacht, die Deutschen zeigten indes großes Interesse an Grundsatzfragen, erörter-

ten verfassungsrechtliche Prinzipien beim Aufbau der Zonenämter, die lediglich wirtschaftliches Krisenmanagement betreiben sollten, und diskutierten dort Probleme einer künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Amerikaner und Engländer hatten akute ökonomische Schwierigkeiten mit Hilfe deutscher Auftragsverwaltungen in den Griff bekommen wollen, für die Deutschen stand der Wiederaufbau ihrer Staatlichkeit im Vordergrund.“<sup>7)</sup> Dabei aber gab es keine Einigkeit zwischen den deutschen Kräften. Vielmehr rang man um föderalistische und zentralistische Prinzipien ebenso miteinander wie um unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen. Indem es der SPD im Januar 1947 gelang, die Leitung des Mindener Verwaltungsamtes für Wirtschaft, der Zentrale des aus den Wirtschaftsministern der Länder bestehenden Verwaltungsrates für Wirtschaft, durch den Sturz des parteilosen hessischen Wirtschaftsministers Rudolf Müller mit ihrem

2. Die Amerikaner und Briten schufen in der Bizone eine deutsche Wirtschaftsverwaltung, der sie seit Mitte 1947 einen parlamentarischen Charakter gaben und wachsende Kompetenzen verliehen, ohne die Genehmigungs- und Kontrollfunktion ihres Bipartite Board im geringsten zu mindern. Auf dieser Grundlage wurde, bevor man im Grundgesetz die Wirtschaftsordnung des neuen Staates offenzulassen beschloß, im Wirtschaftsrat die an neoliberalen Grundsätzen orientierte Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik de facto festgelegt und in ersten Schritten erprobt. Zu fragen ist demnach nach politischen wie wirtschafts- und gesellschaftskonzeptionellen Bedingungen des Handlungsspielraums des Wirtschaftsrates.

3. Diese bundesrepublikanische Wirtschaftsordnung wurde maßgeblich vom parteilosen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard, in Umsetzung neoliberalen Gedankengutes veranlaßt und eigenwillig — auch gegenüber den Besatzungsmächten — im Zuschnitt auf die westdeutsche Situation auf den Weg gesetzt und ausgestaltet. Sie war in dieser Ausprägung nicht das Programm der CDU/CSU. Erhard gab der Union gleichsam das Konzept; sie nahm es dankbar an und machte damit ihren Erfolg von 1949 überhaupt erst möglich. Zu fragen ist daher nach diesem Konzept und den Umständen seiner erfolgreichen Inangangsetzung.

<sup>6)</sup> T. Pünder, Das bizonale Interregnum, Waiblingen 1966.

<sup>7)</sup> W. Benz (Anm. 5), S. 384.



an gelenkter Wirtschaft und neuer Wirtschaftsdemokratie orientierten wirtschaftspolitischen Cheftheoretiker Viktor Agartz zu besetzen, wurde der in den Landtagen praktizierte Grundsatz der Parteienkooperation auf bizonaler Ebene erstmals in Frage gestellt. Dies führte zu einem geschlossenen Auftreten der CDU und einer Stärkung ihrer liberalen Kräfte gegenüber den christlichen Sozialisten, so daß mit einem Anfangserfolg der SPD ein Ringen begann, das mit einem Sieg der bürgerlichen Kräfte enden sollte.

Am 29. Mai 1947 beschlossen Briten und Amerikaner die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung. Neben einem von den Landtagen zu wählenden Wirtschaftsrat mit legislativen Befugnissen (Wirtschaftsparlament) sollte ein Exekutivrat aus je einem Vertreter jeder Landesregierung treten. Die Leitung der Einzelverwaltungen sollte an vom Exekutivausschuß vorzuschlagende und vom Verwaltungsrat zu ernennende Direktoren übertragen werden. Das damit verfolgte Ziel formulierte General Clay am 2. Juni 1947: „Nevertheless we have not been willing to unify the American and British Zones politically in the fear that it might be harmful to the early unification of Germany as a whole. Thus, the agreement which we have reached still does not provide for political unification of the American and British Zones. On the other hand, within the field of economy, and under strictly defined powers, it does provide an arrangement where the views of the German people can be given to the American and British Military Government on the economic policies to be followed by the two governments.“<sup>9)</sup> Damit wurde die Begrenzung der Kompetenzen des in Frankfurt/M. angesiedelten Wirtschaftsrats deutlich. Das Bipartite Board als Zweimächteamt zur Förderung der wirtschaftlichen Kooperation fungierte als entscheidende Zustimmungs- und Kontrollinstanz für dessen Gesetzgebung.

Am 25. Juni 1947 konstituierte sich der Wirtschaftsrat in der Frankfurter Börse mit 52 von den Landtagen gewählten Mitgliedern (CDU/CSU und SPD je 20, DVP/FDP 4, KPD 3, Zentrum und DP je 2, WAV 1). Schon die erste Direktorenwahl am 23./24. Juli 1947 brachte eine Weichenstellung, die sich als folgenreicher erweisen sollte, und beendete dadurch das bereits im Januar begonnene Tauschen um die entscheidenden Positionen mit einem vollständigen Verzicht der SPD auf die fünf Direktorenposten bzw. einem vollständi-

gen Sieg der bürgerlichen Seite<sup>9)</sup>. Vorausgegangen war ein einstimmiger Vorschlag des Exekutivrats — sechs von acht Mitgliedern gehörten der SPD an —, der für jedes Direktorenamt einen Kandidaten vorsah (3 SPD, 2 CDU/CSU). Als die CDU/CSU dem Vorschlag, den niedersächsischen Wirtschaftsminister Alfred Kubel zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft zu erheben, in der parlamentarischen Aussprache mit dem Argument widersprach, die SPD habe bereits die Wirtschaftsressorts aller Länder inne<sup>10)</sup>, spitzte sich der Konflikt mit der Gegenargumentation des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Erwin Schöttle zu: „Aus wirtschaftspolitischen und nationalpolitischen Überlegungen muß die Sozialdemokratie, die infolge ihrer Stellung in der deutschen und in der internationalen Politik eine große Verantwortung auf sich ruhen hat, darauf bestehen, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, an der Spitze des Amtes für Wirtschaft zu beweisen, daß sie die Männer und die Ideen hat, um ihren wesentlichen Beitrag zum Neubau unserer Wirtschaft zu leisten... Es gibt reichlich Gründe in der Vergangenheit dafür, warum wir einen größeren Einfluß in die Gestaltung des Wirtschaftslebens ausüben wollen“<sup>11)</sup>.

Durch diese Kampfansage wurde der Exekutivrat veranlaßt, neue Vorschläge zu machen. Zwar sah er jetzt je zwei Kandidaten für jedes Amt vor, doch gehörten diese jeweils derselben Partei an. Bei der Abstimmung über die Besetzung eines Direktors der Verwaltung für Wirtschaft erlitt die SPD eine Niederlage. Kubel erhielt nur 21 Stimmen. Spontan reagierte der Fraktionsvorsitzende Schoettle, indem er überraschend die anderen sozialdemokratischen Kandidaten aufforderte, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Er erklärte: „Die sozialdemokratische Fraktion wird der Tatsache ins Auge zu sehen haben, daß infolge der Mehrheit, die in diesem Hause besteht, die Besetzung der Direktorate einen einseitigen politischen Charakter tragen wird.“<sup>12)</sup>

Im neuen Vorschlag des Exekutivrates war kein Sozialdemokrat mehr vorhanden. Die SPD ging in die Opposition und schuf dadurch Mehrheiten, die vorher — auch bei der Wahl Kubels — noch gar nicht so eindeutig festgelegt waren, wie sie offensichtlich vor schnell annahm. Diese Konsequenz entsprach nicht dem Ziel der CDU/CSU-Politik. Sie

<sup>9)</sup> J. Weber (Hrsg.), (Anm. 3), S. 147 ff.

<sup>10)</sup> Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947—1949, Bd. 2, München-Wien 1977, S. 26.

<sup>11)</sup> Ebd., S. 26.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 36.

<sup>8)</sup> Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, München-Wien 1979, S. 467.



wollte nur das Wirtschaftsressort, beabsichtigte aber prinzipiell nicht, das in den Ländern praktizierte Kooperationsprinzip auf Koalitionsbasis zu verlassen. Adenauer hatte der SPD immerhin das Direktorat für Wirtschaft angeboten, sofern sie auf drei Länderwirtschaftsministerien verzichten würde, obwohl er klare Verhältnisse und die jetzt erfolgte Entscheidung bevorzugte. Damit waren die Mehrheitsverhältnisse im Wirtschaftsrat mit Hilfe der SPD auf ein Gleis gesetzt, das sonst so eindeutig und so schnell kaum befahren worden wäre. Die SPD hob durch ihre Haltung die bürgerliche Koalition gleichsam aus der Taufe. Das Ringen war beendet.

Als der Wirtschaftsrat nach seiner Umbildung (Erweiterung auf 104 Abgeordnete und Bildung eines Länderrates mit 24 Vertretern der Länderregierungen) am 2. März 1948 neue Direktoren wählte, wurde nicht mehr gerungen. Bis auf den parteilosen Ludwig Erhard, der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft wurde, besetzte die CDU/CSU alle Direktorenposten und das neugeschaffene Amt des koordinierenden Oberdirektors (Hermann Pünder). Die SPD hatte schon auf ihrer Fraktionssitzung vom 17. bis 19. Februar 1948 beschlossen, auch im 2. Wirtschaftsrat in der Opposition zu bleiben, aber wie schon vorher zu konstruktiver Mitarbeit bereit zu sein.

Im 2. Wirtschaftsrat wurden die Gesetzgebungskompetenzen bei aller generellen Begrenzung auf neue Bereiche ausgedehnt. Im Sommer wurde zusätzlich die Verwaltung für Arbeit eingerichtet und mit Anton Storch (CDU) besetzt<sup>13)</sup>. Mit der Bank Deutscher

Länder wurde darüber hinaus eine gesonderte Instanz für das Währungs-, Kredit- und Bankwesen geschaffen, ebenso wurde ein Obergericht gestattet. Trotz der strengen Kontrollen und Eingriffe der Alliierten, die sich bis zum Übergang des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in die Bundesrepublik eher verstärkten<sup>14)</sup>, war mit der Neugestaltung der Wirtschaftsverwaltung im Sommer 1947 ein Handlungsrahmen für die Deutschen geschaffen worden, der durchaus Raum für eigene Initiativen geben konnte, sofern man bereit war, in der Institution nicht nur ein den Deutschen aufgezwungenes und sowieso nur vorläufiges entscheidungsuntüchtiges Befehlsinstrument der Alliierten zu sehen. Die Haltung der SPD bereits in den ersten Direktorenwahlen wie auch bei der zweiten Besetzung der Ämter läßt das Fehlen dieser Bereitschaft erkennen, was sicher u. a. damit erklärbar ist, daß dem Katalog der Zuständigkeiten des Wirtschaftsrates vor allem die „heiß umstrittenen Fragen der Unternehmensstruktur: Sozialisierung, Dekartellisierung, Entflechtung, Demontage“ fehlten<sup>15)</sup>.

Der Wirtschaftsrat beschloß in den beiden Jahren seines Bestehens in fortschreitender Arbeitsintensität 171 Gesetze. Nicht alle erlangten Gültigkeit, weil sie am Länderrat scheiterten oder von den Militärregierungen abgelehnt wurden; immerhin aber blieben 131 Gesetzgebungsakte auch für die Bundesrepublik gültig, Beweis genug für die wachsende Handlungsfähigkeit dieser bei weitem nicht von allen deutschen politischen Kräften unterschätzten Institution<sup>16)</sup>.

### III. Politische Bedingungen des Handlungsspielraums

Im Wirtschaftsrat erwies sich die Realitätsbezogenheit der CDU/CSU als wichtiger Nährboden für vorsichtige innovatorische Schritte im Rahmen des damals Möglichen. Die Union erkannte von Anfang an die Chancen der neuen Institution, deren Kompetenzen erheblich über die den deutschen Stellen bisher zugestandenen hinausgingen, und nutzte diese von Anfang an. Adenauer, der — wie Schumacher bei der SPD — persönlich dem Wirtschaftsrat nicht angehörte, verstand diesen „nicht als Verwaltungsorganisation, sondern als politisches Instrument, das dazu dienen konnte, mit einer ‚parlamentarischen‘ Mehrheit die eigenen politischen Vorstellungen gegenüber dem Gegner durchzudrücken ... Hier wird die von Anfang an bestehende Realitätsbezogenheit der CDU deut-

lich, und in der Folge daraus ein realitätsbezogener Pragmatismus, der das Wünschbare an der realen Situation mißt und zum Machbaren reduziert.“<sup>17)</sup>

Dazu trat als weiterer gewichtiger Bedingungsfaktor für die Nutzung der realen Möglichkeiten die Tatsache, daß der Kompromiß des Aalener Programms der noch sehr heterogenen, im Unterschied zur SPD noch wenig geschlossenen CDU über wirtschaftspolitische Ziele noch kein realisierbares Konzept zugelassen hatte. Im Klartext bedeutete dies: Die CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat besaß kein in die Tat umsetzbares wirtschaftspolitisches Programm. Sie war auf der Suche

<sup>14)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 78.

<sup>15)</sup> Ebd., S. 59

<sup>16)</sup> W. Benz (Anm. 5), S. 415f.

<sup>17)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 278.

<sup>13)</sup> T. Pünder (Anm. 6), S. 158.



und damit offen für ein pragmatisches Konzept, das ihr schließlich der parteilose Ludwig Erhard lieferte. Die Chance, ein derartiges Konzept nicht nur anzunehmen, sondern auch zum Erfolg zu führen, wurde von der dogmatischen Haltung der SPD begünstigt. Deren Führungsanspruch verband sich mit einer Geringschätzung der neuen Institution und der Möglichkeit, durch kleine Schritte dem eigenen Ziel näherzukommen. Kurt Schumachers Einschätzung der ersten Direktorenwahl verdeutlicht dies: „Die Sozialdemokratie kämpft unbeirrbar um Demokratie und Sozialismus. Für sie ist die Entscheidung von Frankfurt ein Provisorium in einer Kette von Provisorien. Bald wird das heutige Provisorium zugunsten einer sozialistischen Entwicklung überwunden sein.“<sup>18)</sup>

Dieses Provisorium wurde jedoch zur Vorstufe der Bundesrepublik Deutschland und setzte Maßstäbe, welche die SPD, die in dieser Zeit ebenfalls kein realisierbares wirtschaftspolitisches Konzept hatte und sich wie die Union auf der Ebene der programmatischen Glaubensbekenntnisse bewegte, nie mehr beseitigen konnte. Indem sie sich zudem von den Schaltstellen des Wirtschaftsrates ausschloß, spielte sie der gegnerischen Seite den Ball leichtfertig zu. Hinter ihrer Geringschätzung der bizonalen Institutionen stand die von Schumacher akzentuierte Auffassung, daß die Siegermächte, solange sie den Deutschen nicht die volle Verfügungsgewalt über sich zurückgäben, auch die volle Verantwortung trügen, und daß, solange die Deutschen nicht selbst entscheiden könnten, sie folglich ebensowenig Vorentscheidungen über das zukünftige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische System eines deutschen Staates zu fallen vermöchten. Das sozialistische Definitum nach dem Provisorium des Wirtschaftsrates erwartete Schumacher vom Ergebnis der ersten Wahl eines deutschen Parlaments. Er zweifelte nicht an einem Sieg der SPD und dachte nicht daran, daß zukünftige Wahlen auch davon mitbestimmt werden könnten, was bis dahin ‚provisorisch‘ noch erfolgen würde. Vergleicht man das Verhalten der SPD mit dem der Union, „so wird hier der Mangel an Realitätssinn deutlich, der die SPD zur Zeit des Wirtschaftsrates und darüber hinaus kennzeichnet: über das gewünschte Fernziel (‚Demokratie und Sozialismus‘) werden die naheliegenden, wenn auch ungewollten Realitäten und Möglichkeiten in ihrer Beziehung zu diesem Ziel falsch eingeschätzt“<sup>19)</sup>.

<sup>18)</sup> Der Telegraph vom 26. Juli 1947, zit. nach G. Müller (Anm. 3), S. 313.

<sup>19)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 313.

Das betraf auch die Realitäten, die den Wirtschaftsrat überhaupt erst möglich gemacht haben. Zu ihnen gehörten der sich zum Kalten Krieg verschärfende Ost-West-Gegensatz, der Deutschland 1947 zum Konfliktfeld Nummer Eins werden ließ, die zunehmende Dominanz der USA im westlichen Lager gegenüber den ökonomisch immer schwächer werdenden europäischen Verbündeten und schließlich die spezifische Lage in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands zwischen Versorgungsnot der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern einerseits und dem in der Bizone sich vollziehenden, nicht auf einer Stunde Null beruhenden, wirtschaftlichen Aufschwung andererseits.

Während die Zeit der Errichtung der Bizone durch ein Nachlassen der Kooperationsbereitschaft der USA mit der UdSSR, aber noch nicht durch die spätere Konflikthaltung gekennzeichnet war, wurde zur Zeit des 1. Frankfurter Wirtschaftsrates der entscheidende Schritt in den Kalten Krieg bereits getan, der die Entscheidungen über die bizonale Ordnung zwangsläufig beeinflusste. Seit die Containment-Entscheidung mit der während der Moskauer Außenministerkonferenz am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin manifest geworden war und die UdSSR den Konflikt mit der Ausschaltung der ungarischen Mehrheitspartei angenommen hatte<sup>20)</sup>, wurden in West und Ost alle Probleme, die vorher in einem breiteren Interpretations- und Handlungsspielraum gestanden hatten, durch die Konfliktbrille gesehen: So auch die deutsche Frage, die nicht etwa den Anlaß zum Kalten Krieg gegeben hatte, nach dessen ‚Ausbruch‘ jedoch zentral wurde.

Im Frühjahr 1947 begann der Ausbau der auf den Konflikt hin bezogenen Positionen in Richtung Blockbildung. Für die Bizone bedeutete dies ein Anheben der Funktionstüchtigkeit auch der deutschen Zonenbehörden, ohne daß damit sofort der Aufbau eines westdeutschen Staates verbunden sein mußte. Zentrales Ziel der USA blieb zunächst die wirtschaftliche Absicherung ihres Einflusses in Europa, dokumentiert durch die Harvard-Rede von Außenminister Marshall am 5. Juni 1947 unmittelbar nach der am 29. Mai 1947 verkündeten Schaffung des

<sup>20)</sup> U. Uffellmann, Internationale Politik und deutsche Frage 1945—1947, Düsseldorf 1976, S. 82; ders., Die sowjetische Deutschlandinitiative von 1952 im Unterricht der Sekundarstufe I, in: Verfassung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Unterricht, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 161, Bonn 1980, S. 163; vgl. dazu: Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1575, 16. April 1982, S. 4f.



Frankfurter Wirtschaftsrates auf parlamentarischer Basis. Dabei gingen die USA von der Überlegung aus, daß die wirtschaftliche Besserstellung der Bevölkerung radikalen (kommunistischen) Orientierungen, von denen die Sowjetunion profitieren könnte, keinen Raum lassen würde. Ihre Erfahrungen mit der seit 1945 im Auftrieb befindlichen westdeutschen Wirtschaft und der schnellen Überwindung der Krise des Winters 1946/47 mit letztlich technischen Mitteln (Überwindung des Verkehrsengpasses, Maßnahmen zur Leistungssteigerung im Kohlebergbau, Verschärfung der Kontrolle der landwirtschaftlichen Ablieferungen) ließen sie die ordnungspolitischen Faktoren (Sozialisierung, Bodenreform) für wirtschaftliche Erfolge in Westdeutschland geringer veranschlagen, so daß sie — ebenfalls im Sommer 1947 — die Briten zu einem Sozialisierungsaufschub um fünf Jahre veranlaßten.

Die Leistungssteigerung der Wirtschaft hatte auch ohne Sozialisierung funktioniert. Um so eher konnte man dem eigenen demokratietheoretischen Grundsatz folgen, derartige Basisentscheidungen den betroffenen Deutschen später selber zu überlassen. Daß die USA der Sozialisierung durchaus nicht so ablehnend gegenüberstanden und den westlichen demokratischen Sozialismus als Partner zu akzeptieren bereit waren, hat D. Winkler eindrucksvoll dokumentiert<sup>21)</sup>. Für die deutschen Interessenten an der Sozialisierung barg ein derartiger Aufschub allerdings das Risiko, daß inzwischen Weichen gestellt werden könnten, die eine Sozialisierung später möglicherweise als nicht mehr wünschenswert erscheinen lassen würden.

Im Unterschied zu den Spielräumen in den Ordnungsfragen der Wirtschaft, die sie den Deutschen grundsätzlich zu geben bereit waren, ließen die USA nicht erkennen, daß sie ein prinzipiell von dem ihren System der politischen Demokratie unterschiedenes akzeptieren würden. So wie ihnen die Demokratie im politischen Bereich grundsätzliches Anlie-

gen war, veranlaßten sie nun auch in der Bizone eine Parlamentarisierung der primär zur ökonomischen Leistungssteigerung eingesetzten deutschen Wirtschaftsverwaltung und schufen damit eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die wirtschaftspolitischen Entscheidungen dieses Wirtschaftsrates für die Zukunft des nicht kommunistischen Deutschland tragfähig werden konnten. Diese Verbindung von Kompetenzerweiterung deutscher Stellen auf zonenübergreifender Ebene im ökonomischen Bereich mit gleichfalls zonen-sprengenden Rechten parlamentarischer Demokratie in einer Art vorstaatlichem Wirtschaftsparlament identifizierte die CDU/CSU als politischen Handlungsrahmen zukunfts-trächtiger Qualität, während die am Maximalziel orientierte SPD den Wirtschaftsrat nur als ein bald wieder überholtes Provisorium einschätzte. Da Strukturveränderungen der Wirtschaftsordnung nach sozialdemokratischen Vorstellungen wie nach der Vorstellung des christlichen Sozialismus seit Mitte 1947 also nicht unmittelbar möglich waren, mußten sich im gesetzten Rahmen der bizonalen Wirtschaftsverwaltung die ordnungspolitischen Überlegungen, zu denen die Deutschen ungeachtet der begrenzten Kompetenzen dieses Gremiums kommen mußten, auf andere Bereiche verlagern. Mit der Auslotung des politischen Kräftefeldes durch den Übergang der Initiative in allen Einzelverwaltungen auf das bürgerliche Lager wurde anschließend liberalem Gedankengut ein breiterer Weg in den Wirtschaftsrat gebahnt als demokratisch-sozialistischem. Dieses Gedankengut stand im 'jungen' Neoliberalismus bereit und war — wie die vorgenannten Faktoren — Teil der Bedingungen des Handlungsspielraumes, innerhalb dessen die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der späteren Bundesrepublik erfolgten<sup>22)</sup>. Grundfragen der freiheitlichen Existenz des Menschen betreffend, wurde das neoliberale Gedankengut zugleich Fundament einer generellen geistigen Weichenstellung weiter Teile der westdeutschen Bevölkerung<sup>23)</sup>.

#### IV. Wirtschafts- und gesellschaftskonzeptionelle Bedingungen des Handlungsspielraums

Aus Raumgründen kann hier nicht ausführlich auf die wirtschafts- und gesellschaftskonzeptionellen Bedingungen des Handlungsspielraums des Wirtschaftsrats eingegangen werden. Wegen des Bekanntheitsgrades des neoliberalen Gedankengutes kann hier aller-

dings auch darauf verzichtet werden, wenn gleich in vielen Darstellungen das Bild vom Menschen in den beiden neoliberalen Strö-

<sup>22)</sup> Überblick über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Parteien bei G. Müller, a. a. O., S. 13—54.

<sup>23)</sup> M. Wulff, Die neoliberale Wirtschaftsordnung, Tübingen 1976.

<sup>21)</sup> D. Winkler (Anm. 1), S. 109.



mungen nicht genügend herausgearbeitet wird. Dies wurde von M. Wulff in seinem Buch „Die neoliberale Wirtschaftsordnung“, Tübingen 1976, geleistet, der den Unterschied des Menschenbildes des individualistischen Neoliberalismus, dem der Ordoliberalismus zugeordnet ist, und des dialektischen Neoliberalismus, dem die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft zugehören, präzisiert: 1. Der individualistische Neoliberalismus (individuelle Freiheit als alleiniger Wert) zweifelt daran, daß der über Eigentum verfügende freie Mensch auch über die moralischen Qualitäten verfügt, die ihn zu sozialem Verhalten veranlassen, und fordert folglich eine nach dem Gleichgewichtsprinzip ausgerichtete Gesellschaftsverfassung, die auch die Wirtschaftsordnung umfaßt, für die nicht die Inhalte, sondern die Formen des Wirtschaftsprozesses in der Herstellung eines funktions-tüchtigen Preissystems vollständiger Konkurrenz festgelegt werden; 2. der dialektische Liberalismus (Partizipation des Menschen an der diesseitigen wie der jenseitigen Welt) hat ein grundsätzlich anderes Menschenbild und fordert mit Hilfe des Christentums die Ver-

sittlichung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, die mit der ausschließlichen Sicherung der Freiheit ohne Leistungsgerechtigkeit und die Gleichheit der materiellen Versorgung nicht gelöst werden kann. Um das Gesamtinteresse angemessen zu erkennen, bedarf es der ständigen Vergewisserung des metaphysischen Bezuges menschlichen Handelns.

Beiden Richtungen gemeinsam ist die Vorstellung, daß das sich im Markt darstellende Wettbewerbssystem als solches sozial ist, da es wirtschaftliche Produktivität und Versorgung garantiert. Austeilende Gerechtigkeit ist nachgeordnet, denn nur nach der Produktion kann es Verteilung geben. Unterschiedlich ist der Stellenwert des Marktes. Für den Ordoliberalismus ist er der Ort der Wirtschaftsordnung, für die Soziale Marktwirtschaft ist er ein Instrument, mit dem auf dem Weg der Indirektheit möglichst viele der Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Wohlstand und Sicherheit erzielt werden, ohne daß ein Wert völlig geopfert werden muß.

## V. Das Konzept Ludwig Erhards und die Umstände seiner Realisierung

In dieser Zeit war bereits absehbar, daß, wenn die neoliberalen Gedanken die Gelegenheit erhalten würden, über ein Praxiskonzept und dessen zumindest partielle Durchführung Eingang in das Fundament des zukünftigen westdeutschen Staates zu gewinnen, dieses nicht nur die Weichenstellung für ein liberales Wirtschaftssystem langer Dauer bedeuten, sondern zugleich die geistige Orientierung des Gemeinwesens maßgeblich mitbestimmen würde, wozu sich die Gelegenheit auch umgehend bot. Im Verlauf des Kalten Krieges waren die vier Besatzungsmächte unfähig, sich auf eine gemeinsame Währungsreform in Deutschland zu einigen und weitere Gemeinsamkeiten für die Behandlung der deutschen Frage zu finden. Die Konsequenz auf westlicher Seite war die Londoner Sechsmächtekonferenz vom 23. Februar bis 6. März 1948, welche die Schaffung einer internationalen Ruhrbehörde ohne sowjetische Teilnahme, die Zustimmung der drei Westzonen zum ERP-Programm, die Angliederung der französischen Zone an die Bizone und eine bundesstaatliche Ordnung für die Westzonen in Aussicht nahm. Letzteres war eine Verletzung des Potsdamer Abkommens, der allerdings nicht minder schwere Verletzungen seitens der UdSSR vorausgegangen waren, ohne

daß der Westen so reagiert hätte, wie es die Sowjetunion jetzt tat, indem sie am 20. März 1948 ihren Vertreter aus dem Kontrollrat abberief. Die letzte gemeinsame Schaltstelle war damit handlungsunfähig geworden; nur Berlin behielt bis zum 16. Juni 1948 noch eine gemeinsame Verwaltung.

In diese neue Situation hinein stieß als deutsche Initiative die programmatische Rede des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Ludwig Erhard, vom 21. April 1948 vor dem Plenum des Wirtschaftsrates, wobei sich die neoliberale Orientierung seines Programms „sowohl an den einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen als auch an dem allgemeinen Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Prioritäten“ zeigte<sup>24)</sup>. Mit der Formulierung, daß eine dringend erforderliche Währungsreform mehr sein müsse, „als nur eine finanzwirtschaftliche oder gar nur finanztechnische Operation, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen in gleicher Weise Rechnung zu tragen“<sup>25)</sup> habe,

<sup>24)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 109.

<sup>25)</sup> Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947—1949, Bd. 2 (Anm. 10), S. 436 ff., hier S. 438.



verwies Erhard einmal auf die notwendige Ausgangsbedingung (Währungsschnitt) einer Reform, zugleich auf deren wünschenswertes Ausmaß in Gestalt einer umfassenden Wirtschaftsreform.

Häufig wird mit Blick auf das System, das reformiert werden sollte, zu wenig gewichtet, daß an der Schwelle der Sozialen Marktwirtschaft eine zentrale Verwaltungswirtschaft stand. Strikte Lenkung bestimmte die gesamte Besatzungswirtschaft<sup>26)</sup>. Und erst nachdem die USA 1947 vom anfänglichen Besatzungsziel der Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Versorgung bei gleichzeitiger Minimierung der Besatzungskosten zu offensiver Gestaltung übergegangen waren, konnten Besatzer und Deutsche darüber nachdenken, ob man die Lenkung beibehalten und eine stärker gemeinwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung entwickeln oder zu einer freien Marktwirtschaft übergehen sollte. Dieser Rahmen galt prinzipiell auch noch für den 2. Wirtschaftsrat. Nur hatte die SPD durch ihren Rückzug die Diskussion einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung gleichsam auf das Nebengleis geschoben, so daß Erhard jetzt das Hauptgleis mit Überzeugungskraft und einem Durchsetzungsvermögen unerwarteten Ausmaßes befahren konnte.

Erhard legte in seiner Programmrede dar, daß mit der Herstellung geordneter Geldverhältnisse durch eine Währungsreform Bewirtschaftung und Preisbindung aufgehoben, dem Markt wieder Raum gegeben und der Produktions- wie der Konsumseite mehr Freiheit eingeräumt werden müßten. Die Lenkung der Wirtschaft allein durch den Markt mit einer Angleichung der Preise an das Warenangebot könnte allerdings aufgrund des Kapitalmangels zu Härten führen, wobei man eine latente Arbeitslosigkeit ins Auge fassen müsse: „Das Ziel bleibt die Unterbringung aller freien Kräfte in der gewerblichen Wirtschaft und hier wieder besonders in der gütererzeugenden Sphäre, aber es wird von der Größenordnung dieser Erscheinung und von der Ausweitungsmöglichkeit unserer gewerblichen Produktion abhängen, ob auf solche Weise eine völlige Aufsaugung gelingen kann.“<sup>27)</sup>

Diese Ausweitung sah Erhard vom Kapitalzufluß abhängig, den er von der Marshallplanhilfe erwartete. Das war der Grund für seinen Wunsch nach Verknüpfung von Währungsreform und ERP und markierte zugleich den

<sup>26)</sup> U. Uffelmann (Anm. 2), S. 11.

<sup>27)</sup> Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947—1949, Bd. 2 (Anm. 10), S. 439.

Primat der Wachstumspolitik. Zwar konnte er sich eine Währungsreform nicht ohne Lastenausgleich vorstellen, den jedermann in Verbindung mit einem Geldschnitt auch erwartete, doch wollte er nicht das Vorhandene, sondern den Gewinn zur Verteilung bringen: „sicher aber ist das eine, daß die Lösung nicht in der Aufteilung der Masse, sondern wesentlich in einer dem Ausgleichsgedanken Rechnung tragenden Verteilung der gesamten volkswirtschaftlichen Erträge gefunden werden muß“<sup>28)</sup>. Hier artikuliert sich die neoliberale Vorstellung von ‚sozial‘ Marktwirtschaft ist als solche sozial. Sozialpolitik im Rahmen des Konzepts einer ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ kann nur funktionieren in einer wachstumsorientierten Marktwirtschaft.

Nach Erhards Vorstellungen sollte die Währungsreform einen Prozeß auslösen, an dessen Ende eine neue Wirtschaftsordnung stehen würde, um damit die politische Freiheit des einzelnen gefährdende Planwirtschaft zu beseitigen. Dem Zentralismus setzte er den Föderalismus entgegen: „Wer in staatspolitischer Hinsicht den föderativen Aufbau verwirklicht sehen möchte... der kann in wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht die Planwirtschaft wollen, ohne sich selbst zu widersprechen.“<sup>29)</sup>

Mit diesem Gedanken erteilte Erhard nicht nur der Planwirtschaft sowjetischen Typs wie den Lenkungsvorstellungen der SPD eine Absage, sondern begegnete zugleich dem sozialdemokratischen Mißtrauen gegen den westdeutschen Föderalismus, womit er sein Programm insbesondere der CDU/CSU anbot. Ohne Unterstützung dieser Fraktion im Wirtschaftsrat war Erhards Konzept nicht realisierbar, und die Union war offen, denn ihr fehlte eine einheitliche Wirtschaftskonzeption, schon gar ein realisierbares Konzept. Darüber aber verfügte Erhard, der die neoliberalen Gedanken verarbeitete und auf die konkrete Situation anwandte.

Indem nun die SPD weder in der Debatte über die Programmrede Erhards, noch in der späteren Debatte über sein ‚Leitsatzgesetz‘, in der sie immerhin einen Korrektorentwurf<sup>30)</sup> vorlegte, ein wirklich realitätsbezogenes Alternativkonzept präsentieren konnte, trug sie nach ihrem Verzicht auf Regierungsverantwortung erneut dazu bei, den Handlungsspielraum der bürgerlichen Fraktionen innerhalb des Wirtschaftsrates zu erweitern. Darüber hinaus erscheint die Hypothese nicht abwegig, daß sie durch ihre Initiativlo-

<sup>28)</sup> Ebd., S. 439.

<sup>29)</sup> Ebd., S. 444.

<sup>30)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 120 ff.



sigkeit sogar den Handlungsspielraum des Wirtschaftsrates insgesamt mit förderte, da den Alliierten vor allem der eindeutige Kurs einer eindeutigen Mehrheit vor Augen treten mußte und ein unausgesprochenes Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Arbeit des Wirtschaftsrates begünstigte, so daß schließlich die Militärregierungen trotz Verärgerung über die offizielle Anwendung des von ihnen noch nicht genehmigten Leitsatzgesetzes durch Erhard am 20. Juni 1948 dieses hingenommen haben<sup>31)</sup>.

Dieser Umstand führt zu der Frage, wie intensiv sich das Zweizonenamt überhaupt im Detail um die Arbeit der Verwaltung für Wirtschaft gekümmert hat. Wie wäre sonst die Empörung der Briten über die von Erhard am Tag der Währungsreform verkündete weitgehende Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung erklärbar? Theodor Eschenburg vermutet, daß die Alliierten Erhards Pläne nicht ganz ernst genommen haben, sofern sie sich „überhaupt Kenntnis von ihnen verschafft hatten“<sup>32)</sup>. Schon im April hatten die Militärregierungen zu Erhards Programmrede geschwiegen. Vielleicht hat Eschenburg auch recht, wenn er vermutet, die Alliierten hätten die Vorbereitung der auf die Währungsreform folgenden Maßnahmen für eine Angelegenheit der Deutschen gehalten, bei der sie dann aber doch das letzte Wort haben würden<sup>33)</sup>. Offensichtlich war sogar ein außerordentlicher Handlungsspielraum vorhanden, denn Erhard handelte eigenmächtig: „Während sonst üblicherweise die Deutschen schon bei der Beratung eines Gesetzes Fühlung mit den Militärregierungen aufnahmen, unterließen sie das diesmal (beim Leitsatzgesetz, d. V.) bewußt. Das Zweizonen-Kontrollamt in Frankfurt drängte seinerseits nicht auf Informierung. Es ging im Gegensatz zu Erhard davon aus, daß das Bewirtschaftungssystem zunächst bestehen bleibe. Erhard hatte aus seinem Vorhaben in der Öffentlichkeit kein Hehl gemacht, über das Wie aber kaum etwas gesagt.“<sup>34)</sup>

Erhard handelte aber nicht nur gegenüber den Alliierten eigenwillig: Von der Mitarbeit am Gesetz über ‚Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform‘ schloß er alle die Mitarbeiter aus, die seinen Plänen widersprochen hatten oder unentschlossen waren. Zusammen mit Erhard erstellten die Neoliberalen Miksch, der übrigens SPD-Mitglied war, und Müller-Armack das Gesetz. Die Chance des Zeitdrucks des

seit Anfang Juni 1948 feststehenden Termins der Währungsreform nutzte Erhard ebenso eigenwillig, indem er das Gesetz in drei Lesungen innerhalb von zwei Tagen (17./18. Juni) im Wirtschaftsrat durchpauken ließ, damit es noch vor der Verkündung des Währungsgesetzes der Alliierten fertig würde.

Eschenburg nennt die Anwendung des Leitsatzgesetzes bereits am 20. Juni 1948 und vor der Genehmigung durch das Bipartite Board einen Handstreich Erhards: „Mit einem solchen fait accompli hatten die Militärgouverneure überhaupt nicht gerechnet. Das war wohl die schwerste Verletzung einer Okkupationsorder durch einen hohen deutschen Amtsträger. Er nahm den Besatzungsmächten zudem die Möglichkeit, ihre Zustimmung zu Durchführungsverordnungen mit Auflagen zu verbinden. Erhard hatte nicht aus der Fahrlässigkeit eines Gesetzgebungsdiplomaten gehandelt, sondern aus Vorsatz... Clay stellte Erhard schroff zur Rede, daß er in alliierte Rechte eingegriffen und die Bewirtschaftungsvorschriften geändert hatte. Erhard antwortete: ‚Ich habe sie nicht abgeändert, ich habe sie aufgehoben.‘“<sup>35)</sup>

Während die Einzelheiten der Währungsreform, die nicht — wie die Deutschen hofften — zu einem sozialen Reformkonzept gedeihen konnte, da die ungleiche Vermögensverteilung festgeschrieben wurde, allgemein bekannt sind<sup>36)</sup>, sind der Inhalt des Leitsatzgesetzes wie dessen Anwendung nicht so vertraut. Das Leitsatzgesetz<sup>37)</sup> gab der Verwaltung für Wirtschaft, nicht dem Wirtschaftsrat, die Vollmacht, die herrschende Wiederaufbastrategie auf den Kopf zu stellen. Eine — sonst unübliche — umfangreiche Präambel<sup>38)</sup> geht von der Geldreform als Voraussetzung für die Wiederherstellung der natürlichen Beziehung zwischen Leistung und Gegenleistung aus, die „den Bezieher von Arbeitseinkommen zum bevorzugten Käufer macht und so die Voraussetzung für eine Steigerung der

<sup>35)</sup> Ebd., S. 434.

<sup>36)</sup> H. Möller, *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark*, Basel-Tübingen 1961; W. Abelschäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945—1948*, Stuttgart 1975.

<sup>37)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 116ff.; Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947—1949, Bd. 4, München-Wien 1977, Drucksache 338, S. 570ff.; Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 48, S. 59f.

<sup>38)</sup> Präambel auch abgedruckt in: U. Uffellmann, *Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. Informationen und Materialien für die Sekundarstufe II*, Dortmunder Arbeiten zur Schulgeschichte und zur historischen Didaktik, Bde. 4.1 und 4.2, Dortmund 1984, hier 4.2, S. 66.

<sup>31)</sup> Th. Eschenburg (Anm. 3), S. 434.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 431.

<sup>33)</sup> Ebd., S. 430.

<sup>34)</sup> Ebd., S. 431.



Arbeitsleistung und der Produktion" schafft<sup>39)</sup>. Sie begründet damit die Auflockerung des staatlichen Warenverteilungs- und Preisfestsetzungssystems, nennt deren Grenzen und rechtfertigt auf diesem Wege Vollmachten für die Wirtschaftsverwaltung für Maßnahmen, die von den anschließenden Leitsätzen her definiert werden: Freigabe der Bewirtschaftung und der Preise, Lockerung der Lohnbildung, Leistungswettbewerb, Monopolbeseitigung, Wichtigkeit der Kreditpolitik.

Wurde bisher der Produktionssektor auf Kosten des Verbrauchssektors bevorzugt, so begann jetzt eine gezielte Förderung der Konsumgüterindustrie. Zur Kapitalbildung sollte der Marshallplan dienen. Die Preisbindung der konsumnahen Waren wurde ausgesetzt. Erhalten blieb sie in der Ernährungswirtschaft, bei Erdöl, Benzin, landwirtschaftlichen Düngemitteln, Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie, Mieten, Pachten und Verkehrstarifen. „Die Wirtschaftsreform spaltete den Markt derart, daß einerseits über freie Verbrauchsgüterpreise der auf die Währungsreform folgende Konsumstoß aufgefangen werden konnte, andererseits aber die volkswirtschaftlich bedeutenden Grundindustrien und Mieten mit ihren gebundenen Preisen zur Preisstabilisierung beitrugen.“<sup>40)</sup>

Mit der Währungs- und Wirtschaftsreform trat durch Militärregierungsgesetz die ‚Vorläufige Neuordnung von Steuergesetzen‘ in Kraft. Sie beruhte auf Vorarbeiten des Finanzausschusses des Wirtschaftsrates und brachte neben einer Besserstellung für kleine und mittlere Einkommen vor allem der Industrie und dem Gewerbe eine Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten. Diese Möglichkeiten wurden durch das ‚Zweite Gesetz zur Neuordnung von Steuern‘ des Wirtschaftsrates im Frühjahr 1949 noch erweitert. Schrieb die Währungsreform die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung bereits fest, so förderten die vom Verfasser an anderer Stelle<sup>41)</sup> gekennzeichneten Steuervorteile die Eigenfinanzierung aus Gewinnen und Abschreibungen und wurden mit steigender Tendenz zur größten Finanzierungsquelle der Kapitalbildung bereits an der Schwelle der Bundesrepublik. Die Steuergesetzgebung wirkte somit im Sinne der von Erhard betriebenen Politik des Wachstumsprimats. Wiederum erfolgte mit vom Wirtschaftsrat getragenen Maßnahmen bereits vor der Gründung

der Bundesrepublik Deutschland eine Weichenstellung, die mit ihrem Konzentrationseffekt das sozialökonomische System des westdeutschen Staates entscheidend präformierte. Der den Deutschen überlassene Lastenausgleich stand hinter der Formung der Struktur der Wirtschaft zurück. Primat hatte die Währungspolitik, Vorrang eine Wachstumspolitik mit steuerlicher Förderung der ohnehin schon ungleichgewichtigen Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Industrieunternehmen. Währungsreform und Erhards Wirtschaftspolitik erwiesen sich trotz unterschiedlicher Verantwortlichkeiten bei der Konzeptionierung gleichsam als ein Werk aus einem Guß. „Insofern war die Währungsreform keine ‚neutrale‘ Maßnahme, der sich ohne Schwierigkeiten auch eine SPD-Wirtschaftspolitik hätte anschließen können, sondern die Währungsreform begünstigte prinzipiell eher die Wirtschaftspolitik Erhards als die der SPD, — auch wenn dies die SPD selber nicht erkannte, oder nicht erkennen wollte, um der Erhardschen Wirtschaftspolitik besser beikommen zu können.“<sup>42)</sup>

An dieser Stelle scheint es im Sinne einer Akzentverschiebung angebracht zu betonen, daß Erhard den Handlungsspielraum, den ihm die Währungsreformkonzeption der Westmächte freigab, erkannte und in richtiger Einschätzung der Nähe jener Vorstellungen mit seinen eigenen die Stunde nutzte, um die Währungsreform zur Wirtschaftsreform deutschen neoliberalen Typs zu erweitern. Erhard instrumentalisierte die Währungsreform gleichsam und errichtete damit schneller, als die Westmächte es je getan hätten, die sozialökonomischen Fundamente des westdeutschen Staates. Voraussetzung hierfür war allerdings, daß der deutsche Handlungsspielraum im Wirtschaftsrat einschließlich des internen parteipolitischen Kräftefeldes bereits abgesteckt war und er als einziger über ein ausführungsfähiges Konzept verfügte, dem die bürgerliche Mehrheit des Wirtschaftsrates zu folgen bereit war.

Die weiteren Stufen der Entwicklung brauchen hier nicht mehr dargestellt zu werden<sup>43)</sup>. Bekannt ist, daß die Liberalisierung große Schwierigkeiten brachte einschließlich der von Erhard vorausgesehenen Arbeitslosigkeit. Ebenso bekannt ist die Tatsache, daß Erhard und die Koalition, an deren Spitze die CDU/CSU Erhards Konzept zu ihrem Programm machte (Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949) und den Urheber zu ihrem Parteimitglied, die einmal eingeschlagene Rich-

<sup>42)</sup> G. Müller (Anm. 3), S. 139.

<sup>43)</sup> Ebd., S. 145 ff.

<sup>39)</sup> Ebd., S. 66.

<sup>40)</sup> W. Abelshäuser, Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945—1953, in: H. A. Winkler (Hrsg.), (Anm. 1), S. 238 f.

<sup>41)</sup> U. Uffelmann (Anm. 2), S. 13 f.



tung konsequent weiterverfolgten. Schließlich ist bekannt, daß der Korea-Krieg 1950 als externer Faktor dem Kurs Erhards zum definitiven Erfolg verhalf. Wenn der Erfolg 1949 auch noch nicht feststand, so konnte der neue Kurs doch schon augenscheinliche Erfolge vorweisen, die im Wahlkampf für den ersten Bundestag der Koalition zugute kamen und die Wahlentscheidung mit beeinflussen: „In der Tat war während des Wahlkampfes die

Hauptfigur Erhard, damals noch nicht Adenauer. Aber Erhard war nicht der Konkurrent Adenauers, er hatte keinerlei Kanzleraspirationen. Er erinnerte sich zwei Jahrzehnte später noch gern daran, daß er ‚die Trümpfe in der Hand‘, aber vor allem auch die ‚öffentliche Meinung mehr und mehr‘ hinter sich hatte. ‚In jenem ersten Wahlkampf waren Soziale Marktwirtschaft und CDU zu einer Identität geworden.“<sup>44)</sup>

## VI. Ergebnissicherung oder Dimensionen der Kategorie Handlungsspielraum

In der Phase des Frankfurter Wirtschaftsrates gab es für die deutschen Politiker Handlungsspielräume, die von ihnen auch genutzt wurden. Diese Handlungsspielräume sollten jedoch, um die ganze Tragweite der ökonomischen und politischen Weichenstellungen für die zukünftige Bundesrepublik Deutschland ermessen zu können, noch etwas weiter differenziert und auf eine Abstraktionsebene gehoben werden, die es gestattet, verschiedene Dimensionen der Kategorie Handlungsspielraum zu unterscheiden:

1. Die Darlegung der politischen Bedingungen des Tätigkeitsrahmens des Wirtschaftsrates machte die Strukturen erkennbar, ohne die und ohne deren Anerkennung planvolles Handeln der bizonalen deutschen Verwaltung nicht stattfinden konnte. Die Veränderungen in der Verwaltung mit Schaffung des 1. Wirtschaftsrates im Sommer 1947 reflektierten die nunmehrige Klarheit, daß das Ost-West-Verhältnis eine neue Konfliktstufe (Kalter Krieg) erreicht hatte. Jetzt erst wurde planmäßiges Handeln der Deutschen im Hinblick auf die Zukunft möglich, so begrenzt die Kompetenzen des Wirtschaftsrates auch waren, denn die USA konnten eine Fortsetzung der policy of postponement nicht länger verantworten und gingen zu offensiver Gestaltung der europäischen Verhältnisse über. Vielleicht könnte man diesen Aspekt als strukturelle Dimension der Kategorie Handlungsspielraum bezeichnen.

2. Es kam nun seit Mitte 1947 darauf an, was die Deutschen aus der Institution des Wirtschaftsrates und der beschränkten Gesetzgebungsbefugnis machen würden. Hier mußte sich entscheiden, welche Gruppen zuerst grundsätzlich auf der Basis der gegebenen Strukturen zu gestalterischer Tätigkeit nicht nur bereit, sondern auch in der Lage waren, die situativen Faktoren zu erkennen und rich-

tig einzuschätzen, die erfolgversprechende Aktivitäten im Sinne der Realisierung eigener Vorstellungen gestalten könnten. Die obigen Ausführungen belegen, daß die bürgerlichen Parteien, obwohl sie wie die Sozialdemokraten im sozialökonomischen Bereich nur über Programme auf der Ebene von Glaubensbekenntnissen verfügten, realitätsbezogener reagierten und sich nicht so sehr von dogmatischen Alles-oder-Nichts-Positionen leiten ließen. Diese Wirklichkeitsnähe ließ sie sodann viel leichter, als es der SPD möglich war, die Handlungschancen innerhalb des gesteckten Rahmens erkennen und instrumentalisieren. Vielleicht könnte man diesen Aspekt als situative Dimension der Kategorie Handlungsspielraum bezeichnen.

3. Eine dritte Differenzierung ergibt sich aus der vorausgegangenen Analyse: die personale Dimension. Individuelles Handeln ist nicht im luftleeren Raum, sondern nur auf der Basis der Strukturen möglich. Individuelles Handeln ist nicht in jeder Situation durchführbar, sondern nur dann, wenn die den einzelnen tragenden gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte eine Situation durch einen wie immer gearteten Zugriff für sich erschließen. Ludwig Erhard gewann auf einer derartigen Grundlage einen ungewöhnlichen Handlungsspielraum. Von einer politischen Gruppierung, die ihre Position im Wirtschaftsrat erkämpft und ausgebaut hatte, getragen, schmiedete er das sozialökonomische Glaubensbekenntnis der bürgerlichen Parteien zu einem Strukturkonzept, das direkt anwendbar war und das er, den Gegebenheiten gleichsam eingepaßt, in der richtigen Situation am richtigen Ort einsetzte. Vielleicht könnte man diesen Aspekt als personale Dimension der Kategorie Handlungsspielraum bezeichnen.

<sup>44)</sup> W. Benz (Anm. 5), S. 535f.



## Manfred Koch: Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945—1950

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/84, S. 3—14

Die Strukturen des in der DDR existierenden „sozialistischen Mehrparteiensystems“ wurden in den Jahren 1945—1950 geprägt. Das 1945 entstandene plurale Parteiensystem mit den vier (zumindest anfangs formal) gleichberechtigten Parteien KPD, SPD, CDU und LDPD knüpfte an deutsche Parteiensystem-Traditionen an. Gleichzeitig damit etablierten die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die KPD die wesentlichen Instrumente kommunistischer Bündnispolitik: die Aktionseinheit zwischen den Arbeiterparteien und den Zusammenschluß aller Parteien im Block (offiziell bis 1949 noch „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ genannt).

Der Parteien-Block sollte kein Koalitionsbund, sondern etwas völlig Neues in der deutschen Parteiengeschichte sein: Ein möglichst dauerhafter Zusammenschluß der Parteien, in dem die zwischenparteiliche Kooperation in der Weise strukturiert war, daß Versuche der Koalitionsbildung ohne oder gegen die KPD ausgeschlossen waren. Die Praxis der Blockpolitik, in der von der SMAD und KPD/SED gewünschte strukturverändernde gesellschaftliche und ökonomische Entscheidungen häufig nur durch direkte oder indirekte Eingriffe der SMAD durchgesetzt werden konnten, führte dazu, daß die Legitimationsleistung des als Ersatzparlament fungierenden Blocks für die Transformationspolitik der SED zunehmend geringer wurde und weitgehend formalen Charakter annahm. Die intendierte, auf Gesamtdeutschland zielende Modellhaftigkeit und Legitimationsfunktion des Blocks wurde obsolet.

Den Kommunisten war es nur mit Hilfe der SMAD gelungen, eine dominierende Position im Parteiensystem einzunehmen. Der Block blieb bis Ende 1947 ein politisches Gremium, in dem CDU und LDPD ihren Widerspruch zur Politik der 1946 aus KPD und SPD gebildeten SED formulierten und von der SED gewünschte Entscheidungen aufschieben oder modifizieren konnten. Erst mit der Bildung zweier neuer Parteien 1948 (NDPD und DBD), der Neukonstruktion des Blocks seit 1948 sowie der Durchsetzung der Wahlen nach Einheitslisten 1950 konnte die „führende Rolle“ der SED im Block- und Parteiensystem gegenüber den abhängigen Transmissionsorganisationen CDU, LDPD, NDPD, DBD und den Massenorganisationen durchgesetzt und gesichert werden.

## Werner Müller: Volksdemokratie für Deutschland? KPD und SED zwischen gesamtdeutscher Option und „sozialistischem Lager“ 1945—1950

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/84, S. 15—26

Das Herrschaftsinteresse der KPD-Führung im sowjetischen Exil war für die Zeit nach dem Krieg auf eine möglichst langfristige und gesicherte Beteiligung an einer deutschen Nachkriegsexekutive gerichtet, zugleich sollte die KPD zur allgemein akzeptierten „führenden Kraft“ im deutschen Parteienspektrum werden. Beides sollte nicht nur für die sowjetische Besatzungszone, sondern für ganz Deutschland gelten. Die KPD setzte daher auch zunächst auf die Einigkeit der Alliierten in der Deutschlandfrage. Als erste Partei in der sowjetischen Zone wieder aktiv, suchte die KPD eine Reihe vorwiegend staatlicher Schlüsselfunktionen zu besetzen, stellte sich aber zugleich als Wiederaufbaupartei dar. Die von ihr im wesentlichen mitgestalteten politisch-gesellschaftlichen Umwälzungen in der SBZ waren als Modell für ganz Deutschland gedacht, ebenso die parteipolitische Konstellation. Erst als der Vormachtanspruch der KPD vor allem in der Sozialdemokratie auf Widerstand stieß, nahm die KPD-Führung von Herbst 1945 an Kurs auf die Bildung einer Einheitspartei.

Die letztlich zwangsweise Einschmelzung der SPD in die SED konnte zwar deren Führungsanspruch schlüssiger begründen, spaltete jedoch irreversibel das gesamtdeutsche Parteienspektrum und absorbierte die Basis für deren gesamtdeutsche Konzeptionen. Während sich in der SED die Kommunisten sehr schnell durchsetzten, ergab sich im politischen Spektrum der SBZ ein „Patt“ bis Mitte 1947. Mit dem endgültigen Bruch der Alliierten Mitte 1947 war aber die Einbeziehung der SBZ in das sich bildende „volksdemokratische Lager“ unter Verzicht auf gesamtdeutsche Rücksichtnahmen möglich geworden. Mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht entstanden ab Juni 1947 in der SBZ über die demokratisch gewählten Landtage hinweg und unter Umgehung der dortigen Kräfteverhältnisse neue „volksdemokratische“ Strukturen, denen mehr und mehr zentrale Kompetenzen zugewiesen wurden: die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) als faktische Zonenregierung, die von der SED initiierte „Volkskongreßbewegung“ als quasi-repräsentative Körperschaft und eine zentralgelenkte Planwirtschaft. Mit der „Stabilisierung“ der SED und des gesamten öffentlichen Lebens ab Mitte 1948 wurde diese Situation verfestigt. Seit der Kursänderung ab Mitte 1947 war demzufolge der gesamtdeutsche Anspruch nur noch Propagandafloskel.



## **Bernd Niedbalski: Die Deutsche Wirtschaftskommission in der SBZ 1947—1949**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/84, S. 27—35

In der sowjetischen Besatzungszone wurde auf Anweisung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) einerseits frühzeitig mit dem Aufbau zentraler deutscher Verwaltungen begonnen, andererseits aber aus Rücksicht auf die in ihrer Tendenz noch nicht absehbare deutschlandpolitische Entwicklung die Umgestaltung der Zentralverwaltungen und der Deutschen Wirtschaftskommission zu effektiv arbeitenden Staatsorganen bis Ende 1947 eher hinhaltend gehandhabt.

Ab Anfang 1948 vollzogen die sowjetische Militäradministration und die SED angesichts des sich ständig verschärfenden Ost-West-Konflikts mit der Umorganisation und Erweiterung der DWK eine deutliche Schwenkung. Von nun an verlagerte sich mit der Durchsetzung des Prinzips des „Demokratischen Zentralismus“ das Schwergewicht beim weiteren Ausbau der wirtschaftsleitenden und sonstigen Staatsorgane von der lokalen und föderalen auf die zentrale Ebene.

Beim Übergang zur zentralen Planwirtschaft wurde durch die wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen der DWK im Rahmen der Durchführung des Zweijahrplans eine gewisse kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaftspolitik über die Zäsur der Staatsgründung hinaus gewährleistet. In der SBZ/DDR bildete sich in den Jahren 1948 bis 1950 eine selbständige Volkswirtschaft heraus.

Im gesamten Staatsapparat der SBZ/DDR war durch die mehrjährige zielstrebige Kaderarbeit und Personalpolitik der SED beim Übergang von der DWK zur provisorischen Regierung ein hohes Maß an personeller und institutioneller Kontinuität erreicht sowie in allen Schlüsselpositionen die Hegemonie der SED ausgebaut und gefestigt worden.

## **Uwe Uffelmann: Der Frankfurter Wirtschaftsrat 1947—1949. Weichenstellungen für das politische Kräftefeld und die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/84, S. 36—46

1. Die Bonner Regierungskoalition vom Herbst 1949 entstand nicht erst aufgrund des Bundestagswahlergebnisses, sie existierte im Frankfurter Wirtschaftsrat seit Sommer 1947 und war seitdem in diesem ‚Vorparlament‘ der Bundesrepublik bestens erprobt und für eine lange Regierungsdauer gerüstet. Die SPD übernahm 1949 nicht erst erzwungenermaßen aufgrund des Wahlergebnisses die Rolle der parlamentarischen Opposition; sie hatte sie fast freiwillig seit Sommer 1947 im Wirtschaftsrat inne. Während dieser Zeit präformierte sie den konstruktiven Charakter der parlamentarischen Opposition im Deutschen Bundestag, begab sich dabei aber der Möglichkeiten, die Wirtschaftsordnung des neuen Staates maßgeblich zu bestimmen.

2. Die Amerikaner und Briten schufen in der Bizone eine deutsche Wirtschaftsverwaltung, der sie seit Mitte 1947 einen parlamentarischen Charakter gaben und wachsende Kompetenzen verliehen, ohne die Genehmigungs- und Kontrollfunktion des Bipartite Board im geringsten zu mindern. Auf dieser Grundlage wurde, bevor man im Grundgesetz die Wirtschaftsordnung des neuen Staates offenzulassen beschloß, im Wirtschaftsrat die an neoliberalen Grundsätzen orientierte Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik de facto festgelegt und in ersten Schritten erprobt.

3. Diese Wirtschaftsordnung wurde maßgeblich vom parteilosen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard, in Umsetzung neoliberalen Gedankengutes veranlaßt und eigenwillig — auch gegenüber den Besatzungsmächten — im Zuschnitt auf die westdeutsche Situation auf den Weg gesetzt und ausgestaltet. Sie war in dieser Ausprägung nicht das Programm der CDU/CSU. Erhard gab der Union gleichsam das Konzept und machte damit ihren Erfolg von 1949 überhaupt erst möglich.